

Stichwort: BAYER

Informationen zum multinationalen BAYER-Konzern



Sonderenteil zu 125 Jahre BAYER in der Heftmitte

Inhaltsverzeichnis

Aktiv	7	Giftmüll	18
BAYER 2000	12	Impressum	44
Belegschaft/Arbeitsplätze	13	In eigener Sache	4
Buchbesprechungen	42	Kirche	42
Das Imperium	27	Krieg/Rüstung	24
Gen-/Biotechnologie	16	O-Ton BAYER	31
Gesellschaft	39	Ökonomie	32
Gewerkschaften	15	Pharma	21
		Politik	35
		Propaganda	34
		Prozeß	2
		Standorte	25
		Tierversuche	21
		Umweltgifte	25
		Unfälle	16
		Wasser	20
		Wissenschaft/Forschung	40

Zensur: Der BAYER-Konzern zwingt uns, unseren Namen aufzugeben. Wir dürfen uns bei Androhung einer Strafe von DM 6 000,- für jeden einzelnen Fall nicht mehr „BAYER-Coordination“ nennen.

Da die Abmahnung nach Redaktionsschluß kam und die Texte bereits in Satz waren, haben wir unseren Namen in diesem Heft geschwärzt.

(Siehe dazu unter Rubrik „Prozeß“: BAYER eskaliert Angriffe gegen Kritiker)

Im Jahr 1863 wurde am Ufer der Wupper in Elberfeld (heute Wuppertal) der Grundstein für das weltumspannende BAYER-Imperium gelegt. Wurde unter Leitung des Firmengründers Bayer lediglich in Elberfeld/Wuppertal die Luft und das Wasser verseucht sowie die Gesundheit der Beschäftigten und der Bevölkerung ruiniert, so änderte sich dies radikal mit dem Eintritt eines gewissen Carl Duisberg in das kleine

Erst zur Zeit des Vietnam-Krieges tauchte der Name BAYER im Zusammenhang mit chemischen Kampfstoffen wieder auf. Und zu Beginn der 80er Jahre wurde enthüllt, daß BAYER das Patent für den ultra-giftigen VX-Kampfstoff der US-Army entwickelt hat.

Heute, 125 Jahre nach Gründung des Konzerns, steht der Name BAYER für ein Imperium, das im Weltmaßstab Mensch und Umwelt mit Pestiziden, anderen Chemika-

wälte umfassende Kanzlei in Düsseldorf teilte uns „namens und im Auftrag“ des BAYER-Konzerns mit, daß „der Name 'BAYER' ...als Unternehmensname Weltruf (genießt). Er ist untrennbar mit den Produkten des Unternehmens verbunden und auf der ganzen Welt bekannt und berühmt. Sowohl der Name als im übrigen auch dem Emblem der Firma BAYER AG kommt eine überragende Kennzeichnungskraft zu. Name und Emblem unserer Mandantin sind gegen Verwechslungs- und Verwässerungsgefahren, Rufbeeinträchtigungen, Imageverfremdungen und sonstige Beeinträchtigungen rechtlich geschützt.“ Daraufhin wird festgestellt, daß „aufgrund der Verwendung des Vereinsnamens 'BAYER-Coordination BRD e.V.' der Kurzbezeichnung 'BAYER-Coordination' ...die Gefahr von Verwechslungen bzw. von Zuordnungsirrtümern (besteht). Es ist bereits zu solchen Verwechslungen und Zuordnungsirrtümern gekommen, in denen durch das Auftreten des Vereins mit dem Namen unserer Mandantin als Bestandteil des Vereinsnamens in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, der Verein stehe in organisatorischem oder personellem Zusammenhang mit unserer Mandantin, es handele sich um eine zum Unternehmen der BAYER AG gehörige Abteilung oder Organisation.“

Dann wiederholen die Düsseldorfer Anwälte die bekannten Behauptungen des Konzerns: Der Ruf des Unternehmens werde „...durch die Tätigkeit des Vereins und durch den Inhalt seiner Veröffentlichungen, insbesondere durch die vielfältigen falschen und verzerrenden Behauptungen und durch die herabwürdigenden und diffamierenden Äußerungen... geschädigt.“

Mit Verweis auf eine Fülle von Urteilen fordern die Anwälte schließlich, daß wir unseren „Namen 'BAYER-Coordination BRD' oder die Kurzbezeichnung 'BAYER-Coordination' als Namen oder Bestandteil des Namens“ nicht mehr verwenden. Für jede Zuwiderhandlung wird eine Vertragsstrafe von DM 6.000,-- angedroht.

Des weiteren fordern die Anwälte unter Androhung einer Vertragsstrafe von DM 10.000,-, daß wir bis spätestens 6.5.1988 die „erforderlichen Maßnahmen“ ergreifen, um den Verein umzubenennen und den neuen Namen ins Vereinsregister eintragen zu lassen.

Den Streitwert für diese Abmahnung hat BAYER auf DM 100.000,-- festgelegt. Die Kosten sollen wir zu 75 % tragen.

Dieses Vorgehen des BAYER-Konzerns ist eine neue juristische Eskalation in der Auseinandersetzung

125 Jahre unter dem BAYER-Kreuz

Familienunternehmen. Dieser Mann war vom Ehrgeiz beseelt, die ganze Welt mit den „Errungenschaften“ der chemischen Produkte zu beglücken.

Nach der Verseuchung der Wupper kam der Rhein dran. In Wiesdorf (heute Leverkusen) wurden Produktionsanlagen errichtet, die wegen ihres Ausmaßes weltweit Aufsehen erregten. Die Giftabfälle dieses Werkes gingen seither in den Rhein und in den Boden rund um das Werk.

Doch damit nicht genug. Carl Duisberg träumte von einem Imperium. Das Firmenzeichen nahm den Traum vorweg: Ein Löwe legte seine Tatze besitzergreifend auf die Weltkugel.

Und Carl Duisberg realisierte seinen Traum. Er verschmolz eine Reihe der weltweit größten Chemie-Hersteller zu einem bis dahin noch nie dagewesenen Konzern. Die Realisierung des BAYER-Traums vom weltumspannenden Imperium brachte nicht nur für die Umwelt Verseuchung und Katastrophen mit sich, sondern kostete Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Menschen die Gesundheit und das Leben:

- BAYER „erfand“ die chemische Waffe. Bereits im Ersten Weltkrieg stellte der Konzern Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe in solchen Mengen her, die es der deutschen Regierung nachweislich überhaupt erst ermöglichten, einen Weltkrieg zu führen.
- Aus der Niederlage hatte der Konzern nichts gelernt. Er finanzierte Adolf Hitler und benutzte ihn für seine Weiteroberungspläne.
- Der Konzern lieferte das Giftgas, mit dem in den Hitler-KZs der Völkermord an den Juden begangen wurde.

Im Jahr 1949, 86 Jahre nach der Gründung, wurde dieses „Mörderkartell“ vor einem internationalen Gerichtshof in Nürnberg zur Rechenschaft gezogen. Alle Verantwortlichen wurden schuldig gesprochen. Der von BAYER geschmiedete Konzern wurde in seine Ursprungsbestandteile BAYER, HOECHST, BASF etc. zerschlagen.

Ein Neuanfang, eine Wende? - Bereits wenige Jahre nach der Verurteilung wurden die Verantwortlichen des Konzerns vorzeitig (!) aus der Haft entlassen und kamen bei BAYER, HOECHST etc. wieder in führende Positionen.

Außer dem Streit um das von BAYER erfundene Rauschgift HEROIN, das der Konzern unter Mißachtung massiver internationaler Proteste von 1898 bis zum Jahr 1958 als Hustenmedikament vermarktete, hörte man bis in die 60er Jahre nichts von BAYER.

liem und Abfallgiften verseucht; das Milliarden-Profiten aus der Arbeit von Hunderttausenden „erwirtschaftet“; das mit seinen Produktionsanlagen in aller Welt mittlerweile einen globalen Risikofaktor darstellt; das mit seinen weltweiten Markteroberungsplänen den Weltfrieden gefährdet; das mit seinen Gentechnik-Plänen auch die letzten ethischen und moralischen Grenzen zu überschreiten droht.

Wenn der BAYER-Konzern 1988 in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen auf seine 125-jährige Geschichte zurückblicken wird, wird dies alles fehlen. Es wird vom Kampf gegen den Hunger und von der Arbeit für die Gesundheit der Menschen, von den Errungenschaften der Chemie die Rede sein.

Um so wichtiger, daß sich auch kritische Stimmen zu Wort melden, daß die Öffentlichkeit auf Verdrehungen, Unterlassungen und Irreführungen aufmerksam gemacht wird.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Ihr
Axel Köhler-Schnura



Prozeß

BAYER eskaliert Angriffe gegen Kritiker

Nachdem der Konzern den Prozeß gegen uns, die [redacted], und unseren Vorstandssprecher, Axel Köhler-Schnura, in die zweite Instanz getrieben hat, eskalierte der Konzern das juristische Vorgehen gegen uns noch weiter. Am 25. März erhielten die Vorstandsmitglieder unseres Vereins erneut eingeschriebene BAYER-Post.

Es ging um die Verwendung des Namens „BAYER“ in unserem Vereinsnamen. Eine immerhin 14 Rechtsan-

mit Kritikern. Sie muß im Zusammenhang mit der „Schadensersatzforderung“ des BAYER-Konzerns in Höhe von DM 431.000,— gegen GREENPEACE und mit dem von BAYER in die zweite Instanz getriebenen Prozeß gegen uns gesehen werden. Statt die Diskussion mit Kritikern öffentlich und sachlich zu führen, versucht der Konzern mit juristischem und finanziellem Druck die Kritiker mundtot zu machen. Anwalts- und Prozeßkosten von vielen Tausend Mark sind für BAYER ein Klacks — für Umweltschutz-Organisationen und auch uns allerdings eine Bedrohung der finanziellen Basis.

Die von BAYER erzwungenen Namensänderung unserer Organisation wird ebenso wie der vom Konzern betriebene Prozeß gegen uns erhebliche Kosten nach sich ziehen. Müssen wir doch zahlreiche Materialien einstampfen und neu produzieren, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen und die Kosten der juristischen Auseinandersetzung tragen.

Wir werden auch diesen Angriff des Konzerns auf unser Selbsthilfenetzwerk gegen BAYER-Gefahren mit der Solidarität unserer Mitglieder und Freunde im In- und Ausland überstehen:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Sonderkonto Prozeß
Postgiroamt Essen
453 685-431

BAYER treibt den Prozeß weiter

Im Januar erhielten wir die Nachricht, daß der BAYER-Konzern sich mit dem Urteil des Landgerichts Köln vom November 1987 nicht abfindet. Der Konzern treibt den Prozeß in die zweite Instanz vor das Oberlandesgericht Köln. Damit werden der **erneut hohe Kosten** und die **zeitraubende juristische Auseinandersetzung mit den Spitzfindigkeiten der BAYER-Anwälte** aufgebürdet. Am 29. Februar 1988 kam denn auch der **erste 25seitige Schriftsatz**.

Die Fortsetzung des Prozesses bestätigt einmal mehr, daß der Konzern seine wirtschaftliche Macht nutzt, um sich aus der Verantwortung zu stellen: **Ansatz sich öffentlich mit der von der **geäußerten Kritik auseinanderzusetzen, weicht er in das juristische Klima der Gerichtssäle aus.****

Um ihr Interesse an einer fairen öffentlichen Auseinandersetzung zu dokumentieren, hat die **im Januar ein Angebot der Evangelischen Kirche angenommen,**

einen öffentlichen Dialog mit BAYER zu vermitteln. Von Seiten des BAYER-Konzerns fehlt bisher jede Bereitschaft dazu. Nach wie vor gilt die Äußerung des Vorstandsvorsitzenden H.J. Strenger auf der Hauptversammlung 1987: Die **gehört nicht zu den Gesprächspartnern des Konzerns.**

Neues Flugblatt

Für die Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zum Prozeß hat die **ein neues Flugblatt erstellt. Es berücksichtigt das Urteil der ersten Instanz und die Tatsache, daß der Konzern den Prozeß nun vor das Oberlandesgericht Köln getrieben hat.**

Flugblätter können, ebenso wie Unterschriftenlisten und weitere Informationen, bei der Geschäftsstelle angefordert werden (Adresse siehe Impressum).

Dringend Spenden benötigt

Im März verschickte die **an viele ihrer Freunde erneut einen Spendenaufruf. Sie teilte darin mit, daß der Konzern sich nicht mit dem Urteil der ersten Instanz abfindet, sondern stattdessen den Prozeß gegen uns und unseren Sprecher Axel Köhler-Schnura in die zweite Instanz treibt. Damit kommen erneut Kosten in Höhe von mehreren 10 Tausend DM auf uns zu.**

Wir brauchen dringend die finanzielle Unterstützung aller unserer Freunde und Förderer:

Postgiroamt Essen
Sonderkonto Prozeß
453 685-431

Proteste des Ökologischen Ärztebundes

Der **Ökologische Ärztebund wandte sich im November 1987 an den BAYER-Konzern und kritisierte, daß dieser gegen die **juristisch vorgeht.****

Am 02.12.1987 kam es auf Einladung der Konzernleitung zu einem Gespräch zwischen dem Ökologischen Ärztebund und BAYER. Gegenüber Professor Dr. Hulpke und anderen BAYER-Vertretern bekräftigte der **Ökologische Ärztebund seine Kritik. Er forderte BAYER auf, „Umweltschutz-Organisationen nicht mit Prozessen zu überziehen, um sie damit mundtot zu machen.“ Die Vertreter des Ökologischen Ärztebundes, Dr. Pomp und Dr. Mersmann, forderten erneut die Einstellung des Prozesses.**

VIEL ZU VIEL

hat uns der Prozeß gegen den BAYER-Konzern schon gekostet. Um auch weiterhin effektive Arbeit leisten zu können, sind wir auf finanzielle Unterstützung bzw. Spenden angewiesen, zumal der Prozeß noch nicht beendet ist!

Coupon:

Ich möchte spenden
DM _____

Ich möchte weitere Informationen

DM 5,- für kleines Infopak

DM 20,- für großes Infopak

Ich möchte Mitglied werden

Ich möchte 100 Flugblätter zum

Weiterverleihen

(DM 5,- in Briefmarken liegen bei)

Absender: _____

Datum/Unterschrift: _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Achim Schmötlach
Hoftsraße 27a
5650 Solingen 11

Sonderkonto:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
PGIA Essen 4536 85-431

Unterschriftensammlung verstärken

Immerhin haben bisher mehr als 4.000 Menschen sich gegen den Prozeß des BAYER-Konzerns gegen die [REDACTED] und ihren Sprecher Axel Köhler-Schnura ausgesprochen. Mit ihrer Unterschrift bekräftigen sie zugleich die Forderung, den Prozeß einzustellen und die entstandenen Kosten dem BAYER-Konzern zu übertragen.

Nachdem nun der Prozeß von BAYER in die zweite Instanz getrieben wurde, ist es notwendig, die Unterschriftensammlung nicht nur fortzuführen, sondern nach Möglichkeit sogar zu verstärken. Wir bitten alle Interessierten, Organisationen, Parteien, Aktionsgruppen etc., bei uns Unterschriftenlisten anzufordern und mit diesen zu arbeiten. (Adresse siehe Impressum) △

Dokumentation erhältlich

Mittlerweile dauert die juristische Auseinandersetzung mit dem BAYER-Konzern fast ein ganzes Jahr. Die Materialien allein der ersten Instanz umfassen mehr als 200 Seiten. In der zweiten Instanz sind bereits nahezu 100 Seiten hinzugekommen.

Die [REDACTED] hat eine Dokumentation dieses Unterdrückungsprozesses zusammengestellt. Sie enthält sämtliche Schriftsätze, das Urteil der ersten Instanz, sämtliche Stellungnahmen und einen umfangreichen Auszug aus dem Medien-Echo.

Die Dokumentation kann unter dem Stichwort „Prozessdokumentation komplett“ für DM 30,-- zzgl. DM 5,-- für Porto/Verpackung in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Wer bereits Teile hat, kann seine Dokumentation für DM 10,-- aktualisieren lassen. Bitte an die Geschäftsstelle wenden. △

Weiter Stellungnahmen erbeten

Nachdem nun klar ist, daß der BAYER-Konzern den Prozeß gegen uns weitertreibt und damit den kosten- und juristischen Druck auf uns weiter erhöht, geht es jetzt darum, den öffentlichen Protest zu verstärken. Wir bitten alle Organisationen, Aktionsgruppen und Einzelpersonen mit Stellungnahmen und persönlichen Erklärungen beim BAYER-Konzern und beim Oberlandesgericht Köln zu protestieren.

BAYER
Vorstand/Aufsichtsrat
509 Leverkusen

Oberlandesgericht Köln
15. Zivilsenat
5000 Köln 1

Wir bitten darum, uns eine Kopie der Stellungnahmen zu übersenden. △

Dialog mit Koordinationsstelle verweigert

Anfang des Jahres trat die Evangelische Kirche Rheinland an die Koordinationsstelle mit dem Vorschlag heran, ein Gespräch zwischen uns und der Konzernspitze zu vermitteln.

Hintergrund dieses Angebotes war die öffentliche Kritik von BAYER an einem geleisteten kirchlichen Förderzuschuß in Höhe von DM 3.000,-- an die Koordinationsstelle. Der Vorstandsvorsitzende H.J. Strenger verwies auf der Aktionärs-Hauptversammlung 1987 darauf, daß das Gewicht von ca. 42 Mio. DM an gezahlten Kirchensteuern der BAYER-Mitarbeiter in die Waagschale zu werfen sei. Er wolle eine weitere Förderung der Koordinationsstelle durch die Kirche verhindern.

Der EKR-Vorschlag war uns Anlaß, unsere Bereitschaft zum Gespräch mit dem BAYER-Konzern zu wiederholen. Das Angebot zum Dialog ist nicht zuletzt auch ein ausdrückliches, in der Satzung unseres Vereins enthaltenes Anliegen unserer Arbeit. Wir sehen in direkten Gesprächen mit BAYER durchaus eine geeignete Möglichkeit, Forderungen nach umwelt- und menschenverträglicher Produktion und entsprechenden Produkten durchzusetzen und streben sie an.

Allerdings hat sich bisher der BAYER-Konzern ausdrücklich und be-

harrlich geweigert, mit uns in den öffentlichen Dialog einzutreten. Im Gegenteil, der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, H.J. Strenger, erklärte immer wieder, daß die Koordinationsstelle für den Konzern kein Gesprächspartner sei. Bei BAYER ging man gar so weit, die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und anderen öffentlichen Veranstaltungen abzusagen, wenn ein Vertreter der Koordinationsstelle am gleichen Tisch sitzen könnte.

Mittlerweile waren seit dem Angebot der Kirche mehr als drei Monate ins Land gegangen, das Gespräch kam bisher nicht zustande. Stattdessen hat der BAYER-Konzern sein juristisches Vorgehen gegen uns verschärft. Er hat den Prozeß gegen unseren Verein sowie unseren Sprecher, Axel Köhler-Schnura, in die zweite Instanz getrieben und uns zusätzlich durch eine kostspielige Abmahnung dazu gezwungen, den Namen unserer Organisation zu ändern.

Schließlich mußte die EKR uns mitteilen, daß BAYER „sich derzeit nicht in der Lage sieht, in ein - wie auch immer geartetes - Dialog-Konzept einzutreten“.

Unsererseits erneuern wir die Bereitschaft zu öffentlichen Gesprächen mit dem Konzern. △

In eigener Sache

Chemie Seminar

In Zusammenarbeit mit den „Kritischen Aktionären“ führen wir ein Seminar durch unter dem Titel: „Reaktionen nicht nur im Reagenzglas - kritische Aktionäre auf den Hauptversammlungen der Chemie-Konzerne“.

Das Seminar wird einen Überblick über den Zusammenhang zwischen Chemie und Umwelt geben, sowie die Aktionen kritischer Aktionäre auf den Hauptversammlungen von Chemie-Konzernen vorstellen. In Arbeitsgruppen und Diskussionen wird die Problematik diskutiert und die Handlungsmöglichkeiten für Ökologie-, Dritte Welt- und andere Gruppen untersucht werden.

Das Seminar ist sowohl für Interessenten als auch für Aktionsgruppen mit einschlägigen Erfahrungen geeignet. Es wird auch darum gebeten, Arbeitsmaterialien mitzubringen, und vorzustellen.

Das Seminar findet statt vom 25. bis 26. Juni 1988 in Mörfelden. Ein genauer Reiseplan wird bei Anmeldung mitgeteilt. Anmeldungen an:

Kritische Aktionäre e.V.
c/o Georg Herter
Prof.-Neeb-Straße 24
6501 Saulheim △

Bitte zahlen

Anfang des Jahres haben alle Mitglieder und alle Abonnenten ihre Jahresrechnung bekommen.

Gerade in der jetzigen Situation ist es für uns äußerst wichtig, daß diese Rechnungen rasch bezahlt werden.

Vielen Dank. △

Neuer Geschäftsführer

Zum Jahreswechsel hatte der Vorstand eine nicht gerade froh stimmende Aufgabe: Wir mußten unseren bisherigen Geschäftsführer Dieter Gremler verabschieden. Drei Jahre war er als arbeitsloser Chemiker ehrenamtlich für uns tätig. Er hat in dieser Zeit wesentlich am Aufbau unserer Selbsthilfe-Organisation mitgewirkt.

Dieter Gremler hat eine neue Aufgabe im Umweltschutz gefunden. Diesmal allerdings eine bezahlte. Wir gratulieren ihm herzlich dazu, wünschen ihm viel Erfolg und bedanken uns gleichzeitig für die langjährige selbstlose Tätigkeit.

Dieter Gremler bleibt der [REDACTED] auch weiterhin verbunden. Er wird seinen Sachverstand und sein Fachwissen im Rahmen der Mitarbeit im Vorstand auch weiterhin einbringen.

Mittlerweile hat der Vorstand einen neuen Geschäftsführer eingestellt. Unter mehreren Bewerbern fiel die Wahl auf Achim Schmottlach.

Achim arbeitet sich seit 15. März in die Geschäftsführer-Tätigkeit ein. Unter der Ruf-Nr. 0212 / 33 49 54 steht er für Anfragen aller Art in der Geschäftsstelle in Solingen zur Verfügung.

Achim ist gelernter Chemie-Laborant und wird alles zu einer guten Zusammenarbeit mit den Mitgliedern, Standortgruppen und Kooperationspartnern tun. △

Jede Information ist wichtig

Immer wieder müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß davon ausgegangen wird, daß uns sowieso schon jede Information vorliegt, jeder Vorgang bekannt ist.

Dem müssen wir energisch widersprechen. Im Gegenteil, wir erfahren nur das Wenigste von dem weltweiten Wirken des BAYER-Konzerns und seiner zahlreichen Tochtergesellschaften. Wir sind dringend an jeder Information über diese Firmen interessiert. Egal in welcher Sprache. Auch Anzeigen, Verpackungen etc. sind für uns wichtig. Erst aus vielen Mosaiksteinchen ergibt sich ein Bild.

Wir bitten jeden unserer Leser und Mitglieder, hier zu helfen, in der Tagespresse, bei zugänglichen Materialien und Unterlagen auf BAYER und die Tochtergesellschaften zu achten und uns entsprechende Artikel, Fotos, Dokumente etc. zu übersenden. Vielen Dank! △

Mißverständnisse zum Verkaufspreis

Bei den letzten Ausgaben von „Stichwort: BAYER“ ist in der Produktion ein Fehler unterlaufen. Es wurden Umschläge verwendet, die bereits über ein Jahr alt sind. Sie trugen noch die alten, nicht mehr gültigen Verkaufspreise.

Um allen Mißverständnissen entgegenzuwirken, hier noch einmal die Verkaufspreise von „Stichwort: BAYER“:

- Ein Einzelheft kostet DM 4,--; ein Doppelheft DM 6,--;
- Das Einzelabo (6 Ausgaben pro Jahr, je 1 Heft) kostet DM 30,--; das Gruppenabo (6 Ausgaben pro Jahr, 5 Hefie je Ausgabe) DM 70,--;
- das Journalistenabo (incl. Pressematerial) ebenfalls DM 70,-- und
- das Förderabo je nach Selbstesteinstufung mindestens DM 70,--.

KONSEQUENT

Als „Kritische BAYER-Aktionäre“ und mit vielen anderen Aktionen versuchen wir mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit durchzusetzen. Angesichts der Macht und dem Auftreten des Konzerns kein leichtes Unterfangen. Zumal uns – entsprechend der Effizienz unserer Arbeit – der Zorn und die Reaktion des Konzerns besonders hart trifft. Deshalb benötigen wird dringend die Unterstützung und Solidarität allerer, die unsere Arbeit befürworten und richtig finden. Wir brauchen Sie als Förderer und Mitglieder. Bitte entscheiden Sie, ob auch Sie uns unterstützen können.

Normale Mitgliedschaft für DM 7,50/Monat

Gruppenmitgliedschaft

bis 100 Mitglieder für DM 10,--/Monat

über 100 Mitglieder für DM 20,--/Monat

Ermäßigte Mitgliedschaft (Antrag bitte beifügen) für DM 5,--/Monat

Fördermitgliedschaft für DM (Mind. DM 10,--/Monat)

Ja, ich/wir will/wollen spenden. Diesmal DM (bitte Scheck beifügen)

Ja, ich/wir bestelle/n zur weiteren Information den „Alternativen Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern“ für DM 10,-- (incl. Porto/Verpackung)

Datum _____ Unterschrift _____

Achtung:
Mitglieder und Förderer erhalten „Stichwort: BAYER“ im Rahmen ihrer Mitgliedschaft automatisch.
Um künftig effektiver zusammenarbeiten zu können, bitten wir um folgende zusätzliche Informationen:
Zusammenarbeit möglich/gewünscht auf dem Gebiet -
Beruf -
Besitz von BAYER-Aktien (Stückzahl) -

Ja, ich/wir will/wollen helfen und erhöhe/n hiermit unseren Beitrag auf DM pro Jahr (bisher DM pro Jahr)

Für den Freiverkauf einzelner Exemplare erhalten alle Freiverkäufer (Standortgruppen, Buchhandlungen, Büchertische etc.) „Freiverkaufsexemplare“, die mit einem Stempel „Probeexemplar DM 2,-“ gekennzeichnet sind. Für jedes verkaufte Exemplar wird DM 1,- an die [redacted] abgeführt.

Wir bitten alle unsere Abonnenten und Käufer um Entschuldigung für das bedauerliche Versehen. △

Freiverkauf von „Stichwort: BAYER“

Im Rahmen einer seiner letzten Sitzungen hat sich der Vorstand der [redacted] mit Bedeutung und Wirkung von „Stichwort: BAYER“ (SWB) befaßt. Positiv wurde bewertet, daß die verbreitete Auflage von SWB im vergangenen Jahr doch um ca. 50 % gesteigert werden konnte. Gemessen am Charakter der Publikation ist die derzeitige Auflage von SWB mit 1.500 Heften doch beachtlich.

Negativ ist noch immer das unregelmäßige Erscheinen von „Stichwort: BAYER“. Zwar werden jedes Jahr 6 Ausgaben herausgebracht, doch erscheinen die Hefte in der Regel zu spät. Einige Ausgaben werden darüber hinaus immer wieder zu Doppelheften zusammengefaßt. Jüngste Beispiele sind die letzten Hefte des vergangenen Jahres sowie diese Ausgabe.

Der Vorstand sieht derzeit keine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen. Die Probleme sind darin begründet, daß die Redaktion von „Stichwort: BAYER“ ehrenamtlich arbeitet und alle Tätigkeiten nebenberuflich ausgeübt werden. Für eine andere Lösung stehen keine Mittel zur Verfügung. Der Vorstand bemüht sich, neue Möglichkeiten zu finden, um ein regelmäßiges Erscheinen von „Stichwort: BAYER“ zu sichern.

Eine wichtige Basis wird darin gesehen, die Eigenfinanzierung von SWB weiter voranzutreiben. Mögliche Einnahmequellen sind bezahlte Anzeigen, die Abo-Gebühren und Einnahmen aus dem Freiverkauf.

Insbesondere bei einer Erhöhung des Freiverkaufs sieht der Vorstand gute Möglichkeiten, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Verbreitung – und damit die politische Wirkung – von SWB zu erhöhen, andererseits

zusätzliche Finanzen zu erhalten. Deswegen wurde beschlossen, daß alle aktiven Mitglieder künftig jeweils 5 Exemplare von „Stichwort: BAYER“ zum Weiterverkauf an FreundInnen und KollegInnen erhalten. Zusammen mit einem Anschreiben, das ihnen auch die Möglichkeit gibt, von diesem Freiverkauf zurückzutreten bzw. die Stückzahl zu erhöhen oder zu senken. Im Rahmen dieser Aktion wird ihnen jedes Heft mit DM 1,- berechnet.

Wir bitten alle Mitglieder, sich aktiv an der Verbreitung von SWB zu beteiligen. Dies ist eine gute Möglichkeit, um das Anliegen unseres Netzwerkes bekannter zu machen und unsere Organisation zu stärken. △

Erstes Gesamttreffen erfolgreich

Ende vergangenen Jahres hat der Vorstand der [redacted] vorgeschlagen, 1988 in jedem Quartal einmal ein zentrales Treffen durchzuführen, das allen Mitgliedern in der Bundesrepublik die Möglichkeit gibt,

sich kennenzulernen und ohne feste Tagesordnung miteinander zu diskutieren. Das erste Treffen fand am 5. März 1988 in Köln statt.

Die nächsten Treffen finden statt am:

- 7. Mai 1988 (2. Quartal)
- 3. September 1988 (3. Quartal)
- 12. November 1988 (4. Quartal).

Die Treffen beginnen jeweils samstags um 14.00 Uhr und werden gegen 18.00 Uhr beendet. Damit soll auch die An- und Abreise für weiter entfernt wohnende Mitglieder ermöglicht werden. Übernachtungswünsche bitte mit Postkarte in der Geschäftsstelle anmelden.

Das Treffen am 7. Mai 1988 findet statt bei:

Rüdiger Gotzes
Melatengürtel 30
5000 Köln 41

Besonders eingeladen sind natürlich auch alle Mitglieder von Standortgruppen und Mitgliedergruppen. △



Forderungen zum BAYER-Giftmüll-Skandal in Leverkusen

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Leverkusener BAYER-Giftmüll-Skandals im Stadtteil Wiesdorf gründete sich die „Bürgerinitiative gegen BAYER-Giftmüll“. Sie erarbeitete einen umfangreichen Forderungskatalog und versucht seither, diesen mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit durchzusetzen.

Die Hauptforderung lautet: „Volle Übernahme der Sanierungskosten durch den BAYER-Konzern!“ Desweiteren werden die Veröffentlichung sämtlicher Untersuchungs-Ergebnisse, auch der älteren, die kostenneutrale Umsiedlung der Betroffenen und die Übernahme von Folgeschäden gefordert. △

_____ zum Giftmüll-Gutachten in Leverkusen

Die Firma CLAYTEX CONSULTING, Hilden, hat im Auftrag der Stadt Leverkusen ein Gutachten „Chemische Untersuchung von Bodenproben im Rahmen von Gefährdungsabschätzungen“ erstellt, das sich mit der Verseuchung der Wiesdorfer Wohnsiedlung durch BAYER-Giftmüll beschäftigt. Die _____ nahm eine Auswertung des Gutachtens vor und erarbeitete eine Stellungnahme. Ihrzufolge ist anhand der vorliegenden Informationen – obschon sie relativ dürftig sind und weitere Untersuchungen vorgenommen werden müßten – zuverlässig die Aussage zu vertreten, daß wir im Falle des Wiesdorfer Wohngebietes vor einer der gefährlichsten bisher bekannten Altlasten der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Das CLAYTEX CONSULTING-Gutachten bringt eine Reihe von Problemen mit sich:

Die Herkunft der 50 Bodenmischproben wird kartografisch nicht festgelegt. Sie werden lediglich aus maximal 40 cm Tiefe entnommen. Somit sind die Fragen nach der flächigen Ausdehnung des Belastungsgebietes sowie nach deren Tiefe nicht zu beantworten. Diese Fragen müssen, so schreibt Dipl.-Ing. Uwe Friedrich in der Stellungnahme der _____, dringend durch weitere Untersuchungen abgeklärt werden.



Aktion gegen BAYER-Giftmüll in der Sitzung des Stadtrats von Leverkusen im Dez. 87.

Foto: Klaus

Die vorgelegten CLAYTEX CONSULTING-Daten sind allerdings ausreichend, um eindeutig feststellen zu können, daß eine große Palette giftiger Substanzen sich unmittelbar an der Erdoberfläche befindet, darunter diverse eindeutig Krebs erzeugende (gemäß MAK-Liste 1987) sowie gefährliche Pestizide (DDT, LINDAN).

Hinzuweisen ist ebenfalls auf die massiven Funde von PCB's.

In seiner Bewertung schreibt Uwe Friedrich, daß das Ergebnis der CLAYTEX CONSULTING-Untersuchung auf „eine erhebliche Gefährdung... auf allen klassischen Belastungspfaden“ schließen läßt. „Für den Belastungspfad über die Aufnahme belasteter Nahrung ist hier besonders auf die langlebigen Pestizide bzw. deren Umwandlungsprodukte zu verweisen. Der Belastungspfad durch direkten Hautkontakt ergibt sich – besonders etwa für spielende Kinder – aus dem Nachweis der Chemikalien direkt an der Erdoberfläche. Für den Belastungspfad durch das Einatmen von belasteter Luft ergeben sich aus vorliegender Untersuchung verschiedene Hinweise, zumal naheliegt, daß hier auch noch niedere CHLORALKANE und niedere AROMATE gefunden werden, die durch diese Untersuchung nicht festgestellt werden konnten.

Vielfalt und Menge der gefundenen Substanzen sind aus heutiger Sicht eher für eine Sondermüll-Deponie als für eine Wohnfläche charakteristisch. Alle nachgewiesenen Substanzen zeigen das charakteristische Bild von Abstoffen der chemischen Großproduktion. ...Für die Bewohner müssen Gesundheitsschäden befürchtet werden, denn die nachgewiesenen Gifte haben „krebsauslösende (kanzerogene) ... erbgutverändernde (muta-

gene) und fruchtschädigende (teratogene) Wirkung. Außerdem müssen Stoffwechselstörungen, Auswirkungen auf Blutbild und Gewebeschäden“ befürchtet werden.

Für die _____ ergibt sich daraus vorläufig die Konsequenz „einer übergangsweisen Eingrenzung des Gebietes mit möglichst weitreichendem Schutz der gefährdeten Medien (Grundwasser, Luft, umliegender Boden) als einzig akzeptable Zwischenlösung. Eine endgültige Lösung des Problems ist bisher nicht zu erkennen und muß mit umfangreichen wissenschaftlichen Mitteln erst noch erarbeitet werden.“ Da „eine Sanierung im Sinne der Herstellung eines unbelasteten Bodenzustandes nach heutigem Stand der Technik ...unmöglich“ erscheint, folgt, „daß ein Verbleiben der Bewohner auf dem belasteten Gebiet“ wegen des „unvertretbaren großen Risikos für deren Gesundheit“ nicht akzeptabel erscheint. „Deshalb müssen unverzüglich Ersatzwohnungen bereitgestellt werden.“

Der Wortlaut der Stellungnahme kann über die Geschäftsstelle der _____ gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5,-- angefordert werden. △

Ärzte fordern rasches Handeln

Für die Menschen in der mit BAYER-Gift verseuchten Dhünnaue in Leverkusen-Wiesdorf müsse „gesunder Wohnraum unverzüglich gesucht und gefunden werden“. Die bisher dort ergriffenen Maßnahmen – wie das Asphaltieren von Wegen und Plätzen sowie das Verbot, die Rasenflächen zu betreten – und eine Sanierung, die

erst im nächsten Jahr beginne, seien „vom medizinischen Standpunkt her als ungenügend, unerprobt, zu lang dauernd und damit weiterhin als risikoreich“ zu kritisieren.

Das haben 21 Leverkusener Ärzte in einem offenen Brief – unter Federführung des in Leverkusen-Burrig praktizierenden Kinderarztes Dr. Wihstutz – an ihren Kollegen Dr. Hans E. Linstaedt, den Leiter des Städtischen Gesundheitsamtes, geschrieben.

Die Gruppe von Medizinern zeigt sich besorgt über die Gesundheitsgefährdung der betroffenen Bevölkerung. Die in den Böden nachgewiesenen Substanzen hätten „unbestritten gesundheitsgefährdende Wirkung“; sie riefen Nerven-, Nieren-, Leber-, Lungen-, Haut- und andere Schädigungen hervor. Einige seien „eindeutig als krebserregend klassifiziert“. Und weiter heißt es in dem Schreiben der Ärzte: „Einige Dioxine entfalten ihre toxische Wirkung bereits unterhalb der hier in Leverkusen im Prüfverfahren nachweisbaren Werte.“

Die Mediziner ziehen daraus den Schluß, daß die Menschen in der Dhünnaue „einer hochgradigen gesundheitlichen Gefährdung ausgesetzt“ seien.

Die Ärzte nehmen schließlich auch Stellung zu der politischen Verflechtung zwischen BAYER und Stadt und dem 125jährigen Jubiläum des Konzerns: „Als Ärzte sind wir verpflichtet, dem Menschen und seiner Gesundheit zu dienen, auch wenn das zuweilen politisch inopportun und dem Image eines Konzerns und seiner Jubiläumsfeier abträglich sein könnte.“ Von dem Städtischen Gesundheitsamt erwarten die 21 Mediziner, daß es „dem Ernst der Lage entsprechend die Bevölkerung aufkläre, umfassend informiere, Verharmlosungen entgegentrete und die Betroffenen von der Notwendigkeit zu überzeugen suche, das verseuchte Gebiet zu verlassen. ...Die damit erzeugte Unruhe und Schwierigkeiten müssen in Kauf genommen werden.“

Ökologischer Ärztenbund droht mit Medikamenten-Boycott

Im November 1987 wandte sich der Ökologische Ärztenbund an BAYER. Er protestierte gegen das umweltfeindliche Verhalten des Konzerns und drohte Medikamenten-Boycott für den Fall an, daß BAYER nicht auf die Forderung von Umweltschützern und anderen eingeht und für eine umwelt- und menschenverträgliche Produktion sorgt.

Der BAYER-Konzern reagierte mit einer Einladung. Zwei Mitglieder des Ökologischen Ärztenbundes führten das Gespräch. Dr. Pomp und Dr. Mersmann zeigten sich enttäuscht darüber, daß der Konzern mit vielen Worten und wenig Bereitschaft zu Veränderungen im Sinne der Forderungen reagierte. Sie kritisierten, „daß... nur Symptome kuriert werden und keine konzeptionellen Änderungen“ stattfinden.

In dem Gespräch bekräftigte der Ökologische Ärztenbund noch einmal die Forderung; „daß vom Herstellungs- bis zum Entsorgungsprozeß neue Produkte auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden und erst dann in die Massenproduktion gehen, wenn keine Schädigung der Umwelt eintreten kann.“ Sie ergänzten dies zentrale Anliegen mit Kritik am Werbeverhalten des BAYER-Konzerns und mit zahlreichen konkreten Sofort-Forderungen.

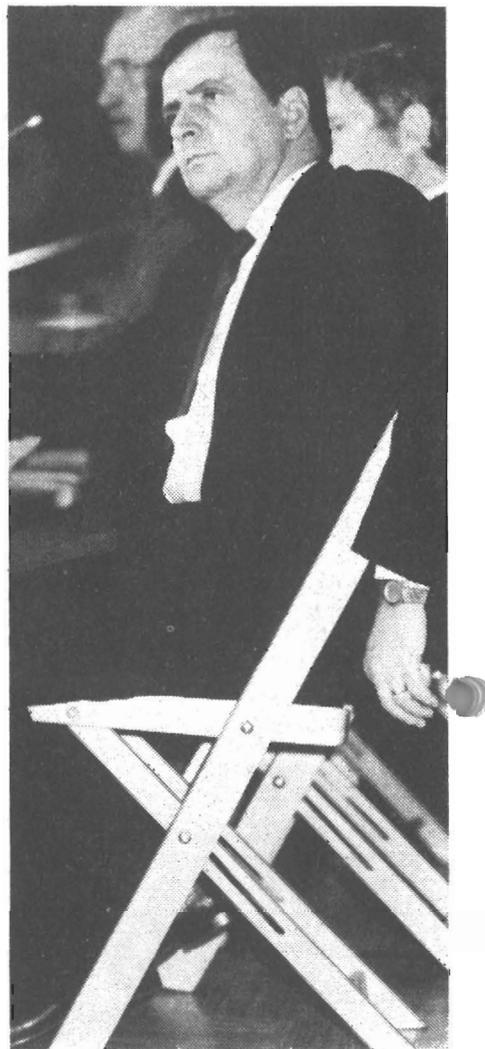
Der Ökologische Ärztenbund wies noch einmal darauf hin, „daß sich die Zahl der Ärzte vermehrt, die sich in Gruppen und Vereinigungen zusammenschließen, die einen Boykott der Medikamente pharmazeutischer Firmen anstreben, die nicht einen offenen, engagierten, innovativen Umweltschutz betreiben.“

Aktionen zum Töpfer-Besuch in Brunsbüttel

„Wenn hoher Besuch kommt, darf die Musik nicht fehlen. Diesmal war es aber nicht die Feuerwehrkapelle, die dem Bundesumweltminister einen Marsch blies; diesmal waren es die Brunsbütteler Umweltschützer, die die Melodie wählten: 'Das Lied vom Tod.'“ – So die Brunsbütteler Tagespresse am 28. Januar 1988 zum Besuch von Bundesumweltminister Töpfer in Brunsbüttel.

Der Minister war nach Brunsbüttel gekommen, um unter anderem im Rahmen einer Podiumsdiskussion den Bau der Chemie-Müllverbrennungsanlage bei BAYER/Brunsbüttel zu verteidigen. Viele Hundert Bürger waren gekommen. Mitglieder der Standortgruppe der [redacted] und andere Umweltschutzgruppen empfingen den Minister und die Gäste mit Giftfässern, Transparenten und Flugblättern. In der Diskussion konnte der Minister keine Sympathien für die geplante Anlage wecken.

Der Sprecher der Steinburger Kreisgruppe des „Bundes Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND), Rainer Guschel, brachte die Veranstaltung auf den Punkt: „Wollen Sie Bürgernähe demonstrieren, oder dürfen wir uns noch einmal ausweinen, bevor die Anlage gebaut wird?“



Unser Bundesumweltminister Foto: S. Dwenger

GREENPEACE wehrt sich gegen BAYER

Am 16. Juni 1987 installierte GREENPEACE an einem Abflußrohr des BAYER-Werkes in Brunsbüttel im Rahmen einer Aktion eine allgemein zugängliche „Probe-Entnahmestelle“. Der angebrachte Wasserhahn sollte sicherstellen, daß die BAYER-Abwässer für jeden kontrollierbar werden. Gängige Praxis des Konzerns ist es nämlich, große Abwasserrohre direkt im tiefen Wasser der Flüsse zu verlegen und so eine Probe-Einnahme nahezu unmöglich zu machen.

Die Aktion scheint den Konzern im Nerv getroffen zu haben. Bereits im Herbst vergangenen Jahres kündigte BAYER Schadensersatzforderungen in Höhe von fast einer halben Mio. DM an.

Am 25.02.1988 forderte die Rechtsabteilung der BAYER-Konzernverwaltung in Leverkusen GREENPEACE und gleichzeitig Harald Zindler als Privatperson auf, einen Schadensersatz in Höhe von DM 431.332,28 zu zahlen. Zugleich wurde eine Frist bis

zum 10. März 1988 eingeräumt. Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß durch die Montage des Wasserhahnes ein erheblicher Schaden verursacht worden sei, der eine Erneuerung eines Rohres nötig gemacht habe. Dadurch wiederum hätten verschiedenen Betriebsteile für die Dauer der Reparaturarbeiten stillgelegt werden müssen. So hätten sich lt. BAYER ca. DM 23.000,— Reparaturkosten und rund DM 400.000,— Produktionsausfallkosten ergeben.

GREENPEACE schlußfolgert: „Kritiker sollen mundtot gemacht werden. ...Nicht die Trinkwasservergifter werden kriminalisiert, sondern die Menschen, die für die Reinerhaltung des Lebensmittels 'Wasser' kämpfen. ...BAYER will sich ...durch horrende Zahlungsforderungen an GREENPEACE zukünftig den Rücken von umweltbewußten Menschen freihalten.“

Am 10. März 1988 verweigerte GREENPEACE öffentlich die Bezahlung der Rechnung. △

BUND legt Dialog-Kriterien vor

Nachdem im vergangenen Jahr vom „Pestizid-Aktions-Netzwerk“ (PAN) erstmals Kriterien für Gespräche mit der Industrie öffentlich diskutiert und vorgelegt wurden, hat am 11. Februar 1988 nun auch der „Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) derartige Kriterien veröffentlicht. Auslöser dafür war die Vereinbarung zwischen dem BUND einerseits und dem „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) andererseits im Rahmen eines Seminars an der „Evangelischen Akademie Tutzing“ im Mai 1987. Dort wurde — im übrigen nach dem Modell des „Dialog-Programms“ der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ (EKD) — ein geheimer Dialog zwischen diesen Verbänden vereinbart.

Verantwortlich zeichnete auf Seiten des BUND der „Arbeitskreis Umweltchemikalien/Toxikologie“. Auf Seiten der Industrie wurde das Abkommen insbesondere betrieben von BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Eberhard Weise. Die Vermittlerrolle und die Organisation des Seminars übernahm die Evangelische Kirche.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Geheimabkommens wurde bei vielen Umweltschutzverbänden Kritik laut. Auch die [redacted] erhob starke Einwände. Gespräche, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, dienen nicht der öffentlichen Konsensbildung; zu Fragen über die Verwendung problematischer Stoffgruppen und anderer heikler Themen,

sondern vielmehr den Interessen der — unvergleichlich stärkeren — Industrie.

Auch der Bundesvorstand des BUND war nicht mit dem Abkommen einverstanden. Er sah ebenso die Gefahr, daß ein solches Abkommen die Umweltschutzbewegung behindert und spaltet, den Interessen der Industrie dienlich ist und diesen zur leichteren Durchsetzung verhilft. Das Vorgehen des „Arbeitskreises Umweltchemikalien/Toxikologie“ wurde scharf gerügt.

Im Rahmen einer längeren Diskussion einigten sich der Bundesvorstand, der angesprochene Arbeitskreis und die Bundesgeschäftsstelle auf folgende Vorgehensweise: „Der Bundesvorstand nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß der Chemie-Industrie — seitens des Arbeitskreises Umweltchemikalien/Toxikologie — schriftlich Fragen zur Chemie-Politik gestellt und die Antworten bei Bedarf mit Vertretern der Chemischen Industrie diskutiert werden. Bedingungen:

- Der BUND hält diese Gespräche offen für andere Umweltverbände.
- Der BUND akzeptiert bei diesen Gesprächen keine Verschwiegenheitspflicht.
- Der zugrunde liegende Briefwechsel und die Ergebnisse der Diskussionen werden protokolliert und stehen Interessenten zur Verfügung.
- Die Gesprächsthemen stimmt der BUND mit den beteiligten Verbänden — wie auch intern — ab.

Damit sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesvorstand und dem Arbeitskreis Umweltchemikalien/Toxikologie im Punkt Strategie/Dialog Chemie-Politik ausgeräumt.“

Unerwähnt und unkritisiert bleibt allerdings das Verhalten der Evangelischen Kirche. Immer häufiger veranlaßt sie politisch arbeitende Aktionsgruppen zur Veränderung der Arbeitsschwerpunkte zugunsten von „Gesprächen mit der Industrie“. Sie setzt dabei auch finanziellen Druck ein. So wird die „Dialogbereitschaft“ als Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln vorgegeben. So geschehen bei der BUKO-Pharma-Kampagne, bei der [redacted] und als jüngstes Beispiel bei der MC DONALD'S-Aktionsgruppe. In allen Fällen spielten Drohungen der kritisierten Konzerne (HOECHST, BAYER, MC DONALD'S), dafür zu sorgen, daß die Kirchensteuerzahlungen der Mitarbeiter dieser Firmen reduziert/eingestellt werden, die entscheidende Rolle. Anstatt sich an der Seite der betroffenen Aktionsgruppen gegen die Politik der Multis zur Wehr zu setzen, gibt die Kirche den Konzernen nach und übt ihrerseits zusätzlichen Druck auf die Aktionsgruppen aus. △

Tierversuche bei BAYER

In der aktuell von den „Tierversuchsgegnern Nordrhein-Westfalen“ vorgelegten Dokumentation „Tierversuche in der Bundesrepublik Deutschland“ werden auch mindestens drei BAYER-Tierexperimente beschrieben. Die Autoren nehmen dabei keine inhaltliche Bewertung dieser Versuche vor, sondern lassen die sachliche Beschreibung der Experimente für sich selbst sprechen.

Unter der Nr. 6 wird ein Versuch mit Ratten beschrieben, der der „Bestimmung des enterohepatischen Kreislaufs von Radioaktivität“ dient. Durchgeführt wird dieser Versuch am „Institut für Pharmakokinetik“ des BAYER-Konzerns in Wuppertal.

Als Versuch Nr. 26 wird ein BAYER-Experiment zur Untersuchung „ob Nisoldipine die Niere gegen Schäden bei Mangel durchblutung schützen kann“, dokumentiert. Dieser Versuch wird von dem BAYER-eigenen „Institut für Pharmakologie“ in Wuppertal in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Urologie an der Universität Bochum durchgeführt.

Unter der Nr. 100 schließlich wird ein BAYER-Versuch „zur Erforschung des plötzlichen Herztodes“ vorgestellt. Dieser Versuch wird mit Hunden vom BAYER-eigenen „Institut für Pharmakologie“ in Wuppertal vorgenommen.

Die Broschüre kann über den CMU-Versand (Adresse siehe Anzeige) für DM 8,50 bezogen werden. △

Tierversuchsgegner meldeten sich zu Wort

„Agitation löst keine Probleme“ — schreibt Michael Schade in der BAYER-Zeitschrift „direkt“. Und dann folgt die bekannte Litanei von der „kleinen Gruppe“, die „mit gezielten Aktionen den Informationsfluß zu stoppen“ versucht und dabei „bei den meisten Besuchern keinen Zuspruch“ findet. Und wie üblich, zieht BAYER den Schluß: „Wer all diese Bemühungen (von BAYER, die Red.) ignoriert, erweckt den Verdacht, daß er lieber agitiert statt diskutiert.“

Wieder einmal hatte eine Propaganda-Maßnahme des BAYER-Konzerns nicht so funktioniert, wie die Öffentlichkeits-Abteilung es sich vorgestellt hatte. Im Herbst 1987 stellte BAYER seine Werbe-Veranstaltungen „Hallo Nachbar“ unter das Thema „Chemie und Arzneimittel“. Um das aufgrund der Tierversuchspraxis angeschlagene Pharma-Image aufzupolieren, trat im Rahmen der Veranstaltung auch der „Tierschutzbeauftragte“ der BAYER AG, Dr. Günter Meister, auf.

Doch der Auftritt des BAYER-Tiervernichtungs-Experten brachte nicht den gewünschten Erfolg. Bei allen fünf Veranstaltungen in Köln, Monheim und Leverkusen waren Tierversuchsgegner zugegen und entlarvten mit kritischen Fragen die scheinheiligen Heucheleien des Konzerns. Mit Erfolg, wie die BAYER-Reaktion zeigt. Δ

Arbeitslose demonstrieren vor BAYER/Uerdingen

Mit einer 24-stündigen Mahnwache vor den Toren 5 und 6 des BAYER-Werkes in Krefeld-Uerdingen protestierten Arbeitsloseninitiativen aus Krefeld und Duisburg-Rheinhausen mit tatkräftiger Unterstützung der Krefelder „Bürgerinitiative gegen BAYER-Umweltgefährdung“ dagegen, daß der Chemie-Konzern ein falsches Spiel mit Arbeitsplatz-Angeboten treibt. In Flugblättern stellten die Arbeitslosen dem Konzern die Frage, warum er gerade jetzt 500 Arbeitsplätze für die KRUPP-KollegInnen in Rheinhausen angeboten hat, obwohl seit Jahren in Duisburg über 30.000 und in Krefeld über 14.000 Menschen arbeitslos sind. Es sei eher zu vermuten, daß die seltsame BAYER-„Solidarität“ den Widerstand in Rheinhausen brechen sollte.

Die Arbeitsloseninitiativen fordern – von BAYER-KollegInnen lebhaft unterstützt – die sofortige öffentliche Ausschreibung der angeblich offenen Stellen bei BAYER.

Die Aktion wurde neben der Standortgruppe der \blacksquare u.a. unterstützt von der IG Metall, der DKP und kirchlichen Kreisen. Δ

Offener Brief in Krefeld

Am 7. März 1988 richtete die Krefelder „Bürgerinitiative für umweltverträgliche Produktion, gegen BAYER-Umweltgefährdung“ einen offenen Brief an BAYER. Sie kritisiert darin die von BAYER propagierte Erfolgsmeldung, nach der angeblich nur noch lediglich 8 Tonnen umweltbelastender Stoffe täglich von BAYER/Uerdingen in den Rhein eingeleitet werden. Sie weist in dem Brief darauf hin, daß BAYER/Uerdingen z.B. in die durch GREENPEACE-Aktionen bekannt gewordene Kiesgrube in Niederwallach täglich „ca. 350 t zum Teil hochbelasteter Abfallstoffe“ abgekippt werden. Diese Kiesgrube steht in direktem Wasseraustausch mit dem Rhein.

Die Krefelder Standortgruppe der \blacksquare fordert in ihrem Brief auch Einblick in die Wasserbücher des BAYER-Konzerns. Sie weist darauf, daß in den USA die Wasserbücher von Chemiewerken von jedermann einsehbar sind. Sie rät dem BAYER-Werksleiter Dr. Haas, sich bei der BAYER-Tochter MOBAY in USA „hinsichtlich der Offenlegung von Wasserbüchern beraten zu lassen“. Δ

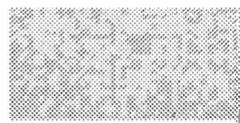
DKP gegen Sondermüll-Verbrennungsanlage in Dormagen

Auf dem Dormagener Werksgelände soll bis 1989/90 eine Sondermüll-Verbrennungsanlage errichtet werden, die nach Ansicht der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Neuss/Dormagen ein großes Gefahrenpotential für die Umgebung und die dort lebenden Menschen darstellt. „Das Hauptproblem entsteht durch unvoll-

ständige Verbrennungen, wie sie immer wieder vorkommen. Gerade hierbei entstehen hochgiftige Dioxine und Furane. Bei 'Betriebsstörungen' besteht die Gefahr einer weiträumigen Umweltvergiftung. Und das bei den nahegelegenen Siedlungen der unmittelbar angrenzenden Stadt Dormagen und dem dichtbesiedelten Umfeld des Werkes!“

Eine besondere Gefahr stellen die Tiefflüge der Bundeswehr und der Nato dar. „Ist schon jetzt der Gedanke entsetzlich, es könnte eine der Maschinen auf's Werk stürzen, so erhöht sich diese Gefahr für die Menschen im weiten Umfeld um noch ein Vielfaches, wenn diese Anlage für die Verbrennung von Sondermüll erst mal zusätzlich dort steht.“ Die DKP fordert, daß langfristig die Konzerne, die Sondermüll verursachen, ihn auch umweltverträglich beseitigen. Insbesondere aber müßte der Anfall von Industriemüll vor Ort verringert werden. „Das heißt: Die Konzerne sollen Verfahren entwickeln, bei denen Sondermüll gar nicht erst anfällt.“ Die DKP ist sich darüber im klaren, daß ihre Forderungen nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. „Doch, solange es keine Gesetze gibt, die Schritte in diese Richtung erzwingen“, lehnt sie „den Bau weiterer Beseitigungsanlagen ab“.

Die DKP fordert „strengere Kontrolle vorhandener und geplanter Anlagen. ...Mitsprache und Kontrollrechte für Betriebsrat und Gewerkschaft.“



Erster Erfolg in Griechenland

Nachdem die Einwohner der griechischen Insel Paxi einen Anstieg der Krebserkrankungen festgestellt haben, entschloß sich die Gemeinde Magazon – eine der vier lokalen Gemeinden – die Spritzungen aus der Luft anzufechten. In einem Prozeß gegen die griechische Landwirtschaftsbehörde, die die Spritzungen verantwortet, soll geklärt werden, ob das BAYER-Pestizid LEBAYCID krebserregende Wirkung hat. Die Athener Vertretung des BAYER-Konzerns hat bereits im Vorfeld des Prozesses Bürgermeister Antiochos aufgefordert, seine „unhaltbaren und verfeumderischen Behauptungen“ zu unterlassen. Unter Androhung gerichtlicher Schritte, versteht sich.

Im September 1987 kam es zur ersten Verhandlung. Die klagende Ge-



Mahnwache vor BAYER-Uerdingen

Foto: M. Tripp

meinde sah sich plötzlich nicht nur der griechischen Landwirtschaftsbehörde gegenüber, sondern auch dem BAYER-Konzern. Obwohl dieser in den Prozeß gar nicht direkt verwickelt ist, entsandte BAYER einen Rechtsanwalt und einen Sachverständigen, um der griechischen Aufsichtsbehörde zur Seite zu stehen.

Offensichtlich fürchtet der Konzern durch diesen Prozeß einen Imageverlust für sein Pestizid und damit herbe Profiteinbußen.

Die Gemeinde Magazion hatte sich mit Hilfe der [REDACTED] gut auf den Prozeß vorbereitet. Sie konnte umfangreiche Informationen zur Gefährlichkeit von LEBAYCID vorlegen.

Die Richterin sah sich außerstande, ein Urteil zu fällen und vertagte den Prozeß. Damit konnte Magazion einen ersten Erfolg gegen das Pestizid-Kartell von BAYER und Behörden erzielen. △

Gegen Verarbeitung von DICHROMAT

Der Leiter der werksärztlichen Abteilung, Dr. Korallus, hat sich mit zahlreichen Veröffentlichungen über arbeitsmedizinische Erfahrungen mit CHROMATEN hervorgetan. Im Gegensatz zu seinen Kollegen hat er stets die Auffassung vertreten, daß die bei BAYER hergestellten wasserlöslichen CHROMATE nicht krebserregend seien.

Mittlerweile ist diese These im eigenen Haus widerlegt worden. Tierversuche in Elberfeld, aber auch im Fraunhofer Institut haben ergeben, daß NATRIUM- und KALIUMCHROMATE krebserregend sind. Deshalb stufte auch 1987 die „MAKwerte-Kommission“ (MAK = maximale Arbeitsplatzkonzentration) diese Verbindungen als eindeutig krebserzeugende Arbeitsstoffe ein.

Neben den erheblichen Belastungen, die DICHROMATE für die in der Produktion dieser Schwermetalle eingesetzten Beschäftigten bedeuten, ergibt sich eine erhebliche Beeinträchtigung von Umwelt und Menschen. KALIUMCHROMAT verursacht Allergien, insbesondere Hautallergien. Es ist in vielen Gütern des täglichen Gebrauchs anzufinden: Zementverputz, Magnetbänder, Rostschutzmitteln, Holzschutzfarben, Imprägnierungs- und Beizmitteln, Labor- und Fotochemikalien, galvanischen Lösungen, Lichtpauspapier, Tinte, Kugelschreibern, Farbe, Bohnerwachs, Schucreme, Streichholzköpfen, ...usw.



Demonstrative „Arbeitsplatz-Bewerbung“

Foto: M. Tripp

Aufgrund der Gefahren, die von DJ-CHROMATEN ausgehen, fordern die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei BAYER/Leverkusen“ sowie die DKP-Betriebsgruppe im Werk die Einstellung der CHROMAT-Produktion und die Umstellung auf ungefährliche Ersatzstoffe. Dabei müssen für die dort Beschäftigten neue Arbeitsplätze bei gleichwertiger Tätigkeit und identischem Entgelt geschaffen werden.

Die „Durchschaubaren“ weisen darauf hin, daß der BAYER-Konzern einer der größten CHROMAT-Hersteller der Welt ist. Nachdem Konkurrenten in Italien und den USA die Produktion wegen nicht zu bewältigender Umweltprobleme einstellen mußten, habe sich der Weltmarktanteil von BAYER noch erhöht.

Was in anderen Ländern Recht ist, sollte in Leverkusen nur billig sein: Die „Durchschaubaren“ wollen die blumigen, öffentlich gemachten Umweltversprechungen des Konzerns beim Wort nehmen. Deshalb schließen sie ihren Appell mit einer deutlichen Aufforderung an die Konzernspitze: „Also stoppt die CHROMAT-Produktion, stellt um auf unschädliche Produkte - der Gesundheit und der Umwelt zuliebe!“ △

Stahlarbeiter demonstrieren in Uerdingen

Anfang Dezember 1987 sprang der BAYER-Konzern dem in Rheinhausen in Not geratenen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm mediens- und publikumswirksam zur Seite. BAYER erklärte, daß der Konzern 500 von der Entlassung bedrohte Rheinhausener KRUPP-Stahlarbeiter einstellen werde.

Nach dem Bekanntwerden dieser

seltsamen „Solidarität“ kam allenthalben Mißtrauen auf. Die KRUPP-Arbeiter machten die Probe aufs Exempel. Ca. 800 Kumpel zogen zu einer demonstrativen „Arbeitsplatz-Bewerbung“ am 17. Dezember 1987 vor das Verwaltungsgebäude des BAYER-Werkes in Krefeld-Uerdingen. Dort wurden sie vom Werksschutz und einigen hohen Herren der Verwaltung mit einem Flugblatt von „BAYER aktuell“ empfangen. Anstatt sie einzustellen oder ihnen wenigstens eine Einstellungs-Zusage zu geben, nannte BAYER „bestimmte Voraussetzungen“ für eine Übernahme.

Die Stahlarbeiter brachten auf Transparenten und in Sprechchören vor dem BAYER-Werk ihre Forderungen lautstark zum Ausdruck: „Wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten!“ – „Rheinhausen muß leben!“ Die Demonstranten durchschauten den Versuch der BAYER-Konzernleitung, sie und ihre Kollegen mit unverbindlichen Arbeitsplatzangeboten zu spalten und zum Stillhalten zu veranlassen.

Die KRUPP-Kollegen erfuhren die Unterstützung der BAYER-Beschäftigten. Klaus Dölgel, Vorsitzender des Vertrauensgremiums bei BAYER/Uerdingen, erklärte, das BAYER-„Angebot“ solle die KRUPP-Belegschaft lähmen und in die Irre führen. Er erinnerte daran, daß 700 Arbeitslose im BAYER-Personalbüro Uerdingen auf der Warteliste stünden und 300 Lehrlinge in Sorge seien, ob sie nach Abschluß ihrer Ausbildung einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhielten. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit in der Region sei die „Sonderaktion“ von BAYER reine Heuchelei. Damit solle nicht zuletzt auch die Solidaritätsbewegung unter der Bevölkerung geschwächt werden.

Die demonstrierenden KRUPP-Kollegen ließen sich auch nicht von ei-

ner BAYER-Einladung auf Kaffee und Brötchen in die Werkskantine beeindrucken. Sie zeigten den BAYER-Verantwortlichen die kalte Schulter und betonten: „Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze in Rheinhausen geht weiter!“

Ist Rheinhausen erst einmal gestorben, würde sich der Chemieriese über das Firmengelände hermachen. Interesse hieran ist von offizieller Seite schon mehrfach bekundet worden. Das Firmengelände liegt geographisch sehr günstig, hat eine hervorragende Infrastruktur und ...liegt direkt neben dem BAYER-Werksengelände in Krefeld/Uerdingen.

Die [redacted] verurteilt das scheinheilige „Angebot“ der BAYER AG an die Krupp-Kollegen. Sie erklärt sich mit den Forderungen der Rheinhausener solidarisch und tritt insbesondere für die Erhaltung des Duisburger Standortes ein. △

Neue Bürgerinitiative gegründet

Seit BAYER im Ortsteil Bellinghausen in Burscheid Land gekauft hat, sind viele Anwohner besorgt. Sie befürchten, daß auf dem Gelände ein neues BAYER-Freilandlabor geschaffen wird, auf dem Pestizide getestet werden.

BAYER reagierte mit dem Vorwurf, das seien „vorschnelle Vermutungen“. Das erworbene Land werde landwirtschaftlich genutzt, „Pflanzenschutzmittel-Versuche sind nicht beabsichtigt“.

Die Unruhe in Bellinghausen ist geblieben. Mittlerweile hat sich die „Burscheider Bürgerinitiative gegen BAYER-Pestizide“ gegründet. Sie will Pestizid-Tests allgemein und speziell die Versuche auf dem Burscheider BAYER-Testgelände „Gut Höfchen“ kritisch untersuchen: „Wir wollten kein Feindbild gegen BAYER aufbauen, aber man sollte nicht versuchen, uns zu verklapsmühen.“

Die Bürgerinitiative hat auch bereits Kontakte nach Monheim hergestellt, wo BAYER auf dem Testgelände „Lacherhof“ ebenfalls Pestizidversuche durchführt. Auch dort gibt es seit Jahren immer wieder öffentliche Kritik an BAYER. △

BAYER 2000

Betriebsgeheimnis war Vorwand

Ungeheuerliches war vom BAYER-Vorstandsmittglied Prof. Dr. Eberhard Weise, auf einer Podiums-Diskussion „Leben mit Chemie“ in München Ende vergangenen Jahres zu hören. Dabei lag es weniger in seiner Absicht, reuevolle Entschuldigungen zu formulieren, als vielmehr rein taktisch-strategische Überlegungen anzustellen.

Prof. Dr. Weise führte aus, daß der öffentliche Druck und nicht zuletzt die Aktionen der Umwelt-Organisation GREENPEACE dem Konzern zu schafften machten. Aus diesem Grund habe man sich angeblich gedrängt gesehen, ein alternatives Entsorgungsverfahren zur problematischen Dünnsäureverklappung auf der Nordsee zwei Jahre früher als geplant anzuwenden.

Prof. Weise plädierte weiter dafür, künftig die Emissionswerte, die bei der Produktion entstehen, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Darüber hinaus gab Weise zu, was Umweltschützer und insbesondere die [redacted] schon seit langem behaupten: Der Hinweis auf das Betriebsgeheimnis ist ein „Vorwand“ bei der Weigerung des Konzerns, Emissionswerte zu veröffentlichen. Weise wörtlich: „Ich gebe zu, daß wir diese Argumentation in letzter Zeit auch benutzt haben, um bestimmte Diskussionen über Publikationen von Emissionswerten zu verzögern.“

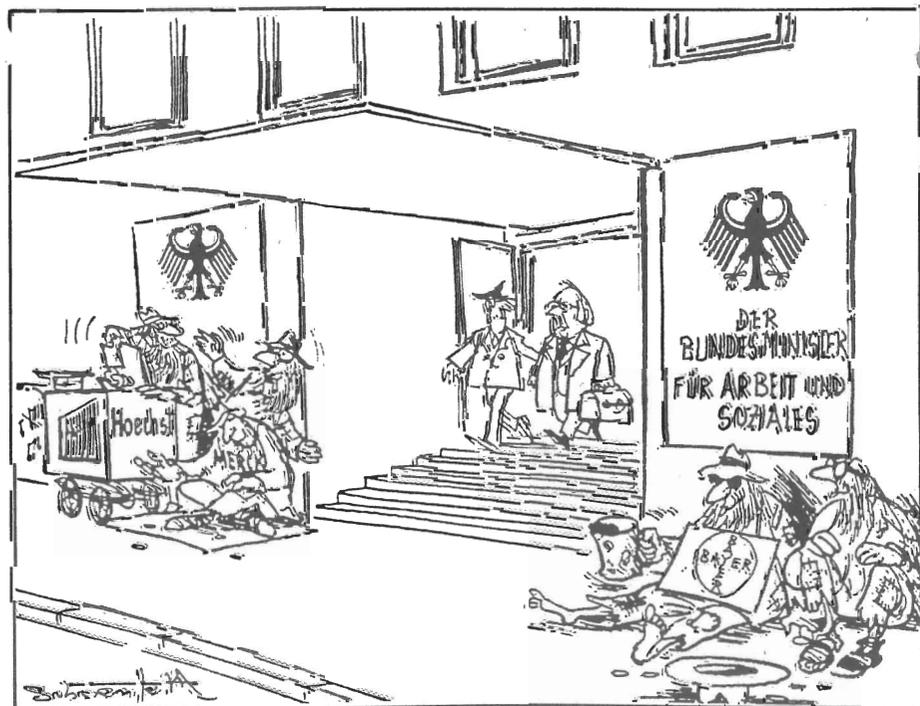
Offensichtlich hat die Vertuschungspraxis in der zurückliegenden Zeit nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Der öffentliche Druck stieg trotzdem. Eigenanalysen von Umweltschützern führten zu aufsehenerregenden Entlarvungen. Die wenigen Werte, die BAYER überhaupt veröffentlichte, wurden wegen der praktizierten Heimlichtuerei nicht selten augenblicklich in Zweifel gezogen.

So scheint es offensichtlich dem Konzern nun schlicht angebracht, entgegenkommende Großzügigkeit zu heucheln. Daß der Chemieriese sich aber tatsächlich hinter die Karten gucken läßt, ist angesichts der Erfahrungen in der Vergangenheit mehr als zweifelhaft. △

DKP-Betriebsgruppen fordern radikalen Umbau

Im Dezember 1987 legte die DKP-Betriebsgruppe des Werkes BAYER/Leverkuesen einen ersten Entwurf eines Programms zum „Umbau“ des BAYER-Konzerns vor. Der Programmentwurf trägt den Titel „BAYER 2000“.

Nach Aussage der DKP-Betriebsgruppe soll mit diesem Programm „in den Diskussionsprozeß, der in den Gewerkschaften, bei fortschrittlichen Kräften begonnen hat, eingegriffen“ werden. Die Betriebsgruppe stellt fest: „Wenn wir die Chemie-Konzerne so weitermachen lassen wie bisher, droht der Menschheit eine ökologische Katastrophe. Diese muß und kann verhindert werden.“



„Achtung, Blum kommt!“

Mittlerweile sind in Leverkusen bereits zahlreiche ergänzende Diskussionsbeiträge eingegangen. Der Entwurf wird mittlerweile auch in anderen Betriebsgruppen der DKP beim BAYER-Konzern diskutiert.

Die Betriebsgruppen kündigen an, daß das Programm auf einem Forum „BAYER 2000“ abschließend breit und öffentlich diskutiert und verabschiedet werden soll.

Gegen Einsendung von DM 5,— kann der Programmwurf der DKP-Betriebsgruppen bei der Geschäftsstelle der [REDACTED] bezogen werden (Stichwort: „Umbaupro-gramm“). △

Sofortiger Stop der Chrom-Einleitungen gefordert

Mit einem „Umweltschutzvorschlag-BAYER 2000“ wendete sich die DKP-Betriebsgruppe im Dezember 1987 an das BAYER-Vorschlagswesen. Sie schlug vor, die Chrom-Einleitungen in Leverkusen sofort zu stoppen.

Die BAYER-Betriebsgruppe wiederholte damit einen Vorschlag, den ihr Sprecher Reinhard Klaus bereits auf der Aktionärs-Hauptversammlung des BAYER-Konzerns im Juni 1987 vortrug. Bereits damals verwies die DKP auf die Gefährlichkeit der Chrom-Einleitungen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt und stellte zahlreiche konkrete Fragen an den Vorstand. In einem vielseitigen Schriftwechsel mit der BAYER-Betriebsgruppe der DKP mußte der Konzern jetzt die krebserzeugende Wirkung des Stoffes zugeben.

Die BAYER-Betriebsgruppe führt in ihrem Umweltschutzvorschlag aus, daß die zur Durchführung des Einleitungs-Stop benötigte Technik von BAYER selbst hergestellt wird. In der „BAYER-Umweltschutz-Information Nr. 130“ mache der Konzern Reklame für „LEWATIT-Ionenaustauscher von BAYER, unentbehrliche Helfer zur Abwasserreinigung“. In dem Werbematerial heiße es wörtlich: „Außerdem lassen sich die abgeschiedenen Metalle, wie Kupfer, Nickel oder Chrom zurückgewinnen.“

Die DKP kritisiert, daß es für den Konzern offensichtlich profitträchtiger sei, Chrom ungereinigt in den Rhein zu kippen, als die eigene Technologie einzusetzen. Deshalb fordert sie: „Chrom-Einleitungen sofort stoppen! Emissionsfrei ins Jahr 2000!“

Der „Umweltschutzvorschlag“ wurde auf der Belegschaftsversammlung den KollegInnen bei BAYER Leverkusen bekannt gemacht. △

Belegschaft Arbeitsplätze

Chemiearbeit macht steril

Nun ist es amtlich: Für Henning Beier, Professor für Anatomie und Reproduktionsbiologie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, besteht kein Zweifel mehr, daß Chemiearbeit steril macht. Der Anteil der ungewollt kinderlosen Ehen sei in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der letzten 20 Jahre von 7 auf 15 % geklettert. In den USA liege er schon bei 20 %. In bestimmten Berufsgruppen trete die Kinderlosigkeit besonders häufig auf, so bei LaborantInnen, bei Krankenschwestern, **Chemiearbeitern** und Narkose-Ärzten. Aber auch bei Landarbeitern, die mit Pestiziden hantieren. Dabei sei kein Unterschied zwischen den Geschlechtern festzustellen. △

Profite durch Vorschlagswesen

Hauptgewinner beim BAYER-Vorschlagswesen ist der Konzern. Auch wenn 1987 ca. 1,3 Mio. DM an Prämien für eingereichte Vorschläge ausgezahlt wurden, beträgt die jährliche Ersparnis für den Konzern ein Vielfaches davon. Daran ändert sich auch nichts, wenn zwei Kollegen aus Brunsbüttel die jemals ausgezahlte höchste Prämie von 30.200,— DM erhielten.

1987 wurden in den 5 bundesdeutschen Werken der BAYER AG 4.417 Vorschläge eingereicht, 48,8 % mehr als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Vorschläge je 1.000 Beschäftigte (Tausend-Mann-Quote) stieg von 54,6 auf 82,2. Insgesamt wurden 1.308 Einsparungsvorschläge realisiert.

Die Tausend-Mann-Quote lag im Brunsbütteler Werk mit 186,7 Vorschlägen am höchsten. In Dormagen stieg sie von 56,2 auf 96,3; in Uerdingen von 64,3 auf 96,3; in Leverkusen von 44,6 auf 68,8 und in Wuppertal-Elberfeld von 65,7 auf 80,0. Wie profitabel das Vorschlagswesen ist, wird daran deutlich, daß trotz — oder gerade wegen — der hohen Steigerungsrate von 1987 die Mitarbeiter aller BAYER-Werke in Bälde angeschrieben werden. Der Brief soll sie zu einer noch verstärkteren Einreichung von Vorschlägen anregen.

Erstmalig werden in diesem Jahr unter allen erfolgreichen Teilnehmern am Vorschlagswesen Wochenend-Flugreisen nach Athen und Rom ausgelost. △

“

Betr.:
125 Jahre BAYER
Aktionärsversammlung
am 22. Juni in Köln

BAYER sorgt

für den

Umweltschutz,

und

die Erde ist

eine Scheibe.

125 Jahre BAYER —
125 Jahre Umweltverseuchung
und Menschengefährdung

Denn das Geld bestimmt
das Handeln der Konzerne
und Banken. Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze sind
nicht so wichtig.

Übertragen Sie deshalb nicht
Ihrer Bank, sondern uns, den

**Kritischen
BAYER-Aktionären,**

die Stimmrechte Ihrer BAYER-
Aktien.

Sprechen Sie mit Ihrer Bank
und senden Sie Ihre Vollmacht
ein an:

Verein Kritischer Aktionäre e.V.
Professor-Neeb-Str. 24
6501 Saulheim

Oder noch besser:
Kommen Sie persönlich am
22. Juni 1988 nach Köln zur
Hauptversammlung.

Gemeinsam
erreichen wir mehr.

Weitere
Informationen
können Sie gern
bei uns anfordern.

”

Chemiearbeiter sind für Umweltschutz

Eine neue Studie des „Soziologischen Forschungsinstitutes“ (SOFI) brachte an den Tag, was in den Vorstandsetagen der Chemischen Industrie bereits seit langem für Unruhe sorgt: Die Belegschaften auch der chemischen Betriebe werden Forderungen nach wirksamem Umweltschutz gegenüber immer aufgeschlossener.

Bisher galt die weitverbreitete Meinung, daß Industriearbeiter, und insbesondere die Chemiearbeiter, Umweltschutzforderungen ablehnend gegenüberstünden. Man ging davon aus, daß das Bewußtsein dieser Kolleginnen vor allem geprägt werde durch ihr unmittelbares Interesse an der Erhaltung von Arbeitsplätzen und durch ihren Wunsch nach Identifikation mit ihrer Arbeit. — Diese Meinung muß jetzt endgültig über Bord geworfen werden.

Lediglich 4 % der befragten Chemiearbeiter gehören lt. SOFI zum Typ des „konsequenten Verneiners“, der die Bedrohung der Umwelt für „eher hochgespielt“ hält und sich gegen entsprechende Forderungen richtet. Hingegen müßten 80 % als „moderate“, „fast konsequente“ oder „konsequente“ Umweltschützer eingestuft werden. Sie fordern sogar häufigere Kontrollen für die örtliche Chemieindustrie und sind auch bereit, im eigenen Haushalt mehr und konsequenter Umweltschutz zu praktizieren.

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Ergebnisse bei den Chemiearbeitern sich deutlich von den allgemein erzielten Ergebnissen bei Industriearbeitern abheben. Der Anteil der Umweltschutz-Befürworter ist in der Chemie mit 80 % gegenüber 75 % deutlich höher, der Anteil der Ablehner mit 4 % gegenüber 7 % deutlich niedriger. Viele Chemiearbeiter zeigten lt. SOFI ein „ausgeprägtes Experten-Bewußtsein, das sich sehr akzentuiert von der „Ahnungslosigkeit“ des Restes der Menschheit bei der Beurteilung der Chemie und ihrer ökologischen Risikopotentiale absetzt.“

Allerdings stellt SOFI eine Zweiteilung fest: Etwa die Hälfte der umweltbewußten Chemiearbeiter zeigt sich gegenüber dem eigenen Unternehmen vergleichsweise unkritisch. Die andere Hälfte hingegen ist gegenüber Umweltfragen im eigenen Unternehmen sensibler und fordert sogar schärfere Auflagen und Kontrollen.

Die Aufgeschlossenheit für Umweltfragen wird von SOFI darauf zurückgeführt, daß viele Chemiearbeiter im alltäglichen Umgang mit Chemikalien und durchlaufende Sicherheitsbelehrungen erkannt haben, „wie gefährlich die Chemie ist“. Kommt hinzu, daß in dem untersuchten Werk „aufgrund einer Image-Untersuchung“ schon vor Jahren beschlossen wurde, sich „das Image eines Protagonisten für den Umweltschutz zu geben“. In den anderen, zum gleichen Konzern gehörenden westdeutschen Werken gebe es seitdem eine „unternehmensinterne ökologische Kontrollinstanz“, heißt es in der Studie. Sie dürfe nicht einfach als „für die Außenwelt inszenierte Umweltschau“ abgetan werden, sondern habe durchaus eine Eigendynamik entwickelt: Zumindest die Schichtmannschaften müßten „bei großen und kleinen Umweltsünden“ mit „hochnotpeinlichen Untersuchungen, Donnerwetter und sogar Entlassungen“ rechnen.

Etwas anders fielen die Umfrageergebnisse bei arbeitslosen Industriefacharbeitern aus. Bei ihnen wollte mehr als ein Drittel nichts oder fast nichts mit der Umweltdiskussion zu tun haben. „Ihr vordringliches Interesse an einem Arbeitsplatz drängt in konkreten Konfliktfragen ökologische Rücksichten in den Hintergrund“.

Schlußfolgerung der SOFI-Studie: Das allgemeine Umweltbewußtsein sei offenbar zu einer „gesellschaftlichen Realität“ geworden, der sich niemand mehr entziehen könne.

Was die Studie nicht enthält, ist die Tatsache, daß die BAYER-kritische Arbeit der Belegschaft an den Standorten des Konzerns und auch allgemein erheblich zur Sensibilisierung der Belegschaft einerseits und zum „Umweltschutz-Engagement“ des Konzerns andererseits beigetragen hat. △

Einschnitte bei Vorruhestandsregelung

Bis Ende des Jahres 1987 gab es bei BAYER eine Vorruhestandsregelung, die vorsah, daß Kolleginnen und Kollegen, die das 58. Lebensjahr erreicht haben, „in Rente“ gehen konnten. Ausgerechnet für das Jubiläumsjahr 1988 werden hier Einschnitte gemacht. Mitarbeiter des Jahrgangs 1930, so will es die Unternehmensleitung, sollen nicht in diesem Jahr, sondern erst 1989, also mit 59 Jahren, ihren Beruf vorfristig aufgeben können

Gesamtbetriebsvereinbarung Umweltschutz in Kraft getreten

Am 1. Januar 1988 trat die „Gesamtbetriebsvereinbarung Umweltschutz“ in Kraft. Sie steht in direktem Zusammenhang mit der SANDOZ-Katastrophe im Herbst 1986. Damals forderten Betriebsräte der IG Chemie „umgehend und sofort Rechte bei der Sicherung des Umweltschutzes für die Belegschaften“.

Bei BAYER sind diese Forderungen gründlich verwässert worden. Die Belegschaften haben keine Rechte erhalten, sondern werden künftig mit „Informationen“ abgespeist. Sie dürfen im Rahmen von Arbeitsgruppen des Wirtschaftsausschusses Umweltschutz-Themen „behandeln, erörtern bzw. beraten“. Der Konzern „verpflichtet sich, die Arbeitsgruppen regelmäßig über Fragen des Umweltschutzes zu unterrichten“. Und selbst bei Betriebsstörungen — man stelle sich vor — „wird der örtliche Betriebsrat bzw. Gesamtbetriebsrat unverzüglich informiert“. Selbstverständlich sind alle „erlangten Informationen vertraulich“.

BAYER-Aufsichtsratsmitglied Rappe (Vors. der IG Chemie), der Betriebsrat und der Konzern-Vorstand haben wieder einmal Hand in Hand gearbeitet und die Interessen der Belegschaft mit Füßen getreten. △

1987 die Belastungen weiter gesteigert

Und wieder erzielte der BAYERI-Konzern Rekord-Profitte:

Die „höchsten Gewinne vor Ertragssteuern“ in seiner 125-jährigen Geschichte.

Erneut geht der Profit-Rekord auf die Knochen der Kolleginnen: Mit einer Steigerung der Produktionszahlen um 4 % wurde die Auslastung der Maschinen weiter gesteigert. Zugleich jedoch wurde die Zahl der Beschäftigten abgebaut. △

Gewerkschaftsbeitrag vom Gehaltskonto

Ab 1. April wird der Gewerkschaftsbeitrag für die IG Chemie von den BAYERI-Mitarbeitern, die damit einverstanden sind, vom Gehaltskonto abgebucht. Damit gehen die Finanzen der Gewerkschaft durch die Hände der tarifpolitischen Gegner. Für den BAYERI-Konzern hingegen dürfte das neue Verfahren mit Mehrkosten verbunden sein, so daß zu fragen ist, warum es zu dieser Regelung überhaupt kam. Werden von der Gewerkschaft dafür Gegenleistungen erwartet? Wel-

che Vorteile könnten sich für BAYER ergeben?

Die Betriebsgruppe der Deutschen Kommunisten Partei (DKP) empfiehlt allen Kolleginnen und Kollegen, einer Abbuchung des Gewerkschaftsbeitrages über das Gehaltskonto nicht zuzustimmen. Sie verlangt von ihrer Gewerkschaft eine Erklärung für die ungewöhnliche Vereinbarung. △

Vernichtung von Arbeitsplätzen in Dormagen

Die sogenannte CELLIT- und CELLIDOR-Produktion sowie die PARATHION-Fabrikation in Dormagen genügen den wirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr. Sie sollen stillgelegt werden.

Für ca. 300 KollegInnen wird dies den Verlust ihrer Arbeitsplätze bedeuten. BAYER-Werksleiter Dr. Anders beeilt sich, zu beteuern: „Entlassen wird niemand!“

Wo die 300 KollegInnen in Zukunft jedoch arbeiten sollen, ist bislang nicht bekannt. △

Gewerkschaften

Rappe für Pharma-Industrie

Die geplante Reform im Gesundheitswesen sei nach Ansicht der IG Chemie Papier Keramik unausgewogen und wenig geeignet, die defizitäre Situation im Gesundheitswesen grundlegend und langfristig zu verändern. Dies zeige sich in der erhöhten Selbstbeteiligung der Versicherten. Soweit auch die Einschätzung der

Was dann allerdings folgt, ist einseitige Parteinahme für die Pharma-Industrie, die Arbeitnehmervertretern nicht gut zu Gesicht steht. Die Gesundheitsreform bringe nämlich einseitige Belastungen für die Pharmazeutische Industrie mit sich.

Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie und Mitglied des Bundestages für die SPD: „Die einseitige politische Kampagne gegen die Pharmazeutische Industrie, besonders durch den Bundesarbeitsminister und einige Sprecher der SPD, sind in den gegenwärtigen Debatten um das Gesundheitswesen alles andere als hilfreich. ...Wir wollen keinen Export von Investitionen und Arbeitsplätzen, sondern wir treten für die Sicherung und den Ausbau der Standorte hier ein. Anlageka-

pital kann auswandern, die Arbeitnehmer können und wollen es nicht.“

Die IG Chemie fordert vom Gesetzgeber:

- Bei den zu bestimmenden Festbeträgen für Medikamente sind alle wirkstoffgleichen Präparate, ausdrücklich auch Originalpräparate, mit einzubeziehen. Die Forschungsaufwendungen von Firmen seien zu berücksichtigen.
- Bei den Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärztevereinigungen über Arzneimittelpreise sind Vertreter der Pharma-Industrie gleichberechtigt zu beteiligen.
- Die Regierung möge überprüfen, ob die Pharma-Industrie staatliche Subventionen für die Grundlagenforschung erhalten könne.
- Die Patentschutzfristen seien zu verlängern.
- Nachfolgepräparate (Generika) sollen externen Qualitätskontrollen unterworfen werden, so daß bei Preisvergleichen etwaige Qualitätsunterschiede mit berücksichtigt werden können.

Das ist der „Schulterschuß“ mit den Forderungen der Pharma-Industrie. △

Bei der Gentechnik im Schulterschuß mit der Industrie

Skandalöse Äußerungen von verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären auf der Hauptversammlung der IG Chemie in Leverkusen führten zu der Schlagzeile in der Leverkusener Presse: „Gewerkschaft im Schulterschuß mit der Industrie“.

Peter Purwien, Bezirksleiter der IG Chemie, erklärte: „Was die Gentechnologie betrifft, machen wir den Schulterschuß mit der Chemischen Industrie.“ Er stellte die Rechnung auf: Wenn die Chemische Industrie hohe Profite mit gentechnologischen Produkten macht (was bereits abzusehen ist), dann geht es auch den Arbeitnehmern gut. So erhofft er sich zumindest einen Erhalt der Arbeitsplätze.

Und es wurde ein neuer Typ von Arbeitnehmern gefordert. Veronika Keller-Lauscher vom Hauptvorstand der IG Chemie beschreibt ihn folgendermaßen: Er soll ein hohes Maß an Qualifikation und ein hohes Maß an Identität mit dem Arbeitgeber in sich vereinigen. Zugleich schlug sie eine Bresche für die Pharmazeutische Industrie, indem sie sich auf die Seite der Konzerne stellte und sich gegen den Solidarbeitsbeitrag von 1,7 Mrd. DM aussprach. △

Industrie und Gewerkschaft gründen gemeinsame Gesellschaft

Der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) und der „Bundesarbeitsgeberverband Chemie“ auf der einen sowie die „IG Chemie Papier Keramik“ auf der anderen Seite haben als Reaktion auf die SANDOZ-Katastrophe (Herbst 1986) Mitte vergangenen Jahres eine Vereinbarung über Umwelt- und Arbeitsschutz geschlossen. Es ging um die Überprüfung von Altstoffen, die Behandlung ökologischer Fragen in den Wirtschaftsausschüssen und um das, was die Chemische Industrie „gegenseitige Information“ nennt. Kritiker der Vereinbarung sprachen bereits damals von einem „ziemlich substanzlosen Papier“, das vor allem den Konzernen dazu dient, ihre Verantwortung für Umweltschutz und Arbeitssicherheit an die Beschäftigten zu delegieren.

Dieser Eindruck hat aktuelle Nahrung erhalten. Wurde doch im Rahmen der genannten Vereinbarung eine in ihrer Art einmalige „Gesellschaft für Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der Chemischen Industrie“ (GIBUCI) geschaffen.

Einmalig deshalb, weil VCI, Arbeitgeberverband und IG Chemie diese



Eine starke Sache, die gut schmeckt!

AUS NICARAGUA

3 Pfund im Monats-Abo
35,- DM (incl. Versand)

Unsere Idee: **Nicaragua-Kaffee** im Solid-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich – direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen u. Initiativen

Ab 20 Pfd. gemahlten oder in Bohnen	250 g	5,15 DM
	500 g	9,90 DM
Ab 100 Pfd. gemahlten oder in Bohnen	250 g	5,00 DM
	500 g	9,60 DM

(incl. MwSt, Verpackung + Porto)

Solidaritätsshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. 069/77.88.63



Gesellschaft gemeinsam gegründet haben und betreiben.

Vom 12. bis zum 15. Januar 1988 veranstaltete GIBUCI in Köln ein erstes Seminar. 50 Betriebsräte aus der Chemischen Industrie nahmen teil. Sowohl auf seiten der Referenten als auch auf seiten der Betriebsräte war BAYER stark vertreten. Acht weitere Veranstaltungen ähnlicher Art sind geplant. Karl Molitor, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der Chemie, verspricht sich von den Seminaren „mehr sachkundige Diskussion“.

Von den unmittelbar nach der SANDOZ-Katastrophe in den chemischen Betrieben lautgewordenen Forderungen nach einem unkündbaren Umweltschutz-Betriebsrat spricht keiner mehr. Stattdessen lautet die Schlagzeile in der BAYER-Zeitung „direkt“: „Einigkeit bei der Ökologie“. △

Unfälle

Jeden Tag drei Unfälle bei BAYER/BRD

Nach eigenen Angaben gab es im Jahr 1987 in den 5 bundesdeutschen Werken des BAYER-Konzerns 1.063 Betriebsunfälle. Für die Senkung der Unfallziffern hat BAYER in diesen Werken im Rahmen eines Wettbewerbs rund 5,6 Mio. DM Prämien an 46.000 Teilnehmer gezahlt. △

Salzsäure ausgelaufen

Im Dezember 1987 sind in Elberfeld aus einem Vorratsbehälter mindestens 1.500 Liter Salzsäure ausgelaufen. Dadurch entstanden Chlorwasserstoffdämpfe, die von der Werksfeuerwehr mit einem Wasserschleier niederzuschlagen versucht wurden. Wie es einer BAYER-Mitteilung zufolge heißt, bestand zu keiner Zeit eine Gefahr für Werksangehörige. Und auch außerhalb des BAYER-Geländes seien keine Chlorwasserstoff-Immissionen festgestellt worden. △

Immissionen in Brunsbüttel

Ausgerechnet bei Abgasmessungen kam es im Brunsbütteler Werk am 15. Oktober 1987 zum Entweichen von gefährlichen Abgasen. Hierbei handelte es sich nach Werksangaben um Salzsäure-Gas und Ammoniak. Die Immission ereignete sich, als ein Um-

schluß an Rohrleitungen durchgeführt wurde. Die Feuerwehr, so hieß es, brauchte, obschon gerufen, nicht einzugreifen. Denn, so die stereotype Meldung bei Unfällen, es kam „weder innerhalb noch außerhalb des Werksgebiets zu Belästigungen“.

Gen-/Biotechnologie

Neues Biochemisches Labor in Wuppertal

Nach knapp anderthalbjähriger Bauzeit wurde im Januar 1988 das neue Laborgebäude für biochemische Verfahrensentwicklung im BAYER-Werk Wuppertal-Elberfeld fertiggestellt. Die Gesamtkosten einschließlich aller technischen Einrichtungen betragen rund 22. Mio. DM. 10 Arbeitsgruppen mit 66 wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern werden künftig in dem neuen Gebäude auf einer Nutzfläche von 3.500 qm arbeiten. Schwerpunkte der Tätigkeit werden die Bereiche Molekular- und Mikrobiologie, Protein- und Biochemie sowie bioche-

mische Analytik sein.

Das Elberfelder BAYER-Werk gilt deshalb als besonders günstiger Standort, weil sich dort gleichzeitig das BAYER-Zentrum der Biologischen Arzneimittelproduktion befindet.

Das neue Labor wird mit Großforschungseinrichtungen, Universitäten und BAYER-Forschern in den USA zusammenarbeiten. Es wird Projekte für Tochtergesellschaften im In- und Ausland betreuen.

Über Sicherheitsrisiken ist den veröffentlichten BAYER-Unterlagen nichts zu entnehmen. △

Neues Biochemisches Labor in Wuppertal

Nach knapp anderthalbjähriger Bauzeit wurde im Januar 1988 das neue Laborgebäude für biochemische Verfahrensentwicklung im BAYER-Werk Wuppertal-Elberfeld fertiggestellt. Die Gesamtkosten einschließlich aller technischen Einrichtungen betragen rund 22 Mio. DM. 10 Arbeitsgruppen mit 66 wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern werden künftig in dem neuen Gebäude auf einer Nutzfläche von 3.500 qm arbeiten. Schwerpunkte der Tätigkeit werden die Berei-

BAYER fordert Freizügigkeit

Ein 5-jähriges Moratorium für die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen hatte die Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnik“ vor gut einem Jahr dem deutschen Bundestag empfohlen. Seit geraumer Zeit laufen u.a. die Vertreter der Chemischen Industrie, darunter auch BAYER, gegen diese Empfehlung Sturm. Zuletzt im Rahmen der Diskussion des Bundesgesundheitsamtes Ende Februar und bei der Anhörung des Bundesgesundheitsministeriums in Bonn am 02.03.1988.

Dr. Frommer von BAYER verstand die ganze Aufregung nicht: „Was ist denn eigentlich neu? Was tun wir denn Böses, was die Natur nicht auch tut? Und was ist daran gefährlich?“ – Ob ein Organismus gentechnisch verändert werde oder durch natürliche Prozesse spielt für den BAYER-Mann keine Rolle.

Die Vertreter von HOECHST und BAYER argumentierten weiter, daß erstens Gefahren, namentlich bei der Freisetzung von manipulierten Pflan-

zen und Tieren, überhaupt nicht erkennbar seien, und zweitens der „Verlust von Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb“ drohe. Im übrigen sei die Gentechnik nichts als die Fortsetzung konventioneller Züchtung mit anderen Mitteln. „Die Sicherheitsbedenken stammen aus der Anfangsphase der Gentechnik,“ meinte Dr. Kraus von BAYER.

In die gleiche Richtung diskutierte Prof. Dr. Werner Goebel, der nicht nur Vorsitzender der „Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit“ (ZKBS) ist, sondern zugleich auch Mitverfasser eines Papieres der Chemischen Industrie zur Freisetzungproblematik. Er lehnte vehement sowohl ein Moratorium als auch die Einrichtung eines mit Vertretern der Öffentlichkeit besetzten Bewertungsgremiums ab. Die versammelte Sachkompetenz der vom Bundesminister ernannten Mitglieder der ZKBS reiche vollkommen aus, um eventuelle Gefahren, die er allerdings nur in Ausnahmefällen erkennen könne, zu bewerten. △

che Molekular- und Mikrobiologie, Protein- und Biochemie sowie biochemische Analytik sein.

Das Elberfelder BAYER-Werk gilt deshalb als besonders günstiger Standort, weil sich dort gleichzeitig das BAYER-Zentrum der biologischen Arzneimittelproduktion befindet.

Das neue Labor wird mit Großforschungseinrichtungen, Universitäten und BAYER-Forschern in den USA zusammenarbeiten. Es wird Projekte für Tochtergesellschaften im In- und Ausland betreuen.

Über Sicherheitsrisiken ist den veröffentlichten BAYER-Unterlagen nichts zu entnehmen. Kritiker befürchten, daß hier auch gentechnische Produktionsverfahren getestet werden. Dies nicht ganz zu unrecht: Wurde doch in Elberfeld die bisherige Methode zur Herstellung des Blutgerinnungsfaktors VIII entwickelt. Dr. Stadler: „Das Herstellungsverfahren für Faktor VIII wird von unseren Mitarbeitern in enger Zusammenarbeit mit den Kollegen bei MILES-CUTTER hier in Elberfeld ausgetüftelt; damit wurden die Voraussetzungen für die Faktor VIII-Produktionsanlage in Berkeley/USA geschaffen.“ Bei der hektischen Suche nach gentechnischen Produktionsverfahren steht die Herstellung des Gerinnungsfaktors VIII mit an erster Stelle. △

VCI und IG Chemie gemeinsam gegen Gentechnikgesetz

Die Chemische Industrie sowie die IG Chemie lehnen gemeinsam ein Gentechnik-Gesetz ab, das Einschränkungen bei Erforschung und Anwendung etwa im Sinne der Empfehlungen der Bundestags-Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ vorsähe. Vielmehr setzen sie auf „Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb“ und wehren sich gegen „zu starke“ Reglementierungen.

Den öffentlichen Druck anscheinend vorhersehend, spekulieren Chemie-Arbeitgeber und Gewerkschaft darüber, wie zu reagieren sei, falls ein Gesetz „politisch unumgänglich“ sei. Dann nämlich reiche es aus, die bisherigen, von der Industrie freiwillig akzeptierten Richtlinien in eine Rechtsverordnung umzuwandeln.

Daß sich die Chemische Industrie nicht einmal an die eigenen Richtlinien hält, zeigt das Beispiel BAYER. Die Chemische Industrie hat seinerzeit eine Good-Will-Erklärung abgegeben, derzufolge sie sich an die Empfehlungen der „Zentralen Kommission für

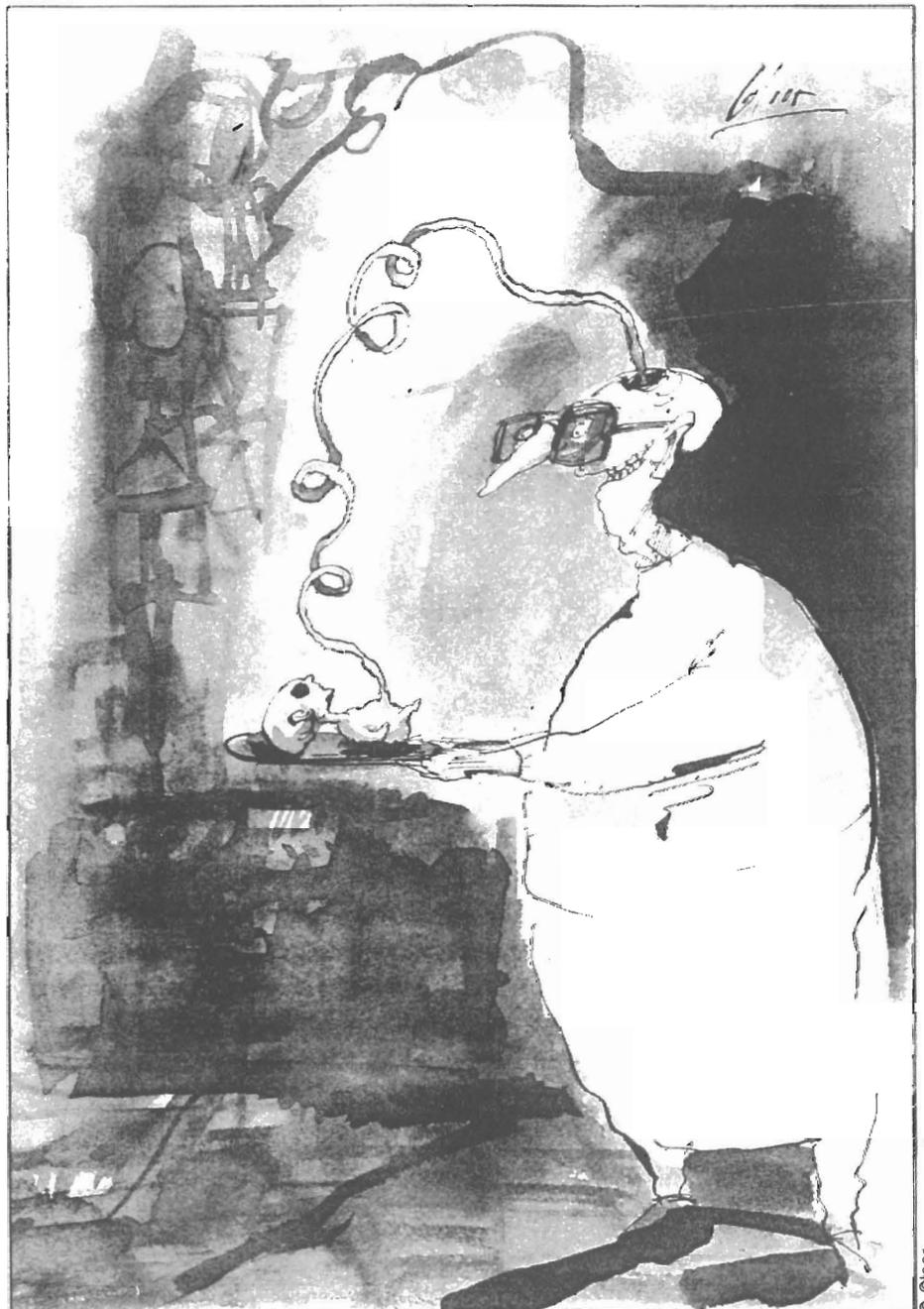
Biologische Sicherheit“ (ZKBS) halten will. Ihnen zufolge ist eine Freisetzung von gentechnisch hergestellten Organismen untersagt. Die BAYER AG jedoch will gentechnisch manipulierte sogenannte „Leuchtbakterien“ in firmeneigenen Kläranlagen einsetzen (vergl. Artikel in 6/87). Dies erfüllte nach Einschätzung des „Genethischen Netzwerkes“ den Tatbestand eines Freilandversuches. Wäre doch die Möglichkeit zur Freisetzung der Bakterien über den Klärkreislauf mehr als wahrscheinlich. △

Benda bei BAYER in USA

Die Patentanwälte und Juristen der BAYER AG, von BAYER USA sowie deren Tochterfirmen MOBAY und MILES

erhielten Besuch zu ihrem Jahrestreffen in Pittsburgh. Professor Ernst Benda, ehemaliger Rechtsanwalt, späterer Bundesinnenminister und schließlich Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, sollte über seine berufliche Karriere berichten.

Ob das der eigentliche Anlaß war, bleibt unklar. Immerhin trat Benda, längst durch seine Tätigkeit als Vorsitzender der Bundestags-Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ hervor. Und die Patentanwälte des BAYER-Konzerns machen sich zugleich Gedanken darüber, wie in Zukunft gentechnisch manipulierte Organismen bzw. gentechnisch produzierte Produkte patentrechtlich vor Konkurrenz zu schützen sind? △



Bundesregierung räumt den Weg frei

Auf dem Verordnungsweg will die Bundesregierung ermöglichen, was auf dem Gesetzesweg bislang nicht möglich war: Zukünftig soll bei der Genehmigung gen-manipulativer Großprojekte die öffentliche Kontrolle ausgeschaltet werden. Die Chemisch-Pharmazeutische Industrie wird sich freuen.

Ausgerechnet in einem Maßnahme-Paket zur Verbesserung der Störfall-Vorschriften als Konsequenz aus der Baseler SANDOZ-Katastrophe will das Bundeskabinett den gentechnologischen Skandal durchsetzen: In der „Änderung der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutz-Gesetzes“.

In der neuen Verordnung heißt es, daß „Anlagen zum fabrikmäßigen Umgang mit gentechnisch veränderten Mikro-Organismen“ einem einfachen, nicht öffentlichen Genehmigungsverfahren unterworfen werden. Damit wird lästige Kritik ausgeschaltet. Nur bei Anlagen, „von denen erwiesen ist, oder die im begründeten Verdacht stehen, daß sie bei Menschen, Tieren oder Pflanzen Krankheiten hervorrufen oder die Umwelt gefährden“, ist auch weiterhin das öffentliche Genehmigungsverfahren anzuwenden.

Unklar bleibt allerdings, wer die „Gefährdung“ feststellt bzw. einen „begründeten Verdacht“ vorträgt?

Das Vorgehen der Bundesregierung kann ausschließlich als „Freifahrtschein“ für die Betreibung gentechnischer Produktionsanlagen gesehen werden. In einer Presseerklärung weist das „Ökoinstitut“ darauf hin, daß die Gefahr gentechnisch manipulierter Organismen eben gerade darin besteht, daß aufgrund der „Neukombination von Erbanlagen“ durch Gen-Manipulation bisher ungefährliche Organismen ein neues, noch unbekanntes Gefährdungspotential erhalten.

Die Umweltschutzbewegung und auch die [redacted] fordern eine Umkehr der Beweislast. Nicht Ausschluß der Öffentlichkeit ist angesagt, sondern Umkehr der Beweislast. Die Betreiber gentechnologischer Produktionsanlagen müssen gezwungen werden, den Nachweis für die Unbedenklichkeit und Gefahrlosigkeit der neu konstruierten Organismen zu erbringen. Der Öffentlichkeit muß die Möglichkeit zur Akteneinsicht eingeräumt werden. Denn nur so ist die Voraussetzung dafür geschaffen, mögliche Gefährdungen von manipulierten Organismen bzw. ihren Produkten zu erkennen. △

Giftmüll

Giftmüllskandal in Leverkusen-Wiesdorf

Im Dezember 1987 wurde es bekannt: Etwa 1.000 Menschen leben in dem Leverkusener Stadtteil Wiesdorf auf einer ehemaligen BAYER-Giftmüll-Deponie. Wohnhäuser, ein Altenheim, eine Asylantenunterkunft und ein Jugendhaus stehen auf dem verseuchten Gelände. Obwohl die Stadt um den BAYER-Giftmüll wußte, wurde die Siedlung Ende der 50er Jahre errichtet.

Bereits im Mai 1987 hatte es Voralarm gegeben. Das Umweltdezernat der Stadt Leverkusen empfahl, auf den Verzehr von selbst angebauten Pflanzen zu verzichten.

Im Herbst 1987 sickerten dann die Ergebnisse verschiedener Rückstands-Analysen durch, die belegen, daß das Ausmaß der Verseuchung bislang bei weitem unterschätzt wurde. Es wurden hochgiftige Substanzen, wie PCB, Benzole, Kadmium, Arsen, Quecksilber, Brom, DDT, Lindan und diverse Chlorierte Kohlenwasserstoffverbindungen gefunden. Die Gifte reichen vermutlich aus, um ganze Städte zu entvölkern. Insgesamt sind rund 8 Mio. Tonnen Erdreich verseucht. Dr. Stammel vom Leverkusener Gesundheitsamt bestätigte, daß krebserregende Substanzen und auch Nervengifte gefunden wurden.

Mittlerweile dürfen auf einem etwa 2 qkm großen Areal sich die Menschen nur noch auf befestigten Wegen und öffentlichen Straßen aufhalten. Kinder dürfen ihre Spielplätze und die Wiesen nicht mehr betreten. Gemüse darf nicht mehr im eigenen Garten angebaut werden.

Der Streit um die Sanierung des Geländes dauert an. Der BAYER-Konzern hat mit der Zusage, 5 Mio. DM beizusteuern, versucht, die öffentliche Erregung zu beruhigen. Die Stadt leistet dabei Schützenhilfe. Der Leverkusener Oberbürgermeister Horst Henning: „Also ich wehre mich gegen eine Formulierung, die da heißt 'Skandal'...“

BAYER-Giftmüll in Wiesdorf seit 15 Jahren bekannt

Das Ausmaß der Wiesdorfer Giftmüll-Katastrophe ist auch heute noch nicht absehbar. Wer hat schon eine Vorstellung von den möglicherweise verheerenden Wirkungen der BAYER-Gifte auf Umwelt und Menschen?

Daß jedoch äußerst problematische und gefährliche BAYER-Gifte in dem heute skandalumwobenen Wiesdorfer Wohngebiet lagern, war bereits vor 15 Jahren bekannt. Denn schon damals bereitete die Bebauung der ehemaligen BAYER-Sondermüll-Deponie dem Landschaftsverband Rheinland erhebliche Probleme. Dieser plante und baute 1973 für den Bund die heutige A 59 zwischen Düsseldorf und Leverkusen. Aus Anlaß der Verkehrsübergabe wurde ein offizieller Bericht publiziert, in dem es heißt: „Besondere Schwierigkeiten für Planung und Bau ...ergaben sich durch ungeordnete Auskiesungen und die umfangreiche Mülldeponie der BAYER AG bei Leverkusen-Wiesdorf... Im Bereich der Mülldeponie wurden rund 600.000 Kubikmeter chemischer Müll ausgesetzt.“ Dabei wurde aus Kostengründen nur ein minimaler Teil des gesamten Materials abgetragen. „Um eine wirtschaftliche Bauweise zu erreichen, wurden daher die Müllmassen lediglich bis 2 Meter ausgekoffert...“ Dies, obwohl man um die Aggressivität des Giftmülls wußte. Es „mußten an den Gründungskörpern der Brückenbauwerke besondere Maßnahmen zum Schutz gegen den chemisch unreinigten, aggressiv wirkenden Untergrund getroffen werden.“

Weitaus bessere Informationen über Art und Umfang des Giftmülls hat mit Sicherheit der Verursacher, BAYER gehabt. Diese, so erscheint es im heutigen Licht, wurden einerseits bewußt zurückgehalten, andererseits aber auch gezielt nicht angefordert. In jedem Fall gab und gibt es bis heute eine schweigende Allianz aus Konzern, Landschaftsverband und Behörden. △

Umzugswillige müssen auf der Leverkusener Giftmüll-Deponie bleiben

Hatte es noch im vergangenen Jahr, nachdem der Giftmüll-Skandal in Leverkusen-Wiesdorf bekannt geworden war, geheißt, den Umzugswilligen werde unbürokratisch und schnell zu einer neuen Wohnung verholfen, so stellt sich die Lage heute beinahe als aussichtslos dar. Damals nahmen viele Familien das Angebot von Stadtdirektor Dr. Walter Mende ernst. Sie



Foto: M. Scholz

wollten unverzüglich das mit BAYER-Giften verseuchte Wohngebiet verlassen.

Doch weder ihr jetziger Vermieter, die „Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft“ noch andere Wohnungsbau-Gesellschaften inkl. der BAYER-eigenen BAYWOGES wollen kurzfristig helfen.

Zwar hat die Stadtverwaltung beim Bauförderungsamt eine „Zentrale Koordinationsstelle für umzugswillige Familien“ errichtet, doch wird, wie das Städtische Presseamt mitteilt, schnelle Hilfe nicht möglich sein.

Außerdem stellt sich ein zusätzliches Problem: Wer finanziert die Umzugskosten? Wer unterstützt die einkommensschwachen Familien? Wo liegt die Grenze der Mehrbelastung bei der monatlichen Miete für Umzugswillige? △

Wiesdorf: Leukämie verursacht

Sechs Anwohner der durch BAYER-Gifte hochgradig verseuchten Wiesdorfer Siedlung führen ihre Blutkrebs-Erkrankung (Leukämie) auf die

jahrelange Kontamination mit BAYER-Giftmüll zurück.

Einer der Betroffenen: „Ich bin hier in diesem Stadtteil aufgewachsen. Heute mit 40 Jahren leide ich an Blutkrebs.“

Umweltgifte spielen in der Tat bei der Entstehung von Krebserkrankungen eine große Rolle. So ist die Wahrscheinlichkeit, daß Leukämie durch den mit BAYER-Giften verseuchten Boden ausgelöst werden kann, nicht eben gering. △

DIOXIN aus Hamburg wird bei BAYER verbrannt

Das aus der Giftmüll-Deponie Georgswerder ausgesickerte, mit DIOXIN verseuchte Abwasser, soll in der Leverkusener Hochtemperatur-Verbrennungsanlage von BAYER entsorgt werden.

Kritiker befürchten, daß eine rückstandsfreie, unbedenkliche Verbrennung von hochtoxischen Substanzen bei BAYER nicht möglich ist. Auch wenn die nordrhein-westfälische Umweltbehörde die Vorbildlichkeit der Anlage lobt. △

Neue Offenheit in Brunsbüttel

Nachdem man auch bei BAYER erkannt hat, daß die bisherige Vertuschungspraxis bei den Abwasser-Emissionen dazu geführt hat, daß die Glaubwürdigkeit im öffentlichen Bewußtsein immer stärker angeknackst wurde, rang man sich nun zu Pseudo-Offenheit durch. Lehnte noch im Juli vergangenen Jahres der Brunsbütteler Umweltschutz-Beauftragte, Dr. Ulrich Geffarth, der Umweltschutz-Organisation GREENPEACE gegenüber die Einsichtnahme in den aktuellen Erlaubnisbescheid ab, so gab jetzt der Werksleiter, Prof. Dr. Kleine-Weischede, scheinbar freimütig Zahlen zum Abfall- und Abwasserproblem bekannt.

Im Jahr 1986 seien in Brunsbüttel 1.800 t Sonderabfall angefallen. Hier-von wurden 47 % verbrannt und 53 % auf Deponien gebracht. Im selben Jahr seien weitere 6.000 t Haus- und Gewerbemüll entstanden.

Die Gesamtabwassermenge für Brunsbüttel bezifferte Prof. Kleine-Weischede auf 23 Mio. cbm. Der chemische Sauerstoffbedarf habe 1.000 t betragen.

Glasnost bei BAYER? Nein, zumal

die von BAYER bekannt gegebenen Zahlen nicht zu überprüfen sind. Aussagekräftiger sind die von GREENPEACE veranlaßten Analysen: Danach hält sich BAYER/Brunsbüttel nicht einmal an den Persilschein 'Einleiterbescheid'.

auszuräumen, empfahl der Verband der Chemischen Industrie (VCI) im Herbst letzten Jahres seinen Mitgliedsfirmen die tatsächlichen Schadstoff-Immissionen auf Anfragen aus der Öffentlichkeit hin mitzuteilen. Mitarbeiter des „Informationsdienstes Chemie und Umwelt“ (ICU)/Freiburg i.Br. schrieben daraufhin 30 direkt einleitende Chemiebetriebe im Rheineinzugsgebiet an. Sie konnten dabei einen Rücklauf von ca. 60% erzielen und liegen damit nur knapp unter den Ergebnissen von VCI-internen Umfragen.

Beschäftigt man sich etwas genauer mit der vom ICU angefertigten Übersicht (Stand 31.10.1987), so ergeben sich erhebliche Diskrepanzen zu Zahlen der Internationalen Rheinwasser-Konferenz. Daraus leitet sich der Verdacht her, daß die befragten Betriebe ihre Angaben beschönigen.

Die BAYER AG gab für ihre Werke

in Nordrhein-Westfalen folgende Werte bekannt:

- Biochemischer Sauerstoff-Bedarf (BSB 5) 10 t pro Tag
- Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) 107 t pro Tag
- absorbierbares, organisch-gebundenes Halogen (AOX) 900 kg pro Tag
- Quecksilber (Hg) 500 g pro Tag
- Cadmium (Cd) 80 g pro Tag

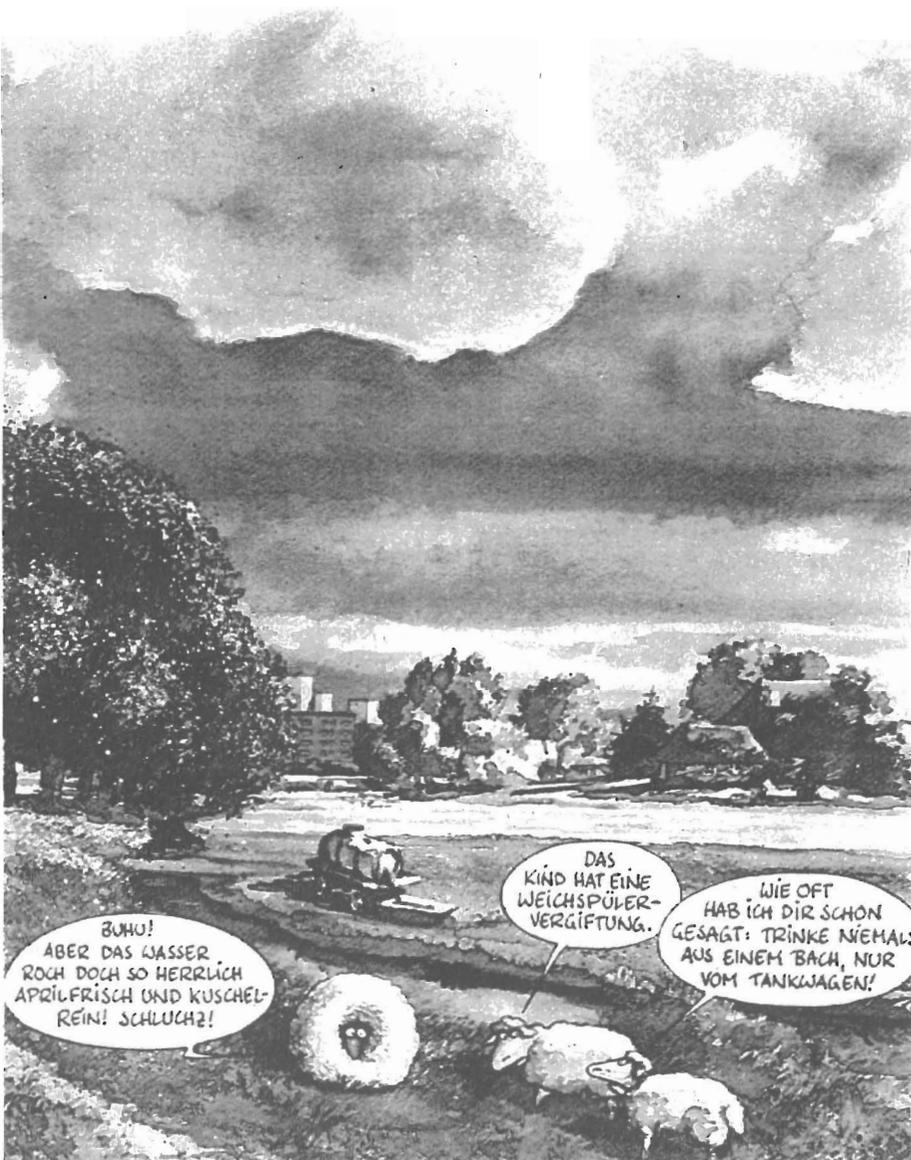
BAYER liegt somit schon auf der Grundlage eigener Daten an der Spitze der Rheineinleiter. Wobei allerdings die Aussagekraft der vom ICU angefertigten Übersicht aus obenerwähntem Grund eingeschränkt ist. Hinzu kommt, daß andere Chemie Giganten, wie BASF und HOECHST eine – wie auch immer berechnete – Vorbelastung aus dem Rhein abgezogen haben.

Auf der Grundlage der von den Firmen zur Verfügung gestellten Zahlen ergibt sich, daß BAYER bei BSB 5 ca. ein Drittel der Gesamtfracht, für CSB ca. 40% der Gesamtfracht und bei AOX mehr als die Hälfte der Fracht einleitet.

Wasser

Größter Einleiter am Rhein

Nach der SANDOZ-Katastrophe wurde vermehrt der Ruf laut, Industriebetriebe sollten sowohl die genehmigten Frachten als auch die tatsächlichen Einleitungswerte veröffentlichen. Offensichtlich um den immer wieder gemachten Vorwurf der Heimlichtuerei



Marunde

BUND besichtigt Kläranlage in Wuppertal

Am 21. Januar 1988 besichtigte die Kreisgruppe Wuppertal des „Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) die BAYER-Kläranlage in Wuppertal-Rutenbeck: BAYER bereitete den Besuch entsprechend vor und präsentierte der 8-köpfigen BUND-Delegation Prof. Caspers, einen der führenden Limnologen (Gewässerkundler) der Bundesrepublik.

Grund für den außerordentlichen Aufwand bestand ausreichend. Hatte doch beispielsweise das Landesamt für Wasser und Abfall festgestellt, daß die Wupper unterhalb des BAYER-Klärwerkes durch Kleininsekten nicht mehr besiedelt und damit faktisch tot ist.

Prof. Caspers bemühte sich, der BUND-Delegation gegenüber zu belegen, daß sich der Zustand der Wupper in der letzten Zeit gebessert hätte. Die Giftigkeit für Kleinlebewesen (Daphnien-Toxizität) sei in der letzten Zeit erheblich gesunken.

Ein zweites Problem, das die BUND-Kreisgruppe interessierte, war die dem Klärwerk angeschlossene Schlamm-Trocknungsanlage. BAYER behauptet, daß die Immissionen dieser Anlage lediglich aus Wasserdampf bestünden. Jörg Liesendahl, Dipl.-Biologe, sieht z.Zt. keine Möglichkeit, die Richtigkeit der BAYER-Angaben zu überprüfen.

Tierversuche

Propaganda-Schau zu Tierversuchen

Bei der Ende des vergangenen Jahres inszenierten Propagandaveranstaltung „Hallo Nachbar“ führte die Fernseh-Moderatorin (Montagsmaler) Sigi Harreis durchs Programm. Bei den Veranstaltungen kam es zu harten Auseinandersetzungen mit Tierversuchs-Gegnern (siehe Bericht in diesem Heft), um die Person Sigi Harreis, die sich sonst schon mal gern Aushängeschild einer Tierschützerin umhängte.

Frau Harreis, u.a. auch durch ihre Werbung für eine groß deutsche „Tierfreund“-Zeitschrift bekannt, war ein gelungener Kunstgriff der Public Relation-Inlandabteilung der BAYER AG. Ihr Leiter, Wolfgang van Loon: „Wir suchten für unsere Aufklärungsreihe 'Hallo Nachbar', jemanden, der glaubwürdig durchs Programm führt und von Haus aus Journalist ist. Von Frau Harreis weiß ich, daß sie Tierversuchen kritisch gegenübersteht, aber gerade deshalb war sie für uns so interessant.“ Dies nicht ohne Grund! Sind doch auch die Tierversuche gerade ein Bereich, der die erbittertsten Widersprüche der Bevölkerung gegen die chemisch-pharmazeutische Industrie provoziert. Da ist es für den Konzern schon sehr hilfreich, wenn die angebliche Tierschützerin Harreis erklärt: „...BAYER hat uns gegenüber glaubhaft klar machen können, daß es... (dort) nur notwendige Tierversuche gibt.“

Tierschützer reagierten mit Unverständnis und Kritik. Sie warfen Frau Harreis „eine doppelte Moral“ und „zwiespältiges Verhalten“ vor. Die BAYER-Veranstaltung „Hallo Nachbar“ bezeichneten sie als „peinlichprimitive Propagandaschau“. Marion Mermitz vom Deutschen Tierschutzbund e.V.: „Bei BAYER werden jede Menge Tierversuche gemacht, die unserer Meinung nach nicht notwendig sind. ...Da gibt's nichts zu entschuldigen.“ △

Pharma

Vertrauensverlust

Nach einer Statistik des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) befolgen 23 % aller Pharmazeutika-Anwender die Einnahmearweisungen nicht immer oder gar nicht. Damit distanziert sich annähernd ein Viertel aller medikamentös behandelten Patienten von dem bestimmungsgemäßen Gebrauch ihrer Präparate.

Interessant wird es, wenn man sich die Hintergründe für dieses Verhalten vor Augen führt. Die wenigsten geben an, ihr Präparat zu sammeln (1%) bzw. öfter und länger als vorgeschrieben einzunehmen (2%). Ein nicht sehr kleiner Personenkreis vergißt ab und an die vorgeschriebene Einnahme des Präparates (6%). Die weitaus meisten Personen hingegen halten sich an eine kritische Distanz heraus nicht an die Einnahmearweisungen: Sie sprechen den verordneten Präparaten Ihre

Wirkung ab (3%), halten sie für unverträglich (4%), haben Angst vor den Nebenwirkungen (6%), meinen gar früher ohne das Präparat gesund zu werden (6%) oder verspüren keine Schmerzen und somit keine Motivation zur Einnahme eines Medikamentes (7%). (Mehrfachnennungen möglich.)

Die hausinterne Statistik des BPI verdeutlicht, daß das Vertrauen in die Pharmazeutische Industrie und ihre Produkte deutlich geschwächt ist. △

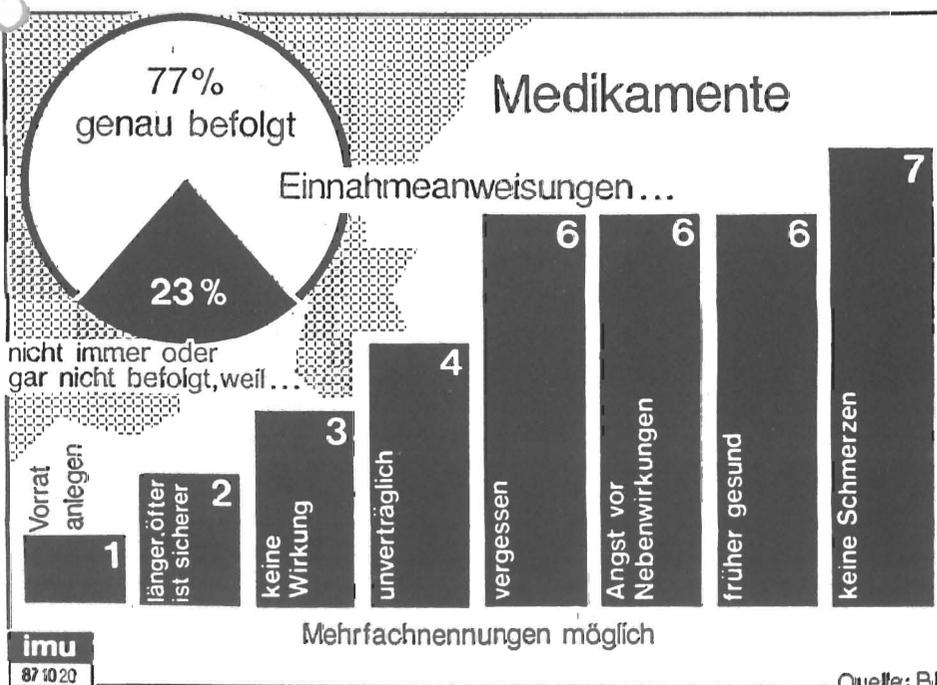
Ursachen für Medikamentenrückgang

Ein vertrauliches HOECHST-Papier aus dem Monat November 1987 gibt Aufschluß über die interne Ursachenanalyse bezüglich der Stagnation bei der pharmazeutischen Produktion. Einer dort zitierten Quelle des 'Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie' (BPI) zufolge wies die Produktion aller pharmazeutischen Erzeugnisse in der Bundesrepublik im Jahr 1986 lediglich eine minimale Steigerung von 0,3 % auf einen Warenwert von rund 20,7 Mrd. DM auf. Der Sektor der „menschenzuträglichen Fertigarzneien“ wies gar eine „Negativrate von 0,5 %“ auf, „ein bislang unbekanntes Phänomen“. Waren doch in den zurückliegenden 15 Jahren Zuwachsraten zwischen 6,5 und 10 % üblich.

Eine gleichfalls alarmierende Entwicklung zeichnete sich, der BPI-Quelle zufolge, in 1986 beim Pharma-Außenhandel ab. Lag die Export-Zuwachsrate 1985 noch bei 11 %, so schrumpfte sie in 1986 auf lediglich 1,9 % zusammen.

Die im HOECHST-Papier nun folgende Ursachenanalyse ist ein Kompliment für alle Pharma-Kritiker. Zurückzuführen sei nämlich die rückläufige Entwicklung bei der Herstellung von Pharmazeutika nicht nur auf die „gravierenden Wechselkursverschiebungen“, also der Werteinbuße der D-Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar, sondern mindestens ebenso entscheidend seien die sich z.Zt. abspielenden gesellschaftspolitischen Veränderungen. Das HOECHST-Papier wertet eine im Jahr 1986 gestartete Umfrage, bei der zwischen den Ansichten der allgemeinen „Bevölkerung“ und denen der „alternativen Szene“ unterschieden wird, aus. Dabei werden folgende Ergebnisse konstatiert:

„Die alternative Szene und ihre Gruppierungen sind 'Vor-Denker' und 'Meinungsbildner', die – verstärkt durch die Medien – das Meinungsbild der Gesamtbevölkerung mitprägen.“ So weiß man bereits heute, daß sich



folgender Tatbestand verschieben wird: „Für 80 % der Bundesbürger überwiegt der Nutzen“ eines Medikamentes gegenüber seinem Risiko – „für jeden Zweiten aus der alternativen Szene überwiegt das Risiko“. Weiter: Für immerhin nur „jeden zweiten Bundesbürger“ betreibt „die Industrie“ „eine effektive und sinnvolle Arzneimittelforschung“ – „für fast 80 % der Mitglieder der alternativen Szene sind es 'alternative Forschungseinrichtungen'“.

Eine Verstaatlichung der Pharmazeutischen Industrie hätte nach Meinung der Bevölkerung entscheidende Vorteile. 56 % der Befragten waren der Meinung, die Medikamente würden dann preiswerter werden. 49 % versprachen sich von dieser Maßnahme eine bessere Kontrolle der Medikamente und 27 % glaubten, die Anzahl der Pharmazeutika würde dadurch zurückgehen. Immerhin noch 16 % der Befragten glaubten, eine verstaatlichte Industrie wäre weniger profitorientiert als die jetzige pharmazeutische Industrie. Als weitere mögliche Ursache für rückläufige Produktionszahlen wird die allgemeine Einschätzung der Tierversuche genannt. Immerhin „für jeden Zweiten der alternativen Szene sind Tierversuche überhaupt nicht zu rechtfertigen – ...diese Ansicht teilt ein Viertel der Bevölkerung.“

Entsprechend der im HOECHST-Papier zitierten Umfrage ergibt sich somit folgendes Gesamtbild zur Einschätzung der Pharmazeutischen Industrie: Fast die Hälfte aller Bundesbürger, nämlich 43 %, war 1986 der Meinung, der Ruf der deutschen Pharmazeutischen Industrie sei schlechter geworden.

Dieser Trend dürfte sich mittlerweile noch fortgesetzt haben. Erinnern wir noch einmal an die im HOECHST-Papier gemachte Einschätzung der sogenannten „alternativen Szene und ihrer Gruppierungen“. Sie werden als „Vor-Denker“ und „Meinungsbildner“ bezeichnet, die mehr und mehr „das Meinungsbild der Gesamtbevölkerung mitprägen“. △

Ärztebesucher in Kolumbien

Der Pharma-Bereich von BAYER DE COLUMBIA SA beschäftigt 70 sogenannte Außendienst-Mitarbeiter, die dort, ähnlich wie hier in der Bundesrepublik, die Ärzte mit eher zweifelhaften „Informationen“ zu diversen Medikamenten versorgen. Mit auf den Weg zum Arzt wird den Vertretern eine allmonatlich erscheinende Propaganda-Mappe gegeben, die offensichtlich umsatzsteigernd wirken soll. △

Unlautere Praktiken in Kolumbien

Der BAYER-Konzern bestätigt mit seiner Vermarktungs-, Werbungs- und Preispolitik für pharmazeutische Produkte in Kolumbien stets bestrittene, aber umso mehr bekannte Vorwürfe von Kritikern. In Werbeanzeigen für das bekannte Schmerzmittel ASPIRINA werden die Nebenwirkungen dieses Medikamentes verharmlost bzw. negiert. Der übersetzte Originaltext der Anzeige lautet: „ASPIRINA-Brausetabletten – das Schmerzmittel mit zweifacher Aktion: 1. Schnelle Linderung, 2. sanft für Ihren Magen“. Die zweite Behauptung ist eine glatte Lüge. Untersuchungen zufolge kommt es bei mehr als der Hälfte aller regelmäßigen ASPIRIN-Konsumenten zu leichten bis schweren Magenblutungen. Dieser Tatbestand wird denn auch in deutschen Anzeigen von BAYER nicht verschwiegen. In Kolumbien jedoch, wo gesetzliche Regelungen bzw. deren mangelnde Kontrollmöglichkeiten noch mehr Freizügigkeit für die Pharmazeutische Industrie beschieren, soll, so scheint es, ASPIRINA zu dem Mittel der Wahl überhaupt hochstilisiert werden: Automedicación – statt zum Arzt in die Droguería.

Nicht nur hinsichtlich Werbung, sondern auch auf die Informationen im Beipackzettel bezogen, setzt BAYER in Kolumbien andere Maßstäbe als in der Bundesrepublik. Dort nämlich werden Anwendungsbeschränkungen für ASPIRINA lediglich für die letzten vier Wochen der Schwangerschaft angegeben, wohingegen sich in der BRD die Beschränkung auf die letzten drei Monate bezieht.

Setzt man die Preise für z.T. lebensnotwendige Medikamente in Relation zum jeweiligen Mindestlohn in der Bundesrepublik und in Kolumbien, so wird eindrucksvoll deutlich, was von Kritikern und der [REDACTED] immer wieder behauptet wurde: Die Preispolitik der Pharmazeutischen Industrie und insbesondere des BAYER-Konzerns in der Dritten Welt orientiert sich am maximal zu erzielenden Profit. Wenngleich beispielsweise das BAYER-Penizillin-Präparat BINTAL in Kolumbien zu einem geringeren Preis als in der Bundesrepublik abgegeben wird, so muß ein Arbeiter dort für zehn 1 Gramm-Injektionen immerhin 11 % seines Monatseinkommens hinlegen, während ein Arbeiter einer niedrigen Lohngruppe in der Bundesrepublik hierfür rund 4 % seines Einkommens aufwenden müßte. Wobei in der Bundesrepublik im Normalfall die Krankenkasse Medikament und Kosten übernimmt. Kolumbianer stehen also vor der Wahl, ein oft lebensnot-

wendiges Medikament zu kaufen und zu hungern oder Lebensmittel zu kaufen und – ohne Medikament – an den Folgen einer Krankheit zu sterben. △

Ärzeschaft aufgeschlossen

Nach Angaben der nordrheinwestfälischen Betriebskrankenkassen (BKK) sind im Jahr 1987 die Ausgaben für Arzneimittel um ca. 6,4 % je Mitglied gestiegen. Der in Essen ansässige BKK-Landesverband bezifferte die Ausgaben der 307 Betriebskrankenkassen für 2,5 Mio. Mitglieder auf 826 Mio. DM gegenüber 777 Mio. DM in 1986. Begründet wird der Kostenanstieg interessanterweise vor allem damit, daß die Ärzte teurere Medikamente sowie größere Packungen verschrieben haben. Obwohl die Anzahl der Rezepte nur ganz minimal gestiegen sei, stieg ihr Wert um DM 2,60 auf DM 45,32 an.

Aus diesen Zahlen kann vorsichtig geschlußfolgert werden, daß ein Großteil der Ärzte zunehmend Original-Präparate, und die auch noch in größeren Packungen, verschreibt. Und das in Zeiten, in denen für fast alle Standard-Arzneimittel billige, aber nichtsdestotrotz ebenso gute Nachfolgepräparate (Generika) bereitstehen.

Das Gejammer der Pharma-Industrie, wonach sich Forschung heutzutage nur noch lohne, wenn über die Patentschutzfrist hinaus Original-Präparate verschrieben würden, scheint bei den meisten bundesdeutschen Ärzten also auf offenes Gehör zu stoßen.

Die Pharma-Industrie ihrerseits zeigt sich nicht selten dafür erkenntlich, wie beispielsweise auch Vermarktungs-Strategien um das BAYER-Medikament ADALAT belegen. △

Streit um ASPIRIN

Bereits im Jahr 1982 wurde in den USA eine Großstudie zur Herzinfarkt-Vorsorge gestartet. Als Langzeitstudie angelegt, sollte sie bis 1990 andauern. 11.000 amerikanische Ärzte nahmen jeden zweiten Tag den Wirkstoff von ASPIRIN – ACETYLSALIZYLSÄURE – ein, eine gleichstarke Vergleichsgruppe ein wirkungsloses Schein-Medikament.

Bereits Ende 1987 wurde die Studie wegen ihres angeblichen Erfolges vorzeitig abgeschlossen. So soll sich ergeben haben, daß das Herzinfarktrisiko in der ASPIRIN-Gruppe um 47 % gesenkt werden konnte. Das amerikanische Magazin „Newsweek“ meldete auf der Titelseite: „ASPIRIN-Durchbruch“.


125
Jahre
BAYER

Internationaler Aufruf der

„BAYER – 125 Jahre Umweltverschmutzung und Menschengefährdung. Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit!“ – So die Überschrift des Aufrufs der [redacted] zu Aktionen im Jubiläumsjahr des multinationalen Chemie-Riesen.

Im Folgenden der Wortlaut des Aufrufs, der in mehreren Sprachen derzeit international verbreitet wird und bereits von vielen Parteien und Organisationen unterzeichnet wurde:

„Im August 1988 wird der multinationale Chemie-Konzern BAYER 125 Jahre alt. BAYER wird den Aufbau eines weltumspannenden Imperiums mit einem Jahresumsatz von ca. 40 Mrd. DM feiern. Wir – Umweltschützer, Gewerkschafter, Friedensfreunde, Christen, Mitglieder von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen – halten es für notwendig, zu diesem 'Jubiläum' auch die Schattenseiten der Existenz des BAYER-Konzerns zu durchleuchten.

In seiner Selbstdarstellung versucht BAYER den Eindruck zu erwecken, daß dem Konzern Umweltschutz, die Ernährung der Menschheit und der Schutz der menschlichen Gesundheit über alles geht. Prüft man jedoch genau und zieht auch die Informationen heran, die BAYER unterdrückt bzw. unterdrücken möchte, so stellt man fest: Von der lautstarken BAYER-Propaganda bleibt nicht viel übrig.

Im Gegenteil, für die Erhöhung von Umsätzen und Gewinnen riskiert BAYER immer wieder die Verschmutzung der Umwelt sowie das Leben und die Gesundheit der Menschen. Die Gefahren für das Überleben der Menschheit – z.B. durch Umweltkrise und Kriegsgefahr – werden durch das Wirken des BAYER-Konzerns vergrößert und nicht verringert. Die globalen



Menscheitsprobleme können nur durch neue Konzepte, an denen wir alle uns beteiligen, bewältigt werden.

BAYER ist scheinbar allmächtig. Und doch stehen seit 125 Jahren Verbraucher, Beschäftigte, in der Dritten Welt ganze Völker, in der Auseinandersetzung mit diesem Konzern.

Seit 1982 treten 'Kritische BAYER-Aktionäre' auf den jährlichen Aktionärs-Hauptversammlungen des BAYER-Konzerns auf. Sie konfrontieren die Verantwortlichen des Konzerns mit ihrer Schuld und verlangen Rechenschaft. Mit Aktionen, Redebeiträgen und Gegenanträgen verleihen sie ihren Forderungen nach Umweltschutz und sicheren Arbeitsplätzen Aufmerksamkeit und Nachdruck. Sie arbeiten dabei mit Umweltgruppen und anderen engagierten Kräften im in- und Ausland zusammen. Sie finden zunehmend auch die Unterstützung 'traditioneller' Aktionäre.

Seit 1983 besteht die Internationale [redacted]. Wir sammeln Informationen, versuchen nationalen und internationalen Widerstand zu koordinieren und organisieren Aktionen. Wir klären auf und ermutigen – wo immer möglich – zum Widerstand gegen den BAYER-Konzern.

Wir setzen uns ein für:

- menschen- und umweltfreundliche Produktion bei BAYER – weltweit!
- Umfassende Umgestaltung der Produktion mit menschen- und umweltfreundlichen Arbeitsplätzen bei BAYER – weltweit!

Im Jahr des 125jährigen Jubiläums rufen wir auf:

- Organisiert mit uns die 'Alternative 125-Jahrfeier' zum Jubiläum des

Konzerns im August 1988 und die Aktionen der 'Kritischen BAYER-Aktionäre' zur Aktionärs-Versammlung im Juni 1988.

- Unterstützt die Vorbereitungen dazu durch die Unterzeichnung dieses Aufrufs. Diskutiert in Umweltschutz-, Dritte Welt-, Gesundheits-, Gewerkschafts- und politischen Gruppen und gewinnt viele Unterstützer und Unterzeichner.
- Organisiert Veranstaltungen und informiert über BAYER und unsere Arbeit. Fordert unsere Referentenliste und unsere Materialien an.
- Werdet überall dort aktiv, wo es BAYER-Werke oder Tochterunternehmen des Konzerns gibt; wo sich Probleme aufgrund der Produkte oder der Produktion des Konzerns ergeben."

Exemplare des Aufrufs zur weiteren Verbreitung und zur Unterzeichnung können in der Geschäftsstelle angefordert werden. △

Umfangreiches Aktionsprogramm der [redacted]

Anlässlich des BAYER-Jubiläums in diesem Jahr bereitet eine Projektgruppe der [redacted] umfangreiche und vielfältige Aktionen und Aktivitäten vor. Das Feld soll nicht der BAYER-Öffentlichkeitsabteilung mit ihren Jubelberichten überlassen bleiben. Die Öffentlichkeit soll auch über die 125jährige Kritik am Konzern und die aktuellen Forderungen „für eine

Zensur: Der BAYER-Konzern zwingt uns, unseren Namen aufzugeben. Wir dürfen uns bei Androhung einer Strafe von DM 6000,- für jeden einzelnen Fall nicht mehr „BAYER-Coordination“ nennen.

Da die Abmahnung nach Redaktionsschluß kam und die Texte bereits in Satz waren, haben wir unseren Namen geschwärzt.

menschen- und umweltgerechte Chemieproduktion bei BAYER" informiert werden.

Geplant sind u.a.:

- Dezentrale Aktionen im In- und Ausland an den Standorten von BAYER-/Tochterunternehmen bzw. Verkaufsstellen, die BAYER-Pestizide/Pharmazeutika führen;
- mehrere „Geburtstagsgeschenke“ in Form von Dokumentationen und zentralen Aktionen;
- eine Schwerpunktaktion zur BAYER-Hauptversammlung am 22. Juni 1988 in Köln;
- Aktionen zur zentralen Festveranstaltung des BAYER-Konzerns am 25. August 1988 in Köln;
- ein Gentechnologie-Kongreß in der Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Gentechnik der GRÜNEN, der Verbraucherinitiativen und der Arbeitsgemeinschaft kritische Tiermedizin;
- ein internationales BAYER-Tribunal, das die internationale Kritik am BAYER-Konzern zusammenführt;
- ein „Alternativer Jubiläums-Geschäftsbericht“, der den Umfang und Charakter des BAYER-Imperiums im 125. Jubiläumjahr darstellt.

Die [redacted] fordert in einem internationalen Aufruf alle Gruppen und Interessierten auf, sich an der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen zum 125jährigen Jubiläum des multinationalen BAYER-Konzerns zu beteiligen. Kontaktaufnahme über die Geschäftsstelle der [redacted] in Solingen (siehe Impressum). △

Aktionen zur BAYER-HV

Die Projektgruppe „Kritische BAYER-Aktionäre“ (KBA) der [redacted] bereitet derzeit die Aktionen zur diesjährigen Hauptversammlung der BAYER-Aktionäre vor. Sie hat bereits eine Anzeige veröffentlicht, mit der interessierte BAYER-Aktionäre eingeladen werden, entweder selbst mit der KBA an der HV teilzunehmen, oder aber auf jedem Fall der Projektgruppe die Stimmrechte zu übertragen.

Da die diesjährige Hauptversammlung im Zeichen des Jubiläums steht, wird mit einer noch höheren Beteiligung als im vergangenen Jahr gerechnet. Immerhin kamen 1987 bereits über 10. Tsd. Aktionäre nach Köln in die Messehallen.

Die Projektgruppe bereitet sich anlässlich des BAYER-Jubiläums dieses Jahr besonders gut auf die HV vor. Eine ganze Reihe prominenter Redner wurde zur Teilnahme eingeladen.

Im Mai sollen die Giegananträge

zur HV fristgerecht bei BAYER eingereicht werden. Sie werden im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit übergeben.

Auch ist ein neuer „Alternativer Geschäftsbericht“ vorgesehen. Er soll im August, nach der HV, zur Jubiläums-Fest-Veranstaltung von BAYER erscheinen.

Die Hauptversammlung findet am 22. Juni 1988 in Köln in den Messehallen statt. Alle Interessierten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wegen der Formalitäten bitte mit der Projektgruppe über die Geschäftsstelle in Solingen Kontakt aufnehmen. △

Erstes Geburtstagsgeschenk der [redacted] der Öffentlichkeit übergeben

Pünktlich zur offiziellen Eröffnung des BAYER-Jubiläumjahres mit der Festveranstaltung in der Stadthalle Wuppertal übergab die [redacted] in Bonn auf einer Pressekonferenz ihr erstes Geburtstagsgeschenk für den Konzern der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit dem Verlag und einem der beiden Autoren stellte die [redacted] das Buch „Der Tod, der von den Feldern kam“ vor.

1981 kam es in Spanien zu einer rätselhaften Katastrophe. Zehntausende von Menschen erkrankten, 600 fanden den Tod, viele Tausend erlitten unheilbare Schäden.

Offiziell war die Ursache für diese Epidemie rasch klar: Gepanschtes Speiseöl. Immer wieder jedoch wurde Kritik an dieser Theorie laut. Wissenschaftler, Ärzte, Organisationen und auch Opfer wiesen immer wieder darauf hin, daß die Krankheitssymptome mit dem von der Regierung genannten Speiseöl nicht zu erzeugen sind. Stattdessen wurden Pestizide als Verursacher genannt. Eine bestimmte Klasse dieser Gifte erzeugt exakt die Symptome, die in Spanien zehntausendfach auftraten. Es wurde sogar ein bestimmtes Produkt genannt: NEMACUR, ein hochgefährliches Pestizid des BAYER-Konzerns.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Vorwurfes reagierte der Konzern ohne Rücksicht auf Kosten und mit großem Nachdruck. Einer spanischen Zeitung untersagte er mit Schadenersatz-Forderungen in Millionenhöhe die Berichterstattung, europaweit ließ er Presseerklärungen verbreiten, ja in einer „BAYER-Dokumentation“ verstieg sich der Konzern sogar dazu, zu behaupten, die „unhaltbare NEMACUR-These“ sei eine „gesteuerte Verleumdungskampagne der [redacted]“. Drahtzieher: Axel Köhler-

Schnura in Solingen, der im Auftrag Moskaus ganz Europa gegen den BAYER-Konzern aufbringt.

Geklagt wurde bis heute gegen niemanden. Auch die [redacted], die auf mehreren Hauptversammlungen des Konzerns Fragen im Zusammenhang mit NEMACUR und der spanischen Giftkatastrophe an den Vorstand richtete, wurde bisher nicht belangt.

Stattdessen häuften sich vor allem in Spanien seltsame Vorgänge: Polizisten wurden beim Einbruch in die Büros von Ärzten ertappt, die die NEMACUR-These verfochten; Wissenschaftlern, die den Zusammenhang zwischen NEMACUR und den Krankheitssymptomen in Versuchen erörtern wollten, wurden die Mittel entzogen; Stellungnahmen und Studienergebnisse zu NEMACUR verschwanden auf immer Wiedersehen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Anlässlich des 125jährigen Jubiläums haben die spanische Journalistin Gudrun Greunke und das [redacted] Mitglied Dr. Jörg Helmbrecht noch einmal alle Fakten, die für eine Pestizidvergiftung in Spanien sprechen, zusammengetragen. 150 internationale Datenbanken wurden ausgewertet und der Nachweis geführt, daß die spanische Regierung, die Weltgesundheitsorganisation und vor allem auch BAYER falsche Theorien verbreiten, Informationen zurückhalten, die Öffentlichkeit desinformieren. Ein riesiges Komplott zur Verhinderung der Wahrheit ist im Gange. Tausende von Opfern werden um ihre Entschädigung und Rehabilitation betrogen, der oder die wahren Verantwortlichen für den Tod von Hunderten von Spaniern werden nicht zur Verantwortung gezogen.

Die [redacted] wird für breites öffentliches Interesse an diesem kritischen Geburtstagsgeschenk im Jubiläumjahr sorgen. Weitere Geburtstagsgeschenke werden folgen.

Das 172 Seiten starke Buch ist über den CMU-Versand für DM 12,80 zu beziehen (Adresse im Bestellcoupon in diesem Heft). △

Verbreitung unseres kritischen Geburtstagsgeschenkes

Die [redacted] bittet alle Abonnenten, Mitglieder, Standortgruppen etc., zur Verbreitung ihres ersten Geburtstagsgeschenkes im Jubiläumjahr beizutragen. Sie stellt allen Interessierten Exemplare des Buches „Der Tod, der von den Feldern kam“ zum Weiterverkauf zur Verfügung. Gruppen und Organisationen erhalten

dafür einen entsprechenden Rabatt, den sie für die eigene Arbeit verwenden können.

Das Buch hat einen Umfang von 172 Seiten und kostet DM 12,80. Die [redacted] unterstützt den Vertrieb und die Verbreitung des Buches durch ein Veranstaltungsangebot (Referent und Video). Bestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten (Adresse siehe Impressum). △

NEMACUR-Veranstaltungen

Am 4. März übergab die [redacted] zentral in Bonn ihr erstes Geburtstagsgeschenk zum BAYER-Jubiläum: Die Dokumentation über die Verwicklung des BAYER-Konzerns in die spanische Giftkatastrophe im Jahr 1981, BAYER leugnet in dieser Sache bis heute beharrlich.

Die [redacted] bietet allen interessierten Gruppen, Organisationen und Personen an, zu diesem Thema Veranstaltungen vor Ort zu organisieren. Sie vermittelt Referenten – eventuell sogar den Mitautor Dr. Jörg Heimbrecht – und ein Video zum Thema NEMACUR. Die Grundlage bietet das Geburtstagsgeschenk selbst, das Buch „Der Tod, der von den Feldern kam“.

Erste Veranstaltungen fanden mit gutem Erfolg an den BAYER-Standorten Leverkusen und Krefeld statt. △

Flugblattaktionen an den BAYER-Standorten

Anlässlich der Jubiläumsveranstaltung zu „100 Jahre BAYER-Pharma“ am 4. März 1988 in Wuppertal führten mehrere Standortgruppen der [redacted] in der Bundesrepublik Flugblattaktionen durch. Sie wandten sich an die Belegschaften der BAYER-Werke und einiger Tochter-Betriebe. Sie forderten „eine Gesundheitspolitik, die sich am Wohl des Menschen, nicht an den Gewinnen der Multis orientiert!“ △

Diskussionsveranstaltung in Wuppertal

Am 4. März, dem Tag der Jubelveranstaltung „100 Jahre BAYER-Pharma“ in Wuppertal, führte die örtliche Standortgruppe der [redacted] zusammen mit den GRÜNEN und der DKP in Wuppertal eine Diskussionsveranstaltung durch. Dr. Mersmann vom Ökologischen Ärztebund forderte eine ökologisch orientierte Gesundheitspolitik. Richard Starck von der „Wuppertaler Bürgerinitiative gegen BAYER-Umweltgefährdung“

ging auf die Schattenseiten der BAYER-Pharma-Produktion ein und erläuterte die Forderung der [redacted] nach einer „Gesundheitspolitik, die sich am Wohl des Menschen und nicht an den Gewinnen der Multis orientiert!“ △

Kongreß zur Gen- und Biotechnologie

Im Rahmen der kritischen Veranstaltungen zum BAYER-Jubiläum wird vom 1. bis zum 3. Juli 1988 in Köln der „Kongreß zur Gen- und Biotechnologie in der Produktion“ stattfinden. Dieser Kongreß wird mittlerweile von einem breiten Aktionsbündnis vorbereitet:

HOECHSTER Schnüffler un Maa-gucker
Arbeitsgemeinschaft kritische
Tiermedizin

Die GRÜNEN NRW
Bundesarbeitsgemeinschaft Gen-
technologie der GRÜNEN
Die GRÜNEN im Bundestag
Die Verbraucherinitiative

Genetisches Netzwerk
Tierversuchsgegener NRW
BUND-Jugend

Deutscher Naturschutzring

Die Vorbereitungen laufen an. Weitere Gruppen sind angefragt. Ein erster Programmentwurf liegt vor. Er sieht Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen und Arbeitskreise vor. Beendet werden soll der Kongreß mit einer Schlußerklärung.

Kontakt und weitere Information über die Geschäftsstelle der [redacted] in Solingen (siehe Impressum). Unterstützung und Mitarbeit sind erwünscht. △

Seminar zum 125jährigen Jubiläum

Vom 22.-25. September 1988 bietet die [redacted] ein Seminar zum Thema „125 Jahre BAYER – 125 Jahre Umweltverseuchung und Gefährdung menschlicher Gesundheit“ an. Das Seminar soll einerseits einen Überblick über den Multi BAYER und seine Geschichte geben, andererseits die Breite und Vielfalt des Wider-



Gäste aus aller Welt feierten in Wuppertal 125 Jahre BAYER. Zu diesem Anlaß verteilten Mitglieder der Coordination gegen BAYER-Gefahren Flugblätter /hier Mitglieder der Coordination gegen BAYER-Gefahren vor der Stadthalle.

stands gegen diesen Konzern vorstellen.

Die Teilnahme an dem Seminar wird ca. DM 70,-- betragen, Anmeldungen können über die Geschäftsstelle der [REDACTED] (Adresse siehe Impressum) vorgenommen werden.

Ort und Anreisebeschreibung werden nach Anmeldung übermittelt. △

Diskussionsveranstaltungen organisieren

Anlässlich des Firmenjubiläums bietet die [REDACTED] allen interessierten Gruppen Unterstützung bei der Organisation von Diskussionsveranstaltungen an. Wir können mit Referenten, Videos etc. helfen. Die örtliche Gruppe muß sich um den Raum und die Ankündigung kümmern. Kontakt und Organisation über die Geschäftsstelle der [REDACTED] in Solingen (siehe Impressum). △

Geburtstagsgeschenk der DKP-Betriebsgruppen

Die DKP-Betriebsgruppen bereiten im Jubiläumsjahr ein Geburtstagsgeschenk besonderer Art vor: Ein Umbauprogramm „BAYER 2000“.

Bereits im vergangenen Jahr haben die Betriebsgruppen mit der Diskussion zu diesem Programm begonnen. Mittlerweile wurde ein erster Entwurf der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt (kann über die Geschäftsstelle der [REDACTED] gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5,-- bezogen werden).

Noch in diesem Jahr soll ein überregionales, allgemein öffentliches Forum „BAYER 2000“ den bis dahin umfangreich überarbeiteten Entwurf abschließend diskutieren und als Vision und Forderungsprogramm verabschieden.

Die DKP-Betriebsgruppen verstehen ihr Geburtstagsgeschenk als Beitrag zum Gesamt-Aktionskonzept der demokratischen Bewegung im Jubiläumsjahr des multinationalen Chemie-Riesen BAYER. △

200 Journalisten sorgen für kostenlose BAYER-Werbung

Am 4. März fand die Festveranstaltung „100 Jahre BAYER-Pharma“ in Wuppertal statt. Am Vortag lud der BAYER-Konzern zur Pressekonferenz ins BAYER-Pharma-Forschungszentrum Wuppertal-Aprath ein. Mehr als 200 Journalisten kamen und ließen sich von BAYER mit Pressematerial

zuschütten. Allein die Presseerklärungen umfaßten mehr als 100 Seiten.

Das Ergebnis zeigte sich am darauffolgenden Tag. Von Nord bis Süd konnte man Jubelberichte über BAYER hören, sehen und lesen. △

Jubelveranstaltung zu 100 Jahre BAYER-Pharma in Wuppertal

Ein Großaufgebot von mehreren Tausend Polizisten war aufgeboten. In Reih und Glied wehten Dutzende von BAYER-Jubiläums-Fahnen. Wuppertal stand rund um die Stadthalle ganz im Zeichen des BAYER-Pharma-Jubiläums.

Der Konzern-Vorsitzende, H.J. Strenger, gab nichts Neues bekannt. Er lobte, wie BAYER „den Kampf gegen Krankheit und Tod führt“, wettete gegen die Gesundheitsreform und wies im übrigen jede Kritik am Konzern weit von sich.

Er fand bei den geladenen Gästen in der Wuppertaler Stadthalle offene Ohren. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, bescheinigte, daß „die ökologische und ökonomische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen nicht gegen, sondern mit BAYER stattfindet“. Alle beeilten sich, zum Ausdruck zu bringen, daß es „keinen Grund zu klagen, sondern zu gratulieren“ gebe.

Anders die [REDACTED] und die örtliche Standortgruppe, die vor dem Saal auf Flugblättern feststellten „100 Jahre Pharma bei BAYER – entscheidend ist der wirtschaftliche Erfolg“. Sie waren die einzigen, die in den Chor der Lobreden kritische Anmerkungen zur BAYER-Pharma-Produktion mischten. Sie wiesen auf die Praxis, hierzulande verbotene Pharmazeutika in der Dritten Welt weiter zu vermarkten und darauf, daß BAYER HEROIN über 30 Jahre trotz anhaltender weltweiter Proteste als Hustenmittel vermarktet wurde. Und die [REDACTED] machte auch darauf aufmerksam, daß der Konzern mit schuld ist an dem Arzneimittel-Preisniveau der BRD, dem höchsten der Welt. △

Offizielles Festprogramm für alle Standorte

Nach der Einleitung des Jubiläumjahres mit einer zentralen Festveranstaltung in der Wuppertaler Stadthalle werden jetzt nach und nach die Festprogramme für die einzelnen BAYER-Standorte veröffentlicht. Sie sehen sportliche Veranstaltungen, Konzerte, Filmveranstaltungen, Theaterbesuche, Werksrundfahrten etc. vor. Der

Konzern setzt alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ein: Sportvereine, Betriebsangehörige, Öffentlichkeitsabteilung etc.

Der Veranstaltungszyklus beginnt im April/Mai des Jahres und endet erst im Spätherbst. Vor allem an den Standorten soll niemand in der Bevölkerung übersehen, daß der Konzern Geburtstag feiert.

Die Standortgruppen bereiten sich darauf vor, im Rahmen des Festprogramms für die eine oder andere kritische Begleitung zu sorgen. △

Der große Regen

Wenn der BAYER-Konzern sein 125jähriges Jubiläum feiert, wird nicht nur Positives erneut lebendig, sondern auch jede Menge schlechter Erfahrung. An allen Standorten, in allen Belegschaften, in der Bevölkerung allgemein ist die Erinnerung an schreckliche Ereignisse der Vergangenheit wach. Kam es doch immer wieder zu Störfällen, Unfällen und Beinahe-Katastrophen, die durchaus auch Menschen das Leben kosteten. Und ist es doch noch nicht einmal 40 Jahre her, da der Konzern wegen seiner Verbrechen vor dem Nürnberger Tribunal verurteilt wurde. Sklaverei, Kriegshetze, Menschenversuche an KZ-Häftlingen, Lieferung des Auschwitz-Gases etc. waren die Themen dieses Prozesses.

Die Öffentlichkeitsabteilung des Konzerns hat sich etwas Besonderes einfallen lassen, um zu verhindern, daß über diese Themen breit diskutiert wird: Sie streute Gerüchte über zu erwartende „Jubelgelder“ für alle und jedermann und bezweckte damit, daß die Belegschaften, die Gemeindevertreter, die Vertreter örtlicher Vereine etc. am Arbeitsplatz und nach Feierabend über die Höhe dieser „Prämien“ spekulieren. Die Gerüchteküche wird laufend am Brodeln gehalten. Niemand weiß Konkretes, aber alle sollen von dem großen Geldregen profitieren. Bisher ist lediglich der Bonus für die Betriebsangehörigen einigermaßen klar. △

Weitere Informationen bei:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Achim Schmottlach
Hofstraße 27a
5650 Solingen

Allerdings erschien zur gleichen Zeit das Ergebnis einer anderen Studie. An ihr haben 5.000 britische Ärzte teilgenommen. Sie hatten sechs Jahre lang jeden Tag ASPIRIN geschluckt. Das Resultat dieser Studie steht im Widerspruch zu den amerikanischen Ergebnissen. Es konnte nicht nachgewiesen werden, daß die Einnahme von ASPIRIN das Risiko nicht-tödlicher wie tödlicher Kreislaufkrankheiten vermindert.

Zugleich wurden im „New England Journal of Medicine“ die Ergebnisse der US-Studie angezweifelt. Arnold Relman schrieb, daß diese Studie „weder den Nutzen noch die Sicherheit des ASPIRIN-Gebrauchs in der Gesamtbevölkerung beweist – vor allem nicht für jene, die in Gefahr sind, durch eine ASPIRIN-Therapie einen Schlaganfall oder innere Blutungen zu bekommen.“ Der Hauptmangel der US-Studie bestünde darin, daß ausschließlich Ärzte ausgewählt worden seien, bei denen mit den häufigsten Nebenwirkungen von ASPIRIN am wenigsten zu rechnen war: Magenblutungen und -Geschwüre, Leberschäden, allergische Reaktionen.

Der Nutznießer der US-Studie ist in jedem Fall der BAYER-Konzern. Der Wirkstoff ACETYL SALIZYL Säure wurde bei der Auswertung der Studie weltweit mit ASPIRIN gleichgesetzt. Eine globale millionenwerte-Werbung, die den Konzern keinen Pfennig gekostet hat. Und dies bei obendrein zweifelhaften Ergebnissen. △

Pharma-Seminar für Führungskräfte

Ein multinationaler Konzern hat mitunter Kommunikationsschwierigkeiten von der Zentrale in die Peripherie.

Um dies zu überbrücken, veranstaltete der Sektor Pharma ein „Internationales Pharma-Fortbildungsseminar“ in Große Ledder/BRD. Teilnehmer waren 15 Führungskräfte aus Chile, Brasilien, der Bundesrepublik, Frankreich, den USA, Indonesien, Korea, Nigeria, Portugal, Österreich und Spanien.

Inhaltliche Schwerpunkte waren EDV, Führung des Unternehmens, Ausbildung von Mitarbeitern, Fragen des Produktionsablaufes und Information über in der Entwicklung befindliche Präparate.

Das Seminar war das erste seiner Art, weitere sind geplant. Sie dienen der optimaleren Umsetzung von Leverkusener Direktiven und Konzeptionen in allen Ländern des Konzern-Imperiums. △

Profite mit Anti-Aids-Mittel

Die ehemaligen IG FARBEN-Töchter BAYER und HOECHST arbeiten fieberhaft an einem gemeinsamen Projekt, an dessen Ende ein Wirkstoff gegen die Aids-Seuche stehen soll (wir berichteten). Prof. H. Dieter Schlumberger, Leiter des Institutes für Immunologie und Onkologie im Wuppertaler Pharma-Forschungs-Zentrum: „Wenn man schon die Infektion nicht verhindern kann, dann muß man im Prinzip verhindern, daß sich das Virus vermehrt.“

In das gemeinsame Projekt investieren die beiden Chemie-Multis zunächst je mindestens 5 Mio. DM für die Grundlagenforschung. Ein gut angelegtes Kapital angesichts der zu erwartenden astronomischen Gewinne.

Konkret gesucht wird nach einem

Chemotherapeutikum, möglicherweise aus gentechnologisch hergestellten Enzymen bestehend, das auf der einen Seite „die Virusvermehrung hemmt“, und auf der anderen Seite die „gesunde menschliche Zelle möglichst wenig schädigt“. Zu diesem Zweck durchforsten die Wissenschaftler der beiden Konzerne ihre irgendwann einmal archivierten Substanzen und Substanzklassen auf eine entsprechende Leitstruktur hin. „Die erste Firma, die eine wirklich gute Leitstruktur findet, wäre nach einem halben Jahr mit dem Mittel auf dem Markt“, meint ein HOECHST-Forscher. Prof. Schlumberger von BAYER ist ziemlich optimistisch: „Unsere Recherchen haben hier und da Hinweise auf interessante Wirkstoffe ergeben“. Es handele sich um „ein Projekt, über das z.Zt. in der Endphase diskutiert

Erpressung und Drohung

Die Pharma-Industrie läuft Sturm gegen die Pläne der Bundesregierung, die Kassen künftig zu verpflichten, statt der überteuerten Präparate der Großkonzerne billigere, aber gleichwertige Medikamente, sogenannte Nachahmer-Produkte, zu verschreiben. Keine Gelegenheit wird ausgelassen, um gegen das Gesundheitsministerium Front zu machen. Die Apotheken hängen Plakate aus, der „Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie“ (BPI) verbreitet Propaganda-Broschüren, die Konzernchefs halten bei jeder Gelegenheit erzürnte Reden und neuerdings sind in jeder größeren Publikums-Zeitschrift Anzeigen der „Deutschen Arzneimittel-Hersteller“ zu finden.

Es wird mit harten Bandagen gekämpft. Die Pharma-Industrie kämpft um ihre Milliarden-Profite. Von „Umsatzverlusten in Höhe von 40 %“ ist die Rede. Dabei schrecken die Pharma-Konzerne nicht davor zurück, mit Drohungen zu arbeiten, die Angst und Schrecken verbreiten sollen und nahe an Erpressungsversuche und Volksverhetzung herankommen. Da wird behauptet, daß ab 1989 die Patienten zweitklassig behandelt werden, daß sie „bei vielen Krankheiten nicht mehr die bestmögliche Behandlung erhalten“ werden, daß „nur, wer es sich leisten kann... noch vom medizinischen Fortschritt“ profitiert, daß schließlich Medikamente „gegen Krebs, Aids und Rheuma“ nicht mehr erforscht und da-

mit auch nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Der BAYER-Konzern, als zweitgrößter Pharma-Konzern der Welt im BPI-Vorstand führend vertreten, mischt in diesem Orchester des Schreckens maßgeblich mit. H.J. Strenger stellte seine Festtagsrede zum 100jährigen Jubiläum der Pharma-Sparte am 4. März 1988 in Wuppertal ganz auf die genannten Argumente und Drohungen ab.

Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth hat die Pharma-Konzerne vor „Panikmache“ im Zusammenhang mit der geplanten Kostendämpfung im Gesundheitswesen gewarnt. Sie appellierte an die Pharmazeutische Industrie, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Bürger, vor allem die betroffenen, „nicht in Angst und Schrecken zu versetzen“.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm schloß sich der Kritik der Bundesgesundheitsministerin an: „Wer die Angst der Menschen vor Krankheit, Schmerzen und Tod instrumentalisiert, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, handelt schamlos und gegen alle guten Sitten.“

Das hat allerdings NRW-Ministerpräsident Johannes Rau wiederum auf der erwähnten Pharma-Jubelveranstaltung von BAYER ganz anders gesehen. Er lobte den Konzern im Anschluß an die Strenger-Kritik in den höchsten Tönen. △

wird". Noch im Laufe dieses Jahres soll über einen BAYER-HOECHST-Wirkstoff wissenschaftlich veröffentlicht werden.

Zu einer weiteren Zusammenarbeit seitens BAYER kam es mit der Frankfurter DEGUSSA AG. Wissenschaftler beider Firmen veränderten die chemische Struktur des alten Rheuma-Mittels D-PENICILLAMIN dergestalt, daß es zum Anti-Aids-Mittel tauglich sei. Erste klinische Tests mit dieser Substanz seien in der Bundesrepublik bereits angelaufen, heißt es.

Schon jetzt machen sich die Konzerne um die Vermarktung der zu entwickelnden Substanzen Gedanken. Um kartellrechtlichen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, wurde vorsorglich die Europäische Kommission informiert.

Die Vorteile der neuen Substanzen für die betroffenen Aids-Patienten scheinen eher gering zu sein. Bewirken sie doch bestenfalls, „daß das Virus für Wochen oder Monate in der Latenzphase bleibt“ (Prof. Schlumberger). Eine Heilung ist also nicht möglich.

Ein Präparat, das das Fortschreiten der Aids-Infektion etwas aufhalten kann, ist unter dem Namen RETROVIR (Firma Wellcome) auf dem Markt. Es scheint also, als ob die neuen Substanzen lediglich die derzeitige Monopolstellung von RETROVIR brechen sollen. △

Ablenkmanöver bei Preis-Diskussion

Die Pharma-Industrie will auch ihren Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen leisten. Diesen Eindruck jedenfalls soll ein Vorschlag des von BAYER dominierten Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) machen, der vorsieht, daß die Festpreise für Medikamente aufgehoben werden. Eine Verwirklichung dieser Idee liefere darauf hinaus, minimale Kostensenkungen in den Verantwortungsbereich der Apotheker, die künftig miteinander in Konkurrenz stehen sollen, zu verschieben. Gleichzeitig, so stellt es sich die Pharma-Industrie vor, blieben die Erzeugerpreise für Medikamente unangetastet. Eckhard Schupecka, der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenkasse, nennt den neuerlichen Vorschlag der Pharma-Industrie ein „Ablenkmanöver“. Die Pharmazeutische Industrie wolle einen Wettbewerb „um sich herum“ veranstalten, um ihn dort, wo er bitter nötig ist, auszuschalten, „nämlich bei der Industrie selbst, bei den Erzeugerpreisen“. △



Aktions- und Informationstag zur Pharmazeutischen Industrie im Juni 1987 in Krefeld

Rapider Anstieg der Nebenwirkungen

Aus einer Stellungnahme des Bundesgesundheitsamtes geht hervor, daß das Risiko im Arzneimittelbereich erheblich gestiegen ist. Gingen im Jahr 1978 noch 1.100 Meldungen über unerwünschte Nebenwirkungen ein, waren es 1987 bereits 15.340. Eine Steigerung um 1.395 %. △

Es geht um den Profit, nicht um die Gesundheit

Immer öfter und immer unumwundener erklärt der zweitgrößte Pharmakonzern der Welt, daß es bei der Entwicklung und Herstellung von Medikamenten nicht um die Verbesserung des Gesundheitswesens, sondern um die Erwirtschaftung von Gewinnen und Profit geht. Auf einem „Presseforum“ des BAYER-Konzerns im Herbst 1987 erklärte das BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Karlheinz Büchel sogar, daß die Entwicklung von Medikamenten gegen weltweit ca. 130 Krankheiten aus wirtschaftlichen Gründen erst gar nicht verfolgt werde. So werde z.B. ein speziell auf den „Feuerbrand“ abgerichtetes Mittel aus Rentabilitätsgründen nicht in Angriff genommen.

Besondere Würdigung erfuhr der „Kostenfaktor“ Umweltschutz. Er verteuere lt. Prof. Büchel die Herstellung und führe zu Wettbewerbsverzerrungen.

Es nimmt nicht Wunder, daß der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in das gleiche Horn stößt. Die stetig wachsende Kritik an der Chemie würde zu „Klima-Störungen“ in den

Versuchsabteilungen der Pharma-Industrie führen. „Unter Umständen“ seien in der Forschung „nicht die gleichen Resultate zu erzielen wie in einer bereinigten Atmosphäre“, erklärte VCI-Sprecher Wolf Henning Kriebel. Als Beispiel nannte er die Erforschung von Aids. △

Krieg/Rüstung

Lieferungen an die NATO

In der zentralen EDV-Datei der DEFENSE LOGISTICS AGENCY in Michigan/USA, die alle Lieferanten der NATO-Streitkräfte enthält, ist unter dem Buchstaben „B“ der BAYER-Konzern dreizehnmal vertreten. Hinzu kommen unter verschiedenen Buchstaben zahlreiche Tochtergesellschaften des Multis. Offensichtlich ist also BAYER – wie zu erwarten – umfangreich in Rüstungsgeschäfte verwickelt.

Bei Durchsicht der Liste fällt auf, daß keines der Stammwerke in der Bundesrepublik unter den Lieferanten ist. Lediglich die Firma FARBEN BAYER/Leverkusen – eine Briefkastenfirma des Konzerns – wird genannt. Ansonsten liefert BAYER unter eigenem Namen ausschließlich aus dem Ausland, bevorzugt aus Südafrika, Australien, Portugal, den Niederlanden, Großbritannien und Italien. Offensichtlich ist es für einen vor dem Nürnberger Tribunal verurteilten Kriegsverbrecher und von einer aufmerksamen bundesrepublikanischen Öffentlichkeit beobachteten Spezial-

sten für chemische Kampfstoffe in diesen Ländern unproblematischer, Rüstungsgeschäfte abzuwickeln.

Weiterhin fällt auf, daß der Konzern mindestens viermal mit Agro-Chemikalien vertreten ist. Damit verstärkt sich der Verdacht, daß BAYER chemische Waffen liefert. Sicherlich benötigen die westlichen Armeen Pestizide, um die Rasenflächen in den Kasernen frei von Unkraut zu halten; doch daß dafür gleich vier Werke des Konzerns liefern müssen und obendrein der Umweg über Südafrika gegangen werden muß, ist damit nicht zu erklären.

Kommt hinzu, daß einer der vier Lieferanten eine der Töchter in Krefeld ist, die bereits im Zusammenhang mit Kampfstofflieferungen im Rahmen des Vietnamkrieges in Verdacht geriet. △

Umweltgifte

M-DICHLORBENZOL-Bericht

M-DICHLORBENZOL wird in der Bundesrepublik als Zwischenprodukt für die Herstellung von Pestiziden, Arzneimitteln und Farbstoffen verwendet. Die Gesamtproduktion beträgt zwischen 3.000 und 4.000 t pro Jahr. Hersteller ist neben der Firma HOECHST der BAYER-Konzern.

M-DICHLORBENZOL entsteht aber auch bei der Müllverbrennung von PVC, Chlorkautschuk und Polyethylenen. Das Bundesumweltamt schreibt hierzu in seinem „Stoffbericht 8“, der unlängst erschienen ist, daß „eine Ursache für das offenbar ubiquitäre Vorkommen von M-DICHLORBENZOL in der Atmosphäre... Verbrennungsprozesse von chlorhaltiger organischer Materie sein (dürften), ohne daß eine Quantifizierung dieser Quelle möglich ist.“

Der BAYER-Konzern, der stets die Fortschrittlichkeit und Unbedenklichkeit seiner Anlagen herausstellt, ist führend auf dem Gebiet der Müllverbrennung.

Bei M-DICHLORBENZOL handelt es sich gemäß dem Bericht des Bundesumweltamtes um eine sehr kritische chemische Substanz. Sind doch ökotoxische Wirkungen bei Algen, Bakterien, Daphnien und Fischen nachgewiesen. Toxikologische Erfahrungen beim Menschen liegen allerdings nicht vor, ebenso keine Untersuchungen zur subchronischen und chronischen Toxizität oder zur Karzinogenität. Über mutagene Wirkungen liegen widersprüchliche Erfahrungen

vor. Untersuchungsergebnisse aus Tierversuchen lassen jedoch vermuten, daß M-DICHLORBENZOL leberschädigende und tumorauslösende Wirkungen hat.

Um die Auswirkungen dieses überall in der Umwelt verbreiteten Stoffes auf den Menschen genauer einschätzen zu können, empfiehlt das Bundesumweltamt Untersuchungen zur biologischen Abbaubarkeit, eine Abschätzung des genotoxischen Potentials sowie Abklärung der Expositionssituation am Arbeitsplatz. △

Standorte

Veränderungen in Brunsbüttel

Einer Mitteilung des Brunsbütteler Werksleiters, Prof. Dr. Kleine-Weischede, zufolge, wird im 4. Quartal ds.Js. die umstrittene sogenannte MDI-Anlage, die Vorprodukte für harte Schaumstoffe erzeugen soll, ihren Betrieb aufnehmen. Die Anbindung des Werkes an den Landeshafen Ostermoor habe mit dem Bau von ersten Lagertanks und einer Anlegestelle begonnen. Durch dieses 20 Millionen-Projekt wolle man einen Teil der Transporte auf den Wasserweg verlagern. Über eine Verlängerung des Holsten-Dammes sei demnächst eine Anbindung des Werkes an die neue Bundesstraße 5 gegeben.

Noch in diesem Jahr soll die Eisen-oxypigment-Anlage in Bau gehen.

In der Brunsbütteler Ausbildungsstätte wird eine zweite computergesteuerte Drehmaschine installiert werden. Eine ähnlich moderne Anlage zum Fräsen gibt es dort bereits seit 1985. Durch die Erweiterungen mußten, so Prof. Kleine-Weischede, auch die Umweltschutz-Einrichtungen ausgebaut werden. So stände in Bälde auch eine Vergrößerung der umstrittenen Gasphasenoxydations-Anlage, die der Verbrennung verunreinigter Abwässer dient, an. △

Neue Anlage in Dormagen

Für rund 120 Mio. DM soll im BAYER-Werk Dormagen eine neue Anlage errichtet werden. Ende 1989 soll der Betrieb „Lack-POLYISOCYANATE Dormagen“ (LPD) in Betrieb gehen. Die Produktion von jährlich 150.000 t modifizierter ISOCYANATE ist geplant. △

Rollbahn in Krefeld auf Landeskosten

Was noch vor 22 Jahren vom Landesstraßenbauamt in Krefeld abgelehnt wurde, jetzt ist es möglich: Eine zusätzliche Straßenanbindung für das BAYER-Werk Dormagen an die L 280 Dormagen-Delhoven. Hierdurch ergibt sich für den Konzern eine bessere Anbindung des LKW-Verkehrs an das BAYER-Tor 14.

Auf behördlicher Seite vertrat vor allem der CDU-Planungsexperte Hermann Harig die Interessen des Konzerns. Mindestens schon seit 1976 forderte er beharrlich die für BAYER so nützliche Rollbahn. Der Konzern seinerseits verstärkte den Entscheidungsdruck dadurch, daß er den umfangreichen LKW-Verkehr der benachbarten BAYER-Tochter ERDÖL-CHEMIE (EC) seit 1979 zum BAYER-Tor 14 verlegt hatte.

Am 4. Dezember 1987 war es dann soweit: das 5 Mio. DM teure Projekt wurde eröffnet. Obwohl die neue Straße zu wesentlichen Teilen dem Verkehr vom und zum BAYER-Werk in Dormagen dient, zahlte das Land, also der Steuerzahler, den Löwenanteil der Baukosten: ca. 4 Mio. DM von insgesamt knapp 5 Mio. DM. △

Produktion in Köln-Flittard geplant

Für einige Verwirrung sorgten am 3. Februar Äußerungen des BAYER-Werkplaners, Dipl. Ing. Norbert Drejkopf, vor einer gemeinsamen Sitzung der Bezirksvertretung 1 und zweier Stadtratsausschüsse im Leverkusener Rathaus. Er deutete nämlich an, daß BAYER möglicherweise Produktionseinheiten von Leverkusen nach Köln-Flittard verlegen wird. Während das Leverkusener Gelände sehr begrenzt ist, sind auf dem Flittarder Feld, wo z.Zt. Lagerhallen und Ausbildungsstätten stehen, noch Kapazitäten frei.

Die Äußerungen Drejkopfs versetzten die Leverkusener Politiker der Bezirksvertretung, des Bau- und des Verkehrsausschusses in Nervosität. Befürchten sie doch durch Kapazitäts-Auslagerungen empfindliche Verluste bei der Gewerbesteuer. Drejkopf bestätigte auf Nachfrage, daß bereits heute die Lagerkapazität in Flittard verringert werde, um freie Flächen für „Neues“ zu erhalten. Wegen der zukünftig wachsenden Belegschaft sei auch, wie er meinte, in diesem Bereich die Errichtung einer S-Bahnstation notwendig.

Die Andeutungen Drejkopfs sorgten für viel Aufregung. Schon 3 Tage nach der genannten Sitzung bemühte

sich der Leverkusener Werksleiter, Dr. Rosahl, zu beschwichtigen und die Gemüter zu beruhigen. Leverkusen sei „nach wie vor der Hauptstandort des Werkes Leverkusen“. Die Aussagen Drekopfs seien mißverstanden worden. Gleichzeitig bestätigte Dr. Rosahl jedoch, daß der Konzern sich um eine industrielle Nutzung des Flittarder Feldes bemüht. Dieses sei, so erläuterte er, im Kölner Flächennutzungsplan als Industriegebiet ausgewiesen. △

BAYER setzt sich in Wuppertal über Proteste hinweg

In Wuppertal-Radenberg, an der Stadtgrenze zu Wülfrath, soll nach dem Willen des Konzerns eine BAYER-Wohnsiedlung entstehen. Die Bezirksvertretung Vohwinkel hatte sich Ende letzten Jahres bereits mehrheitlich gegen eine Bebauung ausgesprochen. Diese stehe im Widerspruch zum Landschaftsschutz, und es gebe keinerlei Notwendigkeit dafür. Die SPD-Fraktion führte darüber hinaus aus: „Es gibt genügend alternative Bauplätze für die von BAYER gewünschte Gartenstadt – auch außerhalb des Landschaftsschutzgebietes Radenberg.“

Gegen den Widerstand der GRÜNEN hat jetzt der Stadtrat in Wuppertal die Aufstellung eines Bauleitplan-Verfahrens für die BAYER-Siedlung beschlossen. Das Gebiet war bisher nicht für eine wohnbauliche Nutzung vorgesehen. Das soll jetzt auf Wunsch des Konzerns geändert werden. △

Pharma-Konzentration in Wuppertal

„Wenn wir enger zusammenrücken, könnten wir noch leistungsfähiger werden“, meinte Prof. Dr. G.L. Haberland, Leiter des BAYER-Werkes in Wuppertal-Elberfeld. Gemeint ist hier eine Effektivierung der Pharma-Arbeit.

Nachdem bereits ein Großteil der Produktion sowie die Forschung in Wuppertal stationiert ist, sollen jetzt auch die Sektorenleitung, die Leitung der Geschäftsbereiche Ethische Produkte sowie Selbstmedikation und darüber hinaus der Internationale Pharma-Vertrieb von Leverkusen nach Wuppertal-Aprath verlegt werden.

Die für diese Maßnahme notwendigen zusätzlichen Gebäude sollen ab 1989 für 35 Mio. DM errichtet werden.

Insgesamt, so scheint es, sieht man bei BAYER noch Wachstumsmöglichkeiten des Pharma-Bereiches. Dafür spricht auch der Ausbau der Labors für Verfahrensentwicklung in Elberfeld (vergl. Artikel unter „Pharma“ in diesem Heft). △



Pharma-Forschungszentrum in Wuppertal-Elberfeld

Foto: BAYER AG Pressefoto

Baubeginn in Wuppertal ohne Bauleitplan

Wieder einmal verkündet BAYER den alsbaldigen Beginn von Neubauten, ohne daß überhaupt eine Grundlage dafür vorhanden ist. Noch nicht einmal ein Bauleitverfahren ist in die Wege geleitet.

In Wuppertal reagierten die Bezirks-Politiker des Stadtteils Uellendahl/Katernberg überrascht, als sie der Presse entnehmen mußten, daß BAYER vorhat, bereits 1989 mit dem Bau der Erweiterung des Forschungszentrums in Wuppertal-Aprath zu beginnen. Der Bezirksvertretung lag noch nicht einmal ein Bauplan vor.

Auf entsprechende Rückfrage bei dem Städtischen Planungsamt mußte denn auch bestätigt werden: „Da... die Firma BAYER bisher noch keine halbwegs konkreten Pläne oder Planvorstellungen eingereicht hat, kann auch das Bauleitplanverfahren noch nicht in Angriff genommen werden.“

Ein ordentliches Bauleitverfahren benötigt ca. zwei Jahre, um allen Anforderungen – vor allem auch der Einbeziehung der Öffentlichkeit – Rechnung zu tragen. Frühester Baubeginn also 1990/91.

Prof. Dr. G.L. Haberland, Leiter des BAYER-Werkes in Wuppertal, reagiert in der gewohnt arroganten Art des Konzerns: Im Mai 1988 werden die ersten Vorschläge der Architekten da sein, „und dann liegt es im Ermessen der Stadtverwaltung, wie zügig oder langsam das Bauvorhaben fortschreitet.“ Anschließend verwies er auf die rund 400 Arbeitsplätze, die mit der Erweiterung angeblich nach Wuppertal kommen sollen. △

In Wuppertal werden Häuser abgerissen

1979/80 enthüllte die „Wuppertaler Bürgerinitiative gegen BAYER-Umweltgefährdung“, daß der Konzern anonym von seinem Agenten Drehkopf rund um das Werk Häuser aufkaufen läßt. Die Bürgerinitiative vermutete, daß der Konzern diese Häuser langfristig abreißen will, um auf diese Weise den unüberbrückbaren Konflikt zwischen hochgefährlichen BAYER-Chemieanlagen und dicht angrenzenden Wohnsiedlungen für ca. 15.000 (!) Menschen „zu lösen“.

Heute ist es soweit. Die im BAYER-Besitz befindlichen Häuser Friedrich-Ebert-Straße 337-341 wurden aus der Denkmalschutz-Liste herausgenommen und abgerissen. Die freiwerdende Fläche wurde dem BAYER-Betriebsgelände zugeschlagen.

An einer Eisenbahnbrücke in Wuppertal-Elberfeld – in Nähe des BAYER-Werkes – verblaßt die die Straße überspannende Losung „BAYER und Stadt zerstören unseren Stadtteil“. Sie müßte dringend erneuert werden. △

Verbrennungsanlage in Indien

Vor den Augen von Presse und Fernsehen weihte die BAYER (INDIA) Ltd. Ende 1987 die 2,4 Mio. DM teure Giftmüll-Verbrennungsanlage im indischen Thane ein. Die Kapazität der bisherigen Anlage reichte nicht mehr aus. Der neue Verbrennungssofen hat eine Kapazität von 6 t pro Tag. Verbrannt werden chemische Abfälle aus der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Produktion von Pestiziden,

Pharmazeutika und Kautschuk-Chemikalien des dort ansässigen Tochter-Werkes.

Unter den geladenen Gästen waren auch politische Funktionäre der indischen Regierung. So konnten der Vorsitzende der BAYER INDIA, R.P. Goenka, und das BAYER-Vorstandsmitglied, Dr. Ernst-Heinrich Rohe, z.B. P. Tyagi, den verantwortlichen Beamten der Zentralbehörde für Umweltschutz in NeuDehli, und den Bürgermeister von Thane, A. Davkhare, begrüßen.

Von BAYER gelobt wird der hohe technische Standard der neuen Anlage, die angeblich den Anforderungen an den Umweltschutz voll gerecht werde. Von den vielen Einwendungen und Protesten gegen die „umweltgerechten“ BAYER-Verbrennungsanlagen hierzulande war in Indien nicht die Rede. △

Bundesrepublik ideal

Umweltschutz, öffentliche Diskussionen, gesetzliche Auflagen, angebliche Probleme mit der Steuer, Kostendämpfung im Gesundheitswesen usw. usf.; all diese Faktoren werden immer wieder von diversen Sprechern des BAYER-Konzerns aufgebauscht und bejammert.

Eigentlich aber ist alles ganz anders. Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, bezeichnet die Bundesrepublik als einen „idealen Standort“ für den Konzern. So blieben das Inland und damit auch Nordrhein-Westfalen mit den vier großen BAYER-Werken weiterhin Investitionsschwerpunkte des Chemie-Konzerns.

Insbesondere den politischen Rahmenbedingungen brachte er Wertschätzung und Zufriedenheit entgegen. Indiz dafür, daß die unheilige Allianz zwischen Politik und Industrie – wenn auch nicht immer ganz ohne Reibungen – fortbesteht! △

BAYER-Gefahr in Lingen

Der „Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.“ (LBU) sowie der „Verein für Umweltschutz e.V.“ (VfU) gaben in ihren 20. „Umweltinformationen für Niedersachsen“ eine Zusammenstellung des chemischen Bedrohungspotentials in Niedersachsen. Kernstück dieses Heftes ist eine der Öffentlichkeit bisher nicht zugängliche Liste derjenigen Betriebe, die in Niedersachsen der Störfallverordnung unterliegen. Beispielsweise wird über die in Lingen ansässige BAYER-Tochter FASERWERKE LINGEN GMBH berichtet, die eine Anlage zur Herstellung von ACRYLNITRIL

betreibt. ACRYLNITRIL ist eine giftige, sehr leicht entzündliche Flüssigkeit, bei deren Erhitzen, Brand oder gar Explosion giftige Gase gebildet werden können. ACRYLNITRIL kann zu einer starken Reizung der Augen, der Schleimhäute und der Haut sowie zu einer Schädigung des Nerven-, Atmungs- und Verdauungs-Systems führen. Der Stoff ist aufgrund seiner Wasserlöslichkeit von extremer Ökotoxizität. Kann er doch alle Arten von Gewässern, insbesondere das Trinkwasser gefährden. Nach Angaben der Herausgeber der Umweltinformationen wurden bislang 9 Störfälle, davon 4 im Inland, mit ACRYLNITRIL registriert.

ACRYLNITRIL ist ein wichtiger Stoff bei der Herstellung von Chemiefasern.

Das Heft kann über unseren CMU-Versand, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11 zum Preis von DM 8,50 bezogen werden. Stichwort: Umweltinformationen für Niedersachsen Nr. 20. △

Imperium

Neues DRUGOFA-Haus

Die DRUGOFA, BAYER-Tochter in Köln, vertreibt Artikel der Konsumbereiche Fitness, Freizeit, Schönheitspflege und Gesundheit. Bereits im Jahr 1984 kam es dort im Rahmen der Neuorganisation des BAYER-Konzerns zu Rationalisierungsmaßnahmen. Das Vertriebsortiment wurde um die Hälfte auf ca. 125 verringert.

Bis vor einigen Monaten waren die Tätigkeitsbereiche von DRUGOFA in Köln gesplittet. Neben dem Zentral-Großlager gab es drei Verwaltungsgebäude in Köln. Seit November 1987 sind alle Tätigkeiten zentralisiert. Neben dem Lager entstand ein großer neuer Verwaltungsbau, in dem 160 KollegInnen arbeiten.

Der Neubau ist ganz auf Expansion angelegt. Hans Joachim Hildebrandt, damaliger Geschäftsführer der DRUGOFA, (ab Dez. 87: Walter Brinkmann) erwartet eine Effektivierung der Arbeit durch die Zusammenlegung von Verwaltung und Betrieb: „Wir setzen den Schwerpunkt auf wenige große Marken und Produkte, wir schufen Platz für Neues... Mit der jetzt angelaufenen Neueinführung der Marke BAYGON für die Saison 88 wollen wir bald auch in Deutschland die Position Nr. 2 bei Haushalts-Insektenmitteln erreichen, die wir weltweit haben!“ Viele DRUGOFA-Artikel (NATREN, SIONON, AUKHAN, DELIAL, QUENTI, SATINA) lie-

gen jeweils in ihrem Marktbereich auf Platz 1 oder 2.

Bei den Einweihungsfeierlichkeiten war neben dem Vorstandsvorsitzenden, Hermann Josef Strenger, auch der Kölner Oberbürgermeister, Norbert Burger, zugegen. △

Kooperation mit PREUSSAG AG

Mit herkömmlichen Methoden der Erdölförderung läßt sich nur etwa ein Drittel des Lagerstätten-Vorrates ausbeuten. Die BAYER AG hat nun zusammen mit der PREUSSAG AG ein Verfahren entwickelt, bei dem sich der Ausbeutegrad einer Ölquelle um ca. 10 % steigern läßt. Das Forschungsprojekt ist vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), also vom Steuerzahler, gefördert worden. Es wird z.Zt. in einer norddeutschen Lagerstätte erprobt.

Prinzip der neuen Fördertechnik ist, daß bestimmte sogenannte „Bio-Polymere“, wie z.B. XANTHAN, in die Öllagerstätten eingebracht werden. XANTHAN läßt sich in industriell betriebenen Fermenten durch bestimmte Gemüsepflanzen-Schädlinge produzieren. Der Stoff wird über zwei Bohrungen in das ölhaltige Gestein eingebracht, wodurch sich der Entölungsgrad, sprich: die Ausbeute des Ölfeldes, erhöht.

Ergebnisse des Verfahrens werden in etwa drei Jahren erwartet. Läuft alles nach Plan, dann tut sich für BAYER ein riesiger neuer Geschäftsbereich auf. △

Ausweitung in Thailand

„Die Eröffnung dieser Produktionsstätten ist ein Meilenstein, aber doch nur ein Baustein für das ständig wachsende BAYER THAI“, sagt Uwe Mohrdrick, Leiter der Region Fernost in Leverkusen. Er spricht von der Erweiterung der BAYER-Anlagen in Thailand, wo der Konzern seit 25 Jahren tätig ist.

Nachdem das Firmengelände in Phrapradaeng zu klein wurde, siedelte man im Jahr 1981 nach Bangpoo um, wo auf einem 53.000 qm großen Gelände Betriebe für Landwirtschafts- und Haushalts-Pestizide entstanden. Hier wurden im Dezember 1987 zwei neue Produktionsstätten sowie ein Lagergebäude errichtet.

70 % der Bevölkerung Thailands leben von der Landwirtschaft. Die Pestizide dienen vor allem dem Export in Nachbarländer, wie Singapur und Ma-

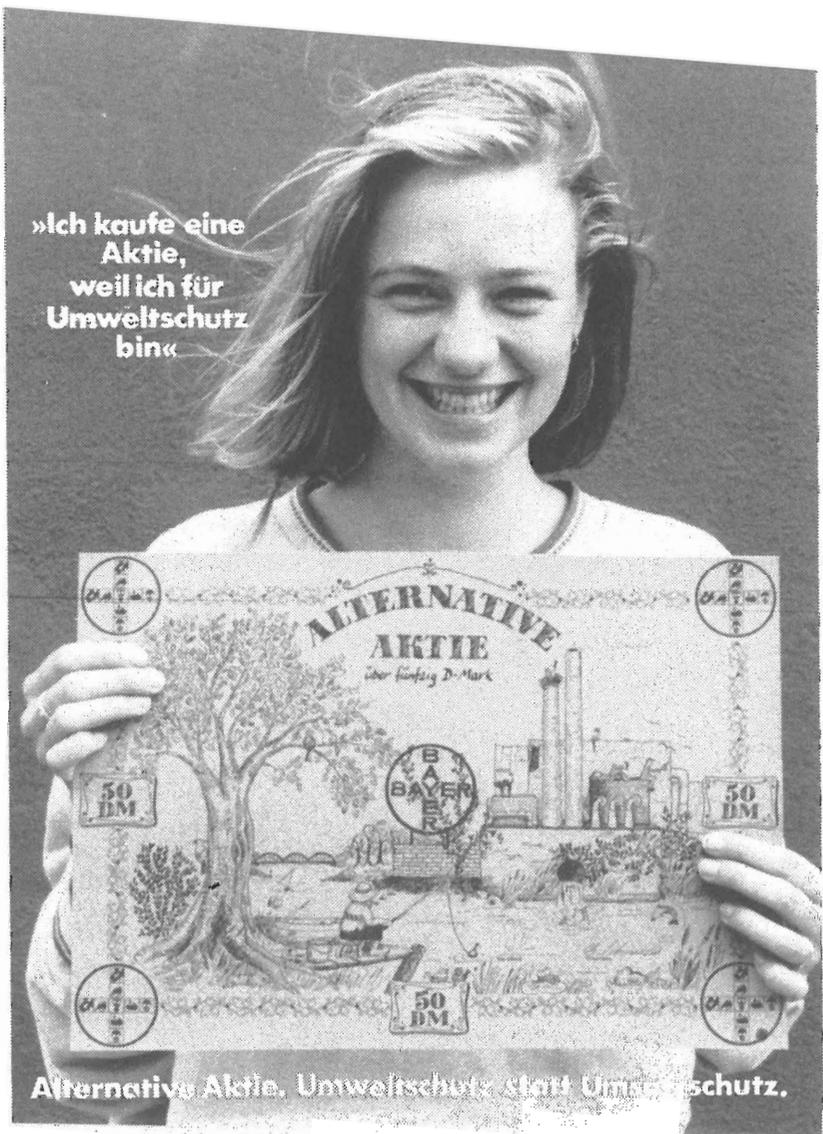
Mit Aktien gegen Umweltverschmutzung

Die Arbeit gegen BAYER kostet viel Geld. In unserer Kasse ist aber Ebbe. Deswegen verkaufen wir jetzt Aktien. Wie der BAYER-Konzern. Bei unseren Aktien gibt es allerdings keine Dividende in klingender Münze. Da gibt es nur die Gewißheit, mitzuhelfen, den Druck auf BAYER zu erhöhen. Für Umwelt- und Menschenschutz, gegen Umweltverschmutzung und Gefährdung der menschlichen Gesundheit. Und es gibt ein Probeheft unseres Informationsdienstes »Stichwort: BAYER« gratis. Außerdem verlosen wir unter allen alternativen Aktienkäufern eine Fahrt zur BAYER-Hauptversammlung in Köln. Damit man/frau mal sehen kann, wie ein solch weltweiter Umweltverseucher sein Imperium lenkt.

Also: Aktien kaufen und gewinnen – an Information, an Einfluß, an weniger Gift und an mehr Umweltschutz! Mit unseren Aktien gegen BAYER-Umweltverschmutzung!

Coupon ausfüllen und absenden an:

**Hofstr. 27a
5650 Solingen II**



Alternative Aktie. Umweltschutz statt Umweltverschmutzung.

Bestellkarte

alternative Aktie	5 DM	
alternative Aktie	10 DM	
alternative Aktie	25 DM	
alternative Aktie	50 DM	
alternative Aktie	100 DM	
alternative Aktie DM*	
Porto/Verpackung		3 DM
Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial über die Coordination gegen BAYER-Gefahren.		5 DM
Summe		

*ab 100 DM

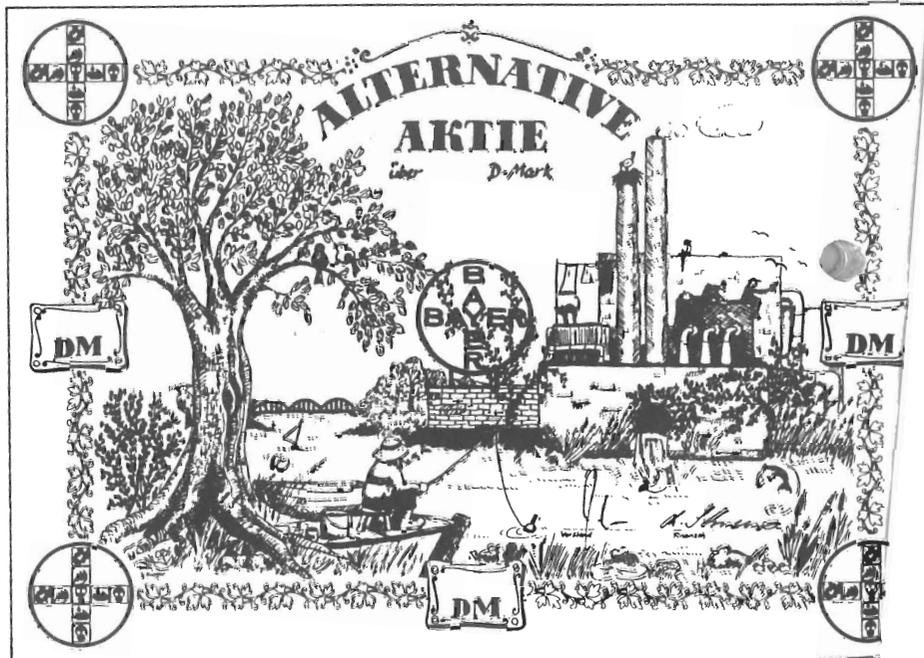
Auf Wunsch gewähren wir Gruppen für den Weiterverkauf einen Rabatt von 20%

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme.

- Scheck über DM (incl. 5 DM Porto/Verpackung) liegt bei
- Bitte liefern Sie per Nachnahme

Absender

Datum/Unterschrift



Die Aktie ist im Format 29 cm · 20,5 cm auf Packpapier gedruckt. Es gibt sie in 5 verschiedenen Werten, die sich voneinander in der Farbe unterscheiden.

laysia. Derzeit produziert BAYER THAI mehr als 10.000 Jahrestonnen. Die fernöstliche Tochter vertreibt mehr als 3.000 Produkte.

Bei der Eröffnung der beiden neuen Produktionsanlagen begrüßte der Geschäftsführer von BAYER THAI, Arnulf Bothmer, u.a. den thailändischen Finanzminister Dr. Suthee Singhasaneh. △

25 Jahre in Guatemala

Zum Ende des Jahres 1987 hin feierte die BAYER-Tochtergesellschaft BAYER DE GUATEMALA S.A. in Guatemala City ihr 25jähriges Bestehen.

Geladen waren 2.000 Gäste aus Presse und Fernsehen sowie Vertreter des politischen Lebens. Hans Dieter Janssen, der Sprecher für die Firmen in Zentralamerika, hielt die Jubelrede. △

Rechtsanwalt gesucht

Wer häufig in Störfälle verwickelt ist, bei denen die Umwelt nicht unerheblich geschädigt wird, gerät schon mal in juristischen Rechtfertigungszwang. Wohl um in entsprechenden rechtlichen Auseinandersetzungen noch besser bestehen zu können, aber auch vielleicht zum Auskundschaften noch größerer gesetzlicher Lücken, sucht die BAYER AG einen Rechtsanwalt mit dem „Schwerpunkt auf dem Gebiet des Umweltrechts“. Es gehe um die Bereiche „Recht, Steuern und Patente“. Der Bewerber müsse neben hervorragendem Examen vor allem „Erfahrungen auf dem Gebiet umweltrechtlicher Fragestellungen aus einer Tätigkeit in der Wirtschaft, in rechtsberatenden Berufen oder in der öffentlichen Verwaltung (Hervorhebung durch die Redaktion)“ mitbringen.

Da das Umweltrecht, ebenso wie der Konzern, international ist, werden „gute Englischkenntnisse“ vorausgesetzt. △

Neue Aufgabenverteilung im Vorstand

Nachdem Dr. Franz-Josef Weitkemper zum 31. September 1987 seine aktive Tätigkeit im Vorstand des BAYER-Konzerns beendet hat, wurde die Aufgabenverteilung im Vorstand neu geregelt. Die Personalstärke des Vorstands wurde weiter reduziert, die Verantwortung gestrafft. Insgesamt 9 Vorstandsmitglieder steuern das Imperium. Einen Überblick über die Verteilung der Verantwortlichkeiten gibt das Schaubild.

Name	Mitglied in Vorstandsausschüssen (Vorsitz unterstrichen)	Sprecher für Regionen	Vorsitz in Zentralen Konferenzen und Zentralkommissionen (ZK)
H.J. Strenger Vorsitzender	<u>Konzernkoordinierung</u> , Finanzen		Konzerntagung AG Konferenz
G. Fritz Stellv. Vorsitzender	Konzernkoordinierung, Finanzen, Forschung und Entwicklung	Nordamerika	
K.H. Büschel	<u>Forschung und Entwicklung</u>		ZK Forschung und Anwendungstechnik
H. Loehr	Finanzen Konzernkoordinierung, Personal und Recht		Personalkonferenz Obere Führungskräfte
H. Piechota	<u>Forschung und Entwicklung</u> , Investitionen und Technik, Material- wirtschaft und Dienstleistungen	Lateinamerika Osteuropa Staatshandels- länder	ZK Ingenieurtechnik
E.-H. Rohe	<u>Umweltschutz und Arbeitssicherheit</u>	Afrika, Fernost, Nahe Osten	ZK Umweltschutz und Arbeitssicherheit
M. Schneider	<u>Materialwirtschaft und Dienstleistungen</u> Investitionen und Technik	Westeuropa	ZK Vertrieb ZK Logistik
E. Weise	<u>Personal und Recht</u> <u>Umweltschutz und Arbeitssicherheit</u>		ZK Personal
H. Wunderlich	<u>Investitionen und Technik</u> , Materialwirtschaft und Dienstleistungen, Personal und Recht		ZK Produktion

Führungsorganisation

„Ein Unternehmen, das im Wettbewerb erfolgreich bestehen will, muß nicht nur sein Leistungsangebot, sondern auch seine internen Strukturen, Regelungen und Normen ständig daraufhin überprüfen, ob sie den jeweiligen Erfordernissen noch gerecht werden.“ – Mit diesem Satz wird das interne Papier „Regelungen zur Führungsorganisation und Personalordnung“ eingeleitet, das zwar bereits im August 1987 durch die Konzernspitze beschlossen wurde, uns aber erst jetzt erreichte. Es gehe darum, heißt es weiter, „die Führungsorganisation straffer und effizienter zu gestalten“. Der Begriff „Führungsorganisation“ beschreibe die „Führungsbeziehungen und -Strukturen sowie die Aufgaben- und Rollenverteilung“ im Konzern.

Die Personalordnung hingegen regle „die Beziehungen zwischen Mitarbeitern, Aufgabe und Status...“

Das interne Papier dient somit vor allem der Rationalisierung bestimmter Entscheidungs- und Handlungskompetenzen. Darüber hinaus wird der Begriff des „Leitenden Mitarbeiters“ genauer gefaßt.

Die „Regelungen zur Führungsorganisation und Personalordnung“ sind, so liest man es zwischen den Zeilen, die Antwort der Konzernspitze auf bislang undeutliche Aufgaben- und Rollenverteilungen sowie die nicht immer reibungslose Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Handlungsebenen.

In dem Papier werden vier verschiedenen Führungsebenen vorgestellt (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung): die Leitung eines Unternehmensbereiches (oberste Führungsebene), eines Ressorts (zweite Führungsebene), einer Abteilung (dritte Führungsebene) oder eines Betriebes,

einer Gruppe oder eines Referates (vierte Führungsebene).

Entsprechend dem Anteil „Führungsaufgaben an den Gesamtaufgaben“, der bei leitenden Mitarbeitern „von Stelle zu Stelle“ variiert, wird zwischen „Managern, Fachmanagern und Experten“ unterschieden, wobei „die Übergänge zwischen diesen Stellenarten... nicht immer scharf abgrenzbar“ sind. Die Differenzierung zwischen den Stellenarten „ist bedeutsam für die Stellenbewertung“.

Innerhalb einer jeden „Führungsebene“ gibt es drei „Stellenwertstufen“, so daß „zwischen Stellenwert und Führungsebene... keine eindeutige, feste Koppelung“ besteht. Eine Führungsstelle wird vielmehr „wie jede andere Stelle nach ihrem Funktions- und Leistungsbeitrag bewertet.“ Um die höheren Stellenwertstufen mit reibungslos funktionierenden Mitarbeitern zu besetzen, entscheidet diesbezüglich allein der Vorstand über entsprechende Anträge zur Eingruppierung.

Die „Regelungen...“ sehen folgende Titel vor: „Direktor, Hauptbevollmächtigter und Bevollmächtigter.“

„Handelsrechtliche Vollmachten (Prokura, Handlungsvollmacht) werden grundsätzlich nach Bedarf erteilt.“ Lediglich „mit der Ernennung zum Direktor wird gleichzeitig Prokura er-

teilt.“ Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Handlungsvollmacht und deren Geltungsbereich werden ebenso geregelt wie die Erteilung interner Vollmachten, wie Unterschriftsberechtigungen bei Rechnungsanerkennungen, Reisekostenabrechnungen und Genehmigungen von Personalvorgängen (Gehaltserhöhungen, Anträge auf Umzugskostenerstattung...), Und Bewilligung von „Spenden“ an Organisationen, Personen und Parteien – wie wir aus einem anderen uns vorliegenden internen BAYER-Papier gelernt haben... .

Neues Verwaltungsgebäude in Holland

Zum Ende vergangenen Jahres hin weihte die BAYER NEDERLAND BV in Mijdrecht, wo die niederländische Tochter ihren Hauptsitz hat, ein neues Verwaltungsgebäude im Wert von 5,3 Mio. Gulden (ca. 4,8 Mio. DM) ein. Hiermit wurde das Verwaltungsgebäude erweitert. Der bereits vorhandene Komplex wurde modernisiert. Bei den Feierlichkeiten waren neben dem niederländischen Geschäftsführer Gerald Langenberg auch Dr. Dieter Schaub aus der Bundesrepublik und der Bürgermeister von Mijdrecht, Dirk Haitsma, zugegen.

DENKA/USA einverleibt

Der BAYER-Konzern weitet sein Imperium in den USA weiter aus. Ende vergangenen Jahres unterzeichnete die Firmentochter MOBAY CORP./Pittsburgh einen Vertrag mit der DENKA CHEMICAL CORP./Houston (Texas), der eine Übernahme dieses Unternehmens vorsieht.

Die etwa 400 Mitarbeiter von DENKA setzen jährlich rund 100 Mio. US \$ um. Die Gesellschaft, die ursprünglich von einer japanischen Firma gegründet und nach deren Rückzug 1984 durch Management und Belegschaft in eigener Regie weitergeführt worden war, wurde in MOBAY SYNTHETICS CORP. umbenannt. Sobald die amerikanischen Kontrollbehörden zugestimmt haben, ist das Geschäft perfekt. Über die Verkaufssumme wurde bisher keine Mitteilung gemacht.

DENKA produziert vor allem POLYCHLOROPREN-KAUTSCHUK, einen wichtigen Rohstoff für den Einsatz in der gummi-, klebstoff- und latexverarbeitenden Industrie. Mit dem Erwerb von DENKA kann der Konzern seine eigene Produktpalette sinnvoll



BAYER - Leverkusen

Foto: BAYER AG/Pressefoto

ergänzen. Vor allem aber erhält er damit eine lokale Produktionsstätte in dem Land mit dem weltweit größten Kautschuk-Markt.

Ein Zweigbetrieb in Duluth/Minnesota stellt Apfel- und Fumarsäure für die Nahrungsmittel und Getränkeindustrie her.

Zur DENKA-Gruppe gehören noch zwei kleinere Töchter. Die STAFLEX SPECIALITY ESTERS INC. produziert Ester-Weichmacher und die SCIENTIFIC DESIGN CO. INC. stellt Katalysatoren her. △

HAARMANN & REIMER expandiert in Japan

Die Niederlassung der BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER in Japan, HAARMANN & REIMANN JAPAN K.K., will eine neue Anlage zur Herstellung von Duft- und Geschmacksstoffen, Gewürzen und Nahrungsmittelzusätzen erbauen. Der Präsident der japanischen Niederlassung, Reinhard Clausius, sowie der Bürgermeister der japanischen Stadt Shintone-Mura, K. Okano, besiegelten einen Kaufvertrag über ein 5.000 qm großes Grundstück. Die neue Betriebsanlage soll 1989 angefahren werden. Sie wird für HAARMANN & REIMER JAPAN K.K. die zweite Produktionsstätte in Japan sein. △

O-Ton BAYER

Büchel zu Forschung, Patentfrist und Umweltschutz

Das Vorstandsmitglied der BAYER AG, Prof. Dr. Karl-Heinz Büchel, gleichzeitig Leiter des Ausschusses „Forschung und Entwicklung“, sieht die Forschungstätigkeit der Chemischen Industrie nicht bedroht. Allerdings fordert er, ähnlich wie Hermann Josef Strenger und andere Vorstandsmitglieder, längere Patent-Laufzeiten für Arzneimittel und eine internationale Angleichung von Umweltauflagen.

Nachfolgend Karl-Heinz Büchel im Original-Ton: „...Grundsätzlich wird auch in Zukunft noch eine umfassende Forschung und Entwicklung in allen Bereichen der Chemie möglich sein. Die Hochschulen gewährleisten Grundlagenforschung und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. In der Chemischen Industrie verfügen wir über große und moderne

„Die Befugnis des denkenden Menschen hängt an seinem geschürften Bewußtsein für die Krise und Bedrohung, in die das Subjekt der Geschichte jeweils getreten ist. Dieses Subjekt ist balleibe kein Ideal, sondern die sich wehrenden Unterdrückten in ihrer exponiertesten Situation.“

(Walter Benjamin)

DAS GRÖSSTE

MAN LIEST UND SIEHT: seit fast 2 Monaten schießen israelische Soldaten aus nächster Nähe palästinensische Jugendliche nieder, schlagen demonstrierende Schulkinder bis zur Bewußtlosigkeit zusammen, verschleppen im Gaza-Streifen sogar Verletzte aus den Krankenhäusern, sperren Tausende in eilig errichtete Internierungslager, die sie in rechtswürdigen Schnellverfahren vor Militärgerichten verurteilen – und „deportieren“ Palästinenser aus ihrer Heimat.

SO BERICHTEN DIE MEDIEN, WEIL ES TATSACHEN SIND. DOCH DAS BILD DER GEFAHREN EINES GESCHUNDENEN VOLKES, DAS UNS AUFBLITZT, ERSCHEINT NOCH GANZ ANDERS:

FLÜCHTLINGSLAGER

Palästinenser sind Leute mit einer Heimat, auf die ihnen kein Recht zugestanden wird, wohl aber Flüchtlingslager aus denen sie noch als Flüchtlinge doppelt vertrieben werden: in Internierungslager oder Gefängnisse oder in die „Deportation“ der Lager des Libanon, wohin ihnen die israelischen Hubschrauber folgen.

WER STOPPT ISRAEL VOR SOLCHEN TATEN? WER BEEENDET DIE UNERHÖRTE ODYSSEE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES?

Die Palästinenser sind offenbar der Auffassung, daß die Zeit alleine überhaupt nicht arbeitet, und deshalb ist auch ihr Winter heiß. Im Lager Khan Yuni, im Gaza-Streifen, sagt einer: „Sehen Sie sich um – wir haben nichts mehr zu verlieren.“

DER WELT

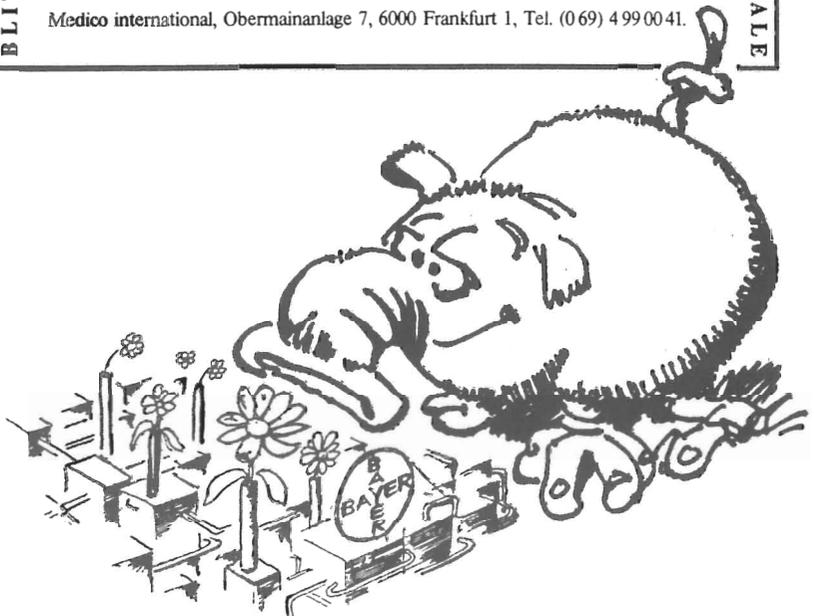
Der Gaza-Streifen ist das größte Flüchtlingslager der Welt: 650 000 Menschen leben zusammengedrängt auf einem Terrain von 42 Kilometer Länge und 5 bis 12 Kilometer Breite.

Medico international will hier in den Lagern die dringend benötigte Notklinik „al Shate“ versorgen & sichern und einen mobilen ärztlichen Notdienst in der Westbank ausrüsten.

WIR BENÖTIGEN DAFÜR UNBEDINGT RASCHE & REICHLICHE SPENDEN.
Stichwort: „Palästina“. Konto: 1800 Stadtparkasse
Frankfurt oder Postgiro 6999-508 Köln.



Medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. (069) 499 00 41.



Forschungseinrichtungen – wie beispielsweise das Pflanzenschutzzentrum in Monheim, das Pharma-Forschungszentrum in Elberfeld oder die moderne Keramik-Forschungsstätte in Rödenthal. Die Forschung in der Chemischen Industrie kann bisher über hohe und ausreichende Budgets verfügen. Das Mißverhältnis zwischen hohen Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Produkte und den abnehmenden Gewinnen bei existierenden Produkten zwingt uns, klare Prioritäten in die Forschung und Entwicklung zu setzen. Für neue Produkte brauchen wir gute Preise und längere Patent-Laufzeiten, so z.B. ganz besonders für Arzneimittel. ...Zur Stärkung der Innovationskraft der deutschen Chemischen Industrie benötigen wir vernünftige, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört z.B. die internationale Harmonisierung der Umweltauflagen, d.h. sie müssen für unsere Wettbewerber in anderen Ländern gleichermaßen gelten.

Dr. Lippert zum Risiko der Chemie

„...Die Risiken chemischer Prozesse, die Folgen eines Irrtums sind wohl am besten den Betreibern von Chemieanlagen bekannt. 'Sanfte Chemie' ist keine Alternative. Die Chemie braucht Stoffe mit hoher selektiver Reaktivität, nicht zuletzt deshalb, um die knappen Ressourcen möglichst schonend einzusetzen. ...Die Schlagzeilen in der Presse über Chemieunfälle haben die Öffentlichkeit zweifeln lassen, daß die Chemische Industrie in der Bundesrepublik alles in ihrer Kraft stehende unternimmt, um die Risiken zu minimieren. Selbst am Beispiel Bhopal ist erklärbar, daß sich ein Unglück ähnlichen Ausmaßes in der Bundesrepublik nicht ereignen kann. Auch bei anderen Anlagen mit vergleichbarem Gefahrenpotential besteht kein vernünftiger Anlaß zu der Annahme, daß dort ein Unglück dieser Größenordnung eintreten kann. Die staatliche Vorsorge in der Bundesrepublik, technische Schutzbestimmungen, behördliche Aufsicht und die von der Industrie selbst gestellten Sicherheitsanforderungen und ihre eigene technische Überwachung gewährleisten die sichere Ausführung und den sicheren Betrieb der Anlagen...“

Dr. Axel Lippert ist Leiter des Zentralbereiches Ingenieurwesen von BAYER. Gleichzeitig ist er Mitglied der Störfall-Kommission beim Bundesumweltminister und des Ausschusses „Wiederaufarbeitung“ der Reaktor-Sicherheits-Kommission

Faschistische Tradition

BAYER hat im September 1987 mit einer groß angelegten Propaganda-Kampagne seine „Umweltperspektiven“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Angeblich will der Konzern in den nächsten Jahren 3 Mrd. DM in den „Umweltschutz“ investieren.

Unter dem Eindruck der Jubelartikel zu dieser BAYER-Meldung schrieb Dirk Lorenzen der „Dithmarscher Landeszeitung“ einen Leserbrief:

„Es ist schon erstaunlich, welche groß angelegte Public-Relation-Kampagne die BAYER AG startet, um darzustellen, daß sie es eigentlich ist, die für den Umweltschutz ist, für ihn kämpft.“

Ein Hohn? Jawohl! Ausgehend von der beabsichtigten Summe (3 Mrd. DM, d.Red.) will BAYER also jährlich 500 Mio. DM ausgeben, um, und jetzt wird es spannend, den Umweltschutz 'gleichrangig zu behandeln wie die Produktqualität'.

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen! Kein Wort fällt darüber, wie hoch die Umweltschädigungen durch die BAYER AG ausfallen, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden ist, so er sich in Geld überhaupt ausrechnen kann, und, das meiner Meinung nach wichtigste Element, wie stark unsere Natur unter der BAYER AG leidet. Insgesamt fehlen da sicherlich noch einige Nullen an der obenerwähnten Zahl.

Die BAYER AG ist der Umweltverschmutzer Nr. 1, allerdings auch das Chemieunternehmen mit der besten Propaganda-Abteilung.“

Die Funktionsfähigkeit seiner Propaganda-Abteilung stellte der Konzern umgehend unter Beweis. Der in Norddeutschland erschienene Artikel lag bereits am Erscheinungstag (oder sogar vorher?) 300 km südlich in Leverkusen auf dem Schreibtisch und wurde von Wolfgang van Loon, BAYER AG, Konzernverwaltung-Öffentlichkeitsarbeit beantwortet.

Hatte der Brief von Dirk Lorenzen immerhin vier Wochen benötigt, um in die Leserbriefspalte der „Dithmarscher Landeszeitung“ zu kommen, so wurde der BAYER-Brief aus Leverkusen bereits zwei Tage später unter der Überschrift „Grüne Agitatoren“ veröffentlicht:

„Dirk Lorenzen glaubt, der BAYER AG unterstellen zu müssen, das Unternehmen mache lediglich PR-„Kampagnen“, ohne sich ausreichend um den Umweltschutz zu bemühen. Er sollte sich lieber fragen, welche Kampagnen z.B. die GRÜNEN in Brunsbüttel betreiben, um sinnvolle und für die Region nützliche Investitionen vor allem auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes

zu verzögern oder gar zu verhindern.

Unbestritten ist, daß die BAYER AG auf dem Gebiet des industriellen Umweltschutzes allgemein anerkannte Erfolge erzielt hat, wie vor allem in Brunsbüttel zu sehen ist. Denn hier wurden Maßstäbe für den Einsatz von Umwelt-Technologie gesetzt.

Es paßt allerdings zur grünen Agitation, wenn Dirk Lorenzen lediglich von einem – vermeintlichen – volkswirtschaftlichen Schaden spricht, ohne den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen des Unternehmens BAYER dabei zu berücksichtigen. Hier stellt sich die Frage, ob die GRÜNEN überhaupt wollen, daß der industrielle Umweltschutz optimiert wird, oder ob es nur darum geht, die Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern.

Es paßt auch zum Verhalten dieser Gruppierung, wenn nachweislich falsche Behauptungen aufgestellt werden, wie z.B. BAYER sei 'Umweltverschmutzer Nr. 1'. Interessant ist auch der Vorwurf der 'Propaganda'. Die Diktion stammt aus dem faschistischen Sprachgebrauch.“

Herr van Loon vergaß zu erwähnen, daß nicht Herr Lorenzen eine faschistische Tradition besitzt, sondern der BAYER-Konzern mit seiner 125-jährigen Geschichte. △

Ökonomie

Investitionen bei der ERDÖLCHEMIE

BAYER hält zusammen mit der BRITISH PETROLEUM (BP) je die Hälfte des 320 Mio. DM umfassenden Stammkapitals der ERDÖLCHEMIE GMBH (EC) in Köln-Dormagen. Die EC beschäftigt ca. 2.850 Mitarbeiter und produziert Vorprodukte für Fasern, Kunststoffe, Kautschuk und Waschmittel.

In den nächsten 5 Jahren will die EC ca. 700 Mio. DM investieren. Unter anderem in eine vierte Anlage zur Herstellung von ACRYLNITRIL, einem Rohstoff für BAYER-DALON. Des weiteren ist eine Anlage zur Herstellung von Zusätzen für Autobenzin im Bau.

BAYER hat vor, sich aus dem ehemals gemeinsamen POLYETHYLEN-Bereich vollständig zurückzuziehen. Vertrieb, Technologie sowie Anwendungs- und Entwicklungstechnik werden dann vollständig auf die DEUTSCHE BP AG/Hamburg übergehen. BAYER begründet diesen Schritt damit, daß POLYETHYLEN nicht länger

ins Firmenkonzept passe. Damit erhalten Gerüchte weitere Nahrung, die davon sprechen, daß BAYER sich Zug um Zug aus der EC herausziehe. BAYER dementiert einen solchen Ausstieg mit Nachdruck. △

Eckdaten 87

Professor Sihler, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), nannte vor Journalisten die wirtschaftlichen Eckdaten des Jahres 1987 für die Chemie-Industrie: ca. 169 Mrd. Dm Umsatz, Exportquote 51 %. Importquote 37 %, Produktionsanstieg ca. 2 %, Preisrückgang 3 % (wegen der Dollarschwäche).

„Positive“ Entwicklung: Kunststoffe, Bauprodukte, konsumnahe Sparten wie Foto, Kosmetika und Klebstoffe. „Negativ“: Düngemittel, Pestizide.

Für Forschung und Entwicklung wurden 1987 ca. 9 Mrd. DM ausgegeben. Die Zahl der Beschäftigten betrug ca. 571.000. △

Rekordgewinne bei AGFA

Wesentlichen Anteil an den Gewinnsteigerungen des Konzerns hat die Tochter AGFA. Bringt sie doch seit drei Jahren ständig steigende Gewinne in die Konzernbilanz. Bei ca. 6,5 Mrd. DM Umsatz im Jahr 1987 wird AGFA rund 660 Mio. Gewinn ausweisen.

Wie bei BAYER insgesamt zeichnete sich die Situation dadurch aus, daß die gestiegenen Gewinne bei gesunkenen Umsätzen erzielt wurden. Auch AGFA war vom Währungsverfall betroffen.

Der Konzern beschäftigt zum Stichtag 30.411 Mitarbeiter. Sie produzieren insbesondere für die Sparte „Fachgeschäft“, die 70 % des Umsatzes ausmacht. Das „Amateurgeschäft“ kommt lediglich auf 30 %. Die „Grafische Kommunikationssysteme“ (Teil des „Fachgeschäftes“) erzielen mittlerweile schon mehr als 40 % des Weltumsatzes. Die Magnetband-Produktion stellt nur noch 6 % des Umsatzes.

20 % des Umsatzes macht AGFA in der Bundesrepublik und in Belgien,

knapp 50 % im übrigen Europa. 20 % des Umsatzes werden in USA erzielt, 10 % verteilen sich auf Fernost und andere Regionen.

Auch bei AGFA sank die Belegschaftszahl bei gestiegener Auslastung der Produktion. △

Bilanz in Spanien

Im Geschäftsjahr 1987 erwirtschafteten zwei Tochter-Unternehmen der BAYER SPANIEN, die BAYER HISPANIA COMERCIAL S.A. und die BAYER HISPANIA INDUSTRIAL S.A., einen Umsatz von 48,4 Mrd. Pesetas (entsprechend etwa 720 Mio. DM). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um etwa 15 %.

Wie bereits im Vorjahr, wurde der Umsatz etwa je zur Hälfte durch Importe und durch in Spanien hergestellte Produkte erzielt.

Der offiziell ausgewiesene Reingewinn nach Steuern beläuft sich für 1987 auf knapp 2,3 Mrd. Pesetas (entsprechend etwa 34 Mio. DM). △

Angewandte Ökologie ist

- wenn der VCD für Tempo 30 in Städten eintritt und konsequente Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs fordert
- wenn der VCD den Güterverkehr auf die umweltfreundliche Bahn verlagern will und scharfe Abgasentgiftung fordert, damit der Wald nicht stirbt
- wenn der VCD wieder Platz schaffen will für Radfahrer, Fußgänger und alle »schwachen« Verkehrsteilnehmer
- wenn SIE Mitglied werden im VCD und damit helfen diese Ziele durchzusetzen.

- bitte schicken Sie mir Informationen
- ich möchte Mitglied werden

Damit die **Anwendung von Ökologie** und der zügige Austritt aus dem Autoclub leichter fällt bietet der VCD-Service:

- Europa-Schutzbrief (Pannenhilfe, Krankenrücktransport, Ersatzteilver sand, etc.) DM 59,00
- Verkehrsrechtsschutz mit unbegrenzter Deckungssumme (DM 80,00)
- Rechtsschutz für Nicht-Motorisierte (DM 19,50)
- Verkehrsberatung (kostenlos)
- Bahnkundenschutz (kostenlos)
- 6 x jährlich die Zeitschrift »fairkehr« (im Beitrag enthalten). Sie berichtet über Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr, aber auch, wie Sie ihr Auto mit geregelterm Katalysator nachrüsten können. Über Flugverkehr und Umwelt oder Fahrrad-Reparatur. Über ...

Es gibt viele gute Gründe für 35 DM Jahresbeitrag Mitglied im VCD zu werden.



Die Gewinne erreichten den dritten Rekord in Folge

Der multinationale BAYER-Konzern hat im Jahr 1987 nach einer ersten veröffentlichten Übersicht den höchsten „Gewinn vor Ertragssteuern“ in seiner 125-jährigen Geschichte erzielt. Er lag mit 3,1 Mrd. DM um 8 % über dem des Vorjahres (2,87 Mrd. DM). Damit erzielte der Konzern nach den Rekordgewinnen 1985 und 1986 das dritte Rekordergebnis in Folge.

Die tatsächlichen Profite des Multis dürften bei ca. 9 bis 10 Mrd. DM liegen.

Wie profitorientiert der Konzern arbeitet, zeigt sich u.a. daran, daß die Gewinnsteigerung bei gesunkenen Umsätzen – ebenso wie im Vorjahr – erzielt wurde: Von 38,4 Mrd. DM sank der Umsatz um 3 % auf 37,1 Mrd. DM. Doch sei die Umsatzverminderung ausschließlich auf Währungsveränderungen zurückzuführen, meldet BAYER. Der Absatz in Stückzahlen sei hingegen um 4 % gestiegen.

Zumal bei den vorgelegten Zahlen zu berücksichtigen ist, daß der Kon-

zern seine Abrechnung auf das neue EG-Bilanzrecht umgestellt hat. Damit werden im Vergleich zum Vorjahr ca. 110 Firmenbeteiligungen nicht mehr mit eingerechnet. Sie machen immerhin rund 2 Mrd. Umsatz und entsprechende Profite aus.

Auf Westeuropa entfallen 21,5 Mrd. DM bzw. 58 % des Konzernumsatzes. Auf die USA entfallen mit 6,1 Mrd. DM 16,4 %. Der Rest von 9,5 Mrd. DM verteilt sich auf Fernost und Lateinamerika.

Die Entwicklung in den USA ist zwar aufgrund der Dollarschwäche mit einem Minus von 11 % negativ, doch ergibt sich für die US-Gesellschaft in Landeswährung ein Zuwachs von 10,8 %. Auch das Geschäft in Fernost, vor allem in Japan, wird als „erfreulich“ bezeichnet.

Bleibt anzumerken, daß BAYER seine Rekordgewinne bei gesteigerter Auslastung und verminderter Beschäftigungszahl erzielte. △

aussetzungen“. Trotz möglicher konjunktureller Abschwächung und weiterer Währungsturbulenzen werden Chancen für neue Ertragssteigerungen gesehen. △

90 Jahre TROPON

Zum Ende des Jahres 1987 feierte die BAYER-Tochter TROPON ihr 90jähriges Firmenjubiläum. Die seit 1969 zum BAYER-Konzern gehörende Firma stellt heute vor allem Psychopharmaka, Säurebinder zum Schutz der Magenschleimhaut, sogenannte Erkältungsmittelchen und Antirheumatika her. Diese Produkte werden in über 50 Ländern der Welt verkauft. Eine Kooperation besteht mit den amerikanischen BAYER-Töchtern CUTTER und MILES. TROPON vertreibt deren Blutplasma-Produkte auf dem deutschen Markt. Bestimmte Präparate der amerikanischen TROPON-Schwester HOLLISTER-STIER werden über die deutsche Muttergesellschaft angeboten.

TROPON hat seinen Sitz in Köln-Mülheim und beschäftigt ca. 850 Mitarbeiter. Diese erwirtschafteten 1987 einen Umsatz von rund 230 Mio. DM. Sprecher der Geschäftsleitung ist Dr. Oskar Rohde. △

Gutes Ergebnis bei EC

Bei der BAYER-Tochter ERDÖL-CHEMIE GMBH (EC) sank im Geschäftsjahr 1986/87 der Umsatz um 38,4 % gegenüber dem Vorjahr. Im Berichtsjahr habe sich bei „anhaltend guter Nachfrage nach Petro-Chemikalien“ der Absatz um 1,1 % auf 2,5 Mio. Tonnen verringert. Wegen der „niedrigen Rohstoffpreise“ hätten die Produktpreise gesenkt werden müssen.

Trotzdem weist der Geschäftsbericht ein „vergleichbar gutes Ergebnis“ aus. An BAYER und BP wurden 173,7 Mio. DM ausgeschüttet. △

Chemieindustrie im Boom

Mit einem Wachstum von 2,5 % im Jahresdurchschnitt 1987 erzielte die Chemische Industrie deutlich bessere Ergebnisse als die bundesdeutsche Gesamtwirtschaft: Die Kennziffer für das Gesamtwachstum, das reale Brutto-sozialprodukt, verzeichnet lediglich ein Plus von 1,7 %

Das positive Ergebnis wäre sicherlich noch positiver ausgefallen, hätte nicht der Dollarverfall die Bilanzen derart beeinträchtigt. Obwohl die Ex-

porte real gerechnet um 4 % gestiegen sind, konnten sie nur mit einer nominalen Steigerung von 0,5 % abgerechnet werden.

Der Gesamtumsatz der Branche lag 1987 bei 168,9 Mrd. DM. BAYER, HOECHST und BASF – die drei Großen der alten IG Farben – machten davon allein ca. 120 Mrd.

Die Gewinne entwickelten sich insgesamt „positiv“. Trotz gleich gebliebener oder teilweise sogar gesunkenen Umsätze sind sie gestiegen. Ermöglicht wurde dies durch eine noch intensivere Ausnutzung der Kapazitäten bei sogar gesunkenen Belegschaftsstärken.

Ca. 8,5 Mrd. DM hat die Chemische Industrie 1987 investiert. Etwa 10 % gingen angeblich in den „Umweltschutz“.

Die Branche kritisierte, daß das Wachstum von 2,5 % im internationalen Vergleich relativ schlecht abschneidet. Die japanische und die britische Chemie seien mit einer Rate von etwa 7 %, die US-Chemie mit einer Rate von etwa 6 % und schließlich die französische Chemie mit einer Rate von gut 3 % gewachsen.

Trotz allem sieht die Chemische Industrie für das Jahr 1988 „gute Vor-

Propaganda

Integrierter Pflanzenbau

Zu einer „Fördergemeinschaft integrierter Pflanzenbau“ haben sich diverse, für den landwirtschaftlichen Sektor produzierende Unternehmen, darunter auch der BAYER-Konzern, zusammengeschlossen.

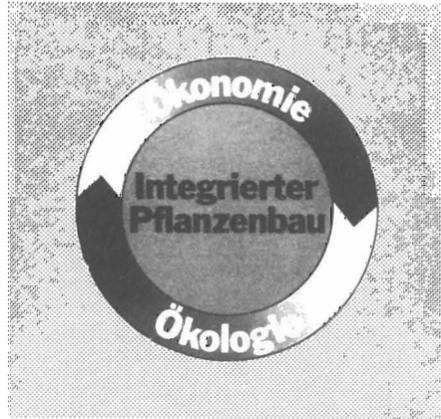
Das in einem Kreis gedruckte Emblem suggeriert, daß „integrierter Pflanzenbau“ sich aus der Synthese aus „Ökonomie“ und „Ökologie“ ergäbe. Dabei dürfte es hauptsächlich darum gehen, den Absatz von problematischen Stoffen, wie z.B. Pestiziden, dadurch zu steigern, daß ein Umweltschutz-Gewissen ausgehängt wird.

Medium dieser so wohlgeimten anmutenden Gesinnung ist ein „Themen“ genanntes Heft, das wunderschöne Stimmungsbilder aus dem Bereich der Landwirtschaft auf Hochglanzpapier glänzen läßt. Die behandelten Themen sind geschickt ausgewählt. Sie tragen ein Problembewußtsein zur Schau, das dem veränderten – kritischen – öffentlichen Bewußtsein

Rechnung tragen soll. Das „Themen“-Blatt will, wie es scheint, sich einschmeicheln und Meinungen verändern. Es richtet sich daher naturgemäß nicht nur an Landwirte, sondern vor allem an die „Allgemeinheit“, deren „Verständnis ...für landwirtschaftliche Produktionsmethoden“ gefördert werden soll.

„Mit ihrer Arbeit richtet sich die Fördergemeinschaft an die Landwirtschaft, an Wissenschaft und Beratung, an Lehrkräfte und an die nicht-landwirtschaftliche Öffentlichkeit.“ Gerade der Letzteren mögen Formulierungen wie „Umdenken“, „die richtige Kombination“, „Bodenzuträglichkeit“, „Sorgfalt und Sachverstand“, „Vielfalt statt Monotonie“, ...usw. imponieren.

Ein Preisausschreiben, das nur lösen kann, wer die Propaganda-„Themen“ sorgfältig gelesen hat, winkt mit einer Woche Ferien auf dem Bauernhof für zwei Personen. △



Werbepot-Wettbewerb

H.C. Sieh, Leiter der Zentralen Werbeabteilung bei BAYER, vergab in diesem Jahr zum ersten Mal einen Preis an die Werbeabteilung der französischen Tochter-Gesellschaft. Damit wurde eine Institution neu geschaffen, die „weltweit zur Qualitätsverbesserung der Werbung beitragen und zur Zusammenarbeit mit der Zentrale ermuntern“ soll, wie Herr Sieh erklärt. An dem konzerninternen Wettbewerb beteiligten sich Werbeabteilungen aus BAYER-Werken in über 30 Ländern.

Ob als Kriterium für die Werbepot-Auszeichnung auch die Redlichkeit in der Information über Nutzen und vor allem Risiko des angepriesenen Produktes beurteilt wurde, ist nicht zu vermuten. Der ausgezeichnete Video-Clip pries das Insekten und Ungeziefer vernichtende Haushaltsmittel „BAYGON“ an. △

Politik

Zweifelhafte Aktivität ehemaliger BAYER-Betriebsräte in Südafrika

Waldemar Loch und Edgar Ballarin haben sich vor ihrer Pension als Betriebsräte stets für die Interessen der Konzernleitung stark gemacht. Der eine, W. Loch, als Betriebsratsvorsitzender bei BAYER/Leverkusen, der andere, E. Ballarin, zuletzt als BAYER-Konzern- und Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender.

Wenn diese beiden IG Chemie-Mitglieder nach Südafrika reisen, kommt Mißtrauen auf. Insbesondere, wenn auch ein „Industrievertreter im Ruhestand“, Ernst Taeuber, mit von der Partie ist.

Die Mission dieses Trios wurde als „Aufbau effektiver Gewerkschaften und Betriebsratsvertretungen“ beschrieben. Von einer „Schwarzen Gewerkschaft“, die sie eingeladen habe, war die Rede. Ausdrücklich ging es darum, „nicht eine Ersatzpartei oder einen stark politisch und ideologisch gefärbten Arbeiterbund aus der Gewerkschaft (in Südafrika, d. Red.) zu formieren“.

Beratung im besten BAYER-Gewerkschaftsstil in Südafrika als Konfliktbegrenzungs-Strategie in einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht. Vermittlung von sozialpartnerschaftlichen Illusionen als Rezept gegen Apartheid.

Der Kontakt zwischen den BAYER-Gewerkschaftern und der ominösen „Schwarzen Gewerkschaft“ besteht bereits seit 1986. Auf einem in Durban stattgefundenen Kongreß nahmen Leverkusener Betriebsräte als offizielle Gäste teil. △

Zusammentreffen mit amerikanischem Botschafter

Günther van Well, Botschafter der Bundesrepublik in den USA, besuchte den Bürgermeister von Pittsburgh, Richard Caliguiri. Mit von der Partie war Dr. Konrad Weis, der Präsident von BAYER USA Inc..

In Pittsburgh ist die bedeutende BAYER-Tochter MILES angesiedelt.

Inhalte der bei dem Treffen stattgefundenen Unterredungen wurden nicht bekannt. Die Bedeutung derartiger Treffen wird jedoch durch eine BAYER Beurteilung deutlich: „Die USA sind die wichtigste Auslandsregion für das weltweite BAYER-Geschäft.“ △

VCI gegen neue Störfall-Verordnung

Die ohnehin nur halbherzige Novellierung der Störfall-Verordnung nach den Katastrophen bei SANDOZ und anderswo am Rhein, u.a. auch bei BAYER, stößt auf massive Kritik des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI). Deren Präsident, Professor Sihler, beklagte gegenüber Journalisten, daß ca. 5.000 Anlagen, statt bisher 500, unter die Verordnung fallen würden. △

CDU in Uerdingen

BAYER verfügt über die meiste Erfahrung im Bereich der Abfallverbrennung in der Bundesrepublik. Die Stadt Krefeld möchte in Uerdingen eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage errichten. Aus diesem Grunde besuchte eine Delegation des Stadtbezirksverbandes Krefeld-Uerdingen der CDU die Müllverbrennungsanlage sowie die Deponie des Uerdinger BAYER-Werkes, Dr. Michael Fjischler, Betriebsleiter der Abfallbeseitigung, führte durch das Programm. △

Köln will auf BAYER-Forderungen eingehen

Nachdem in Leverkusen bekannt wurde, daß BAYER vorhat, Produktion aus Leverkusen auf angrenzendes Gelände in Köln-Flittard zu verlegen, kam Nervosität im Stadtrat auf. Werden doch durch solch einen Schritt empfindliche Verluste bei der Gewerbesteuer für die Stadt Leverkusen befürchtet. Dementsprechend versucht der Konzern in Leverkusen, die Politiker zu beschwichtigen: Die entsprechenden Äußerungen seien „mißverstanden“ worden.

Zugleich jedoch meldete BAYER in Köln bereits seine Forderungen an. Und der Kölner CDU-Bürgermeister, Dr. Rolf Bietmann, war auch bereits bei BAYER vorstellig geworden und hat seine Angebote unterbreitet.

Konkret geht es darum, daß BAYER die verkehrstechnische Anbindung der geplanten neuen Kölner Produktionsanlagen fordert. 5,7 Mio. DM kostet der Spaß. Zahlen sollen die Stadt Köln, das Land und der Bund.

Bürgermeister Rolf Bietmann zeigte sich willig. BAYER sei aufgrund seiner Produktionen und Tochterfirmen bisher bereits der größte Steuerzahler der Stadt Köln. Deshalb trete er dafür ein, BAYER „Argumente“ zu liefern, weitere Investitionen nach Köln zu verlagern. △



ENTSCULDIGEN
SIE BITTE, WIR KONNTEN
NICHT MEHR AUS-
WEICHEN !

WIR MÜSSEN
ENDLICH AUS DIESEM
TIEFFLUGGEBIET FORT-
ZIEHEN, SCHON DER
KINDER WEGEN!

BERUHIGE
DICH LIEBLING, DIE
MAIKÄFERSAISON IST
DOCH BALD VORBEI!

BRUMM!

MARUNDE

Marunde

Einsatz für BAYER-Gentechnik

Nachdem im Rahmen verschiedener Diskussionen und Anhörungen die Chemische Industrie und insbesondere auch BAYER das Interesse an der Entwicklung der Gentechnik ohne Wenn und Aber deutlich gemacht hat, werden jetzt die Weichen im Interesse der Industrie gestellt. Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth hat dem Kabinett Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Gentechnik unterbreitet.

Eine Eingliederung in das Seuchengesetz, wie es die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages vor ca. einem Jahr empfohlen hatte, wird abgelehnt. Und auch die öffentliche Kontrolle soll bei den gesetzlichen Regelungen der Gentechnik kaum eine Rolle spielen. Es könne nicht zugelassen werden, daß die Sicherheitskontrolle der gentechnischen Forschung und Produktion den Bundesländern überlassen wird: „Wissenschaft und Industrie wünschen den zentralen Vollzug durch den Bund.“

Ökologische Bedenken werden in dem Süßmuth-Vorschlag kaum berücksichtigt. Auch reicht es der Bundesgesundheitsministerin aus, daß in der nach ihrem Vorschlag für Genehmigungen zuständigen „Zentralen

Kommission für Biologische Sicherheit“ (ZKBS) kein Ökologe Sitz und Stimme hat.

Hinsichtlich der Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen solle künftig die EG-Kommission entscheiden, die sich zuvor über Zweck, Bestimmung, Dauer, Risiken und Alarmpläne (!) der Freisetzung informiert habe. Diese Kommission soll, wie aus den bisher bekannt gewordenen Planungen hervorgeht, auch gegenüber den nationalen Zulassungsbehörden Weisungsrecht haben.

Ein 5-jähriges Moratorium für Freisetzungen, wie es die Enquête-Kommission vorgeschlagen hat, wird abgelehnt. Vielmehr wird die Bundesregierung darauf dringen, gemäßigte EG-Regelungen noch im Rahmen ihrer Präsidentenschaft bis Mitte des Jahres verabschiedet zu lassen.

„Überzogene Sicherheitsanforderungen zur Gentechnik im EG-Bereich würden die deutsche und darüber hinaus die europäische Forschung und Industrie, insbesondere gegenüber Konkurrenten in den USA und Japan, benachteiligen.“ — Originalton des Bundesgesundheitsministeriums. △

Jochimsen in Monheim

Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, lud Prof. Dr. Reinut Jochimsen, Minister für Mittelstand, Technologie und Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalens, ins Pestizid-Zentrum nach Monheim ein.

Hier besichtigte der Minister den neu erstellten Labortrakt sowie einige Gewächshäuser.

Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt. △

Bundesgesundheitsamt im Interesse der Pharma-Konzerne

Bekanntlich verkaufen BAYER und andere Pharma-Konzerne ihre Medikamente in anderen Ländern bedeutend billiger als hierzulande. Da in vielen Staaten die Pharma-Preise von der Regierung diktiert werden, ist beispielsweise ein Markenpräparat, das hierzulande 10,— DM kostet, in Spanien schon für 3,80 DM zu haben, in

Italien für 4,80 DM.

Der Re-Import solcher Original-Arzneimittel in die Bundesrepublik muß vom Bundesgesundheitsamt mit einem vereinfachten Genehmigungsverfahren zugelassen werden. Doch damit gibt es Schwierigkeiten. Die Importeure fühlen sich in ihrem Wettbewerb mit den Pharma-Konzernen behindert. Statt Zulassungen spätestens nach vier Monaten zu erteilen, wie es die Vorschriften vorsehen, läßt das Berliner Amt sich mit seinen Entscheidungen bis zu zwei Jahren Zeit.

Die Importeure sind überzeugt, daß das Bundesgesundheitsamt mit dieser Handlungsweise gegen Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft verstößt. Deshalb wurden einige Firmen am 5. November vergangenen Jahres bei der EG-Kommission vorstellig und fanden dort offene Ohren.

Die Wettbewerbshüter der EG betrachteten die Praktiken des Berliner Amtes gegenüber preiswerten Arzneimitteln schon lange mit Argwohn. Sie wandten sich auch bereits an die Bundesregierung mit der Bitte, hier einzu-

greifen. Im Mai 1987 erhielten sie die beschwichtigende Antwort, daß „die Bearbeitung aller Anträge parallel importierter Arzneimittel vorgezogen wird, damit alsbald wieder eine fristgerechte Bearbeitung dieser Anträge möglich“ werde.

Doch geändert hat sich bisher nichts. Deshalb gaben die Brüsseler Beamten der Bundesbehörde noch zwei Monate Zeit und drohten eine Klage wegen Verletzung der EG-Verträge an.

Eine solche Klage allerdings hilft den Importeuren nicht. Sie kann sich bis zu drei Jahren hinziehen und überschreitet auf jeden Fall die Frist, um die preiswerten Re-Importe im deutschen Markt zu etablieren. Diese läuft nämlich Ende 1989 ab. Ab 1990 gelten neue Zulassungsbestimmungen nach dem neuen Arzneimittelgesetz, die die Wiedereinfuhr von Medikamenten erheblich verteuern.

Das Handeln des Bundesgesundheitsamtes liegt also voll auf der Linie der Pharma-Konzerne: Verhinderung von Billig-Medikamenten. Obendrein keine Nachahmer-Präparate, sondern re-importierte Original-Marken-Präparate. △

Besuch aus Griechenland

Hoher griechischer Besuch bei BAYER in Leverkusen:

Dimitreos Diamantopoulos, Staatssekretär des Innenministeriums und Theodoros Karantzas, Vizewirtschaftsminister, mit einer Delegation.

Das Vorstandsmitglied Dr. Manfred Schneider empfing die griechischen Gäste, denen einzelne Teile des Leverkusener Werkes sowie „Entsorgungsanlagen“ in Bürrig gezeigt wurden. △

Beste Verbindungen in Guatemala

Über beste Verbindungen zur Regierung in Guatemala verfügt der BAYER-Konzern: Die Botschafterin dieser lateinamerikanischen Republik in Bonn, Ana Lucrecia Rivera Schwarz, war ehemals in der Public-Relation-Abteilung von BAYER DE GUATEMALA tätig.

Ende des vergangenen Jahres besuchte Frau Schwarz die Konzernzentrale in Leverkusen. Empfangen wurde sie von Hans-Dieter Janssen, Präsident der BAYER DE GUATEMALA S. A., sowie von Dieter Rappsilber, Vertriebsleiter des Geschäftsbereiches Pflanzenschutz. Der Absatz von Pestiziden und anderen Agrochemikalien

ist ein Hauptinteresse des Konzerns in Ländern der sogenannten Dritten Welt. Was Wunder also, daß auch eine Unterredung mit Dr. Hans Krätzer, Leiter des BAYER-Sektors Landwirtschaft, stattfand.

Der Besuch wurde „abgerundet“ mit Besichtigungen im Monheimer BAYER-Pestizidzentrum, im Leverkusener Hauptwerk, sowie mit einem „Zusammentreffen“ mit ehemaligen Kollegen in Guatemala. △

Rau bei BAYER/INDIA

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, stattete Indien im Dezember 1987 einen offiziellen Besuch ab. Es begleitete ihn eine ca. 60-köpfige Delegation aus Regierungs- und Wirtschaftsvertretern.

Auf dem Reiseprogramm stand auch eine Besichtigung des Werkes der BAYER/INDIA in Thane. Werksleiter Dr. Wilfried Keller sowie Geschäftsführer Werner Bahl zeigten den deutschen Gästen die Produktionsanlagen für Pharmazeutika, Pestizide und Kautschuk-Erzeugnisse. Weitere Bestandteile des Besichtigungsprogramms: Die neulich angefahrne Verbrennungsanlage (wir berichteten) und die Kläranlage.

BAYER wollte die deutschen Gäste davon überzeugen, daß der Sicherheitsstandard in Indien mit dem in der Bundesrepublik vergleichbar sei. △

Bundesumweltminister bei BAYER

Der neue Bundesumweltminister vermag bedeutend geschickter als sein Vorgänger das öffentliche Interesse weg von den Verursachern der Umweltkatastrophen in der Großindustrie hin zu den ökologischen Nebensächlichkeiten zu lenken. Dies war das eigentliche Anliegen bei den Besuchen an den BAYER-Standorten Brunsbüttel und Leverkusen.

Sowohl in Brunsbüttel als auch in Leverkusen spart der Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer nicht mit Lob. „Der Standard in Bezug auf Umweltschutz und Sicherheit“ sei bei BAYER „beispielhaft entwickelt“. Er hätte sich „von der sicheren Lagerhaltung von Chemikalien“ überzeugen können.

Selbstverständlich wurde Töpfer von Vorstandschef Strenger persönlich durch das Leverkusener Werk geführt.

Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt. △

Bundeslandwirtschaftsminister in Monheim

Hoher Besuch im BAYER-Pestizid-Zentrum/Monheim: Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle wurde dort Ende des vergangenen Jahres vom Leiter des Sektors Landwirtschaft, Dr. Hans Krätzer, und dem Leverkusener Werksleiter, Dr. Dietrich Rosahl, empfangen. Dr. Krätzer war bemüht, häufig öffentlich geäußerte Kritik abzuweigen. Eine zunehmende Chemisierung der Landwirtschaft fände nicht statt. Andererseits sei „Landwirtschaft ohne Pflanzenschutz ...unmöglich, Pflanzenschutz ist angewendete Biologie und Chemie“.

Der Minister interessierte sich vor allem für den Schutz des Trinkwassers. Entstehen doch durch Rückstände von BAYER-Pestiziden und -Düngemitteln mannigfache Probleme. Vorstandsmitglied, Dr. Hermann Wunderlich, stellte das ganz anders dar: BAYER sei, was Trinkwasser und Bodenschutz anbelangt, auf dem richtigen Weg. △

SPD-Landesparlamentarier aus SH bei BAYER/Brunsbüttel

Anfang Februar 1988 besichtigte der Arbeitskreis „Innen- und Recht“ der Schleswig-Holsteinischen SPD-Landtagsfraktion das BAYER-Werk in Brunsbüttel. Empfangen vom Leiter des BAYER-Werkes, Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede, weitergereicht an den Betriebsrat, wurden die Parlamentarier durchs Werk gelotst.

Die Gäste aus Kiel unter Führung von Landtagsvizepräsident und Vorsitzendem des genannten Arbeitskreises, Uwe Jensen, zeigten sich erwartungsgemäß beeindruckt von Computer-Systemen und Werksfeuerwehr. △

Schützenhilfe bei Steuerreform

Die Geschichte von dem Dieb, der unentdeckt bleibt, weil er am lautesten „haltet den Dieb!“ ruft, findet immer wieder Nachahmer. Jüngstes Beispiel ist der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns, H.J. Strenger, im Zusammenhang mit der angekündigten CDU-Steuerreform.

Während Gewerkschafter, Rentner, Arbeitslose, Wohlfahrtsverbände, diverse Parteienvertreter, kirchliche Sprecher und viele andere Betroffene im Zusammenhang mit der Steuerreform von Bundesfinanzminister Stoltenberg zu Recht von einer massiven

Umverteilung von unten nach oben und einer Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen sprechen, hat Strenger mit der ganzen Power seiner Propaganda-Stäbe die Behauptung in die Welt gesetzt, die Steuerreform würde vor allem BAYER wie der gesamten Industrie schaden. Man habe in Leverkusen errechnet, daß „Stoltenbergs Wohltätigkeit“ den Konzern pro Jahr 100 Mio. DM zusätzlich kosten würde.

Erübrigt sich, mitzuteilen, daß mittlerweile nahezu alle Konzern-Bosse unseres Landes in das BAYER-Horn stoßen. Doch sicherlich nicht, um die Steuerreform abzuwenden, sondern um Stoltenberg aus der Schußlinie der eingangs genannten Kritik zu bekommen und die von der Regierung geplante Umverteilung zu Gunsten der Konzerne zu sichern oder gar zu „optimieren“ – sprich: sich ein noch größeres Stück von dem Kuchen zu sichern. ○

NRW-Umweltminister bei BAYER

Nach der SANDOZ-Katastrophe und den darauf folgenden Störfällen bei BAYER im Herbst 1986 klangen barsche Töne aus dem nordrhein-westfälischen Umweltministerium in Düsseldorf: Minister Matthiesen sorgte höchstpersönlich dafür, daß die Staatsanwaltschaft Krefeld ein Strafverfahren gegen BAYER einleitete und nach dem zweiten Störfall innerhalb weniger Tage zeigte er kein Verständnis mehr dafür, „daß Vorstandsmitglieder von Chemieunternehmen stolz ihre Bilanzen präsentieren, sich aber nicht deutlich genug um die Sicherheit kümmern.“ Er forderte die Bestrafung von BAYER nach § 324 des Strafgesetzbuches, der für gemeingefährliche Wasservergiftungen Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren vorsieht.

Mittlerweile ist „viel Wasser den Rhein runtergeflossen“. Das Klima zwischen Düsseldorf und Leverkusen hat sich deutlich gewandelt. Umweltminister Matthiesen möchte mit Hilfe von BAYER Nordrhein-Westfalen „zu einem weltweiten Musterland für Umweltschutz“ machen.

Vor diesem Hintergrund ist wohl auch der Besuch des Ministers bei BAYER Anfang Februar 1988 zu sehen. Matthiesen ging seinen Gang nach Kanossa und leistete öffentlich Abbitte: Er wandte sich „gegen eine Verteufelung der Chemischen Industrie als hemmungslosen Umweltverschmutzer“. Er sehe vielmehr in der Chemischen Industrie eine große Chance für den Umweltschutz. △

Spanischer Besuch

Die Olympischen Sommerspiele finden 1992 in Barcelona (Spanien) statt. Im Großraum dieser Stadt unterhält der den Sport zu Werbezwecken mißbrauchende BAYER-Konzern mehrere Werke.

Ende Januar besuchte der Oberbürgermeister von Barcelona, Pascual Maragall, die Leverkusener Zentrale, wo er vom Vorstandsmitglied Dr.

Schneider, der Sprecher für die Region Westeuropa ist und Heinz Ludwig Litz, dem Leiter der Region Westeuropa in der Konzernverwaltung, empfangen wurde. Offizieller Gesprächsgegenstand waren der „kulturelle Austausch und die Förderung“ anlässlich der Olympiade. Ob auch Vertreter der Public-Relation-Abteilung zugegen waren, wurde nicht bekannt. Δ

Befragung zum Freizeitverhalten

Mit Speck fängt man Mäuse. Diese alte Weisheit, so scheint es, ist nicht selten der Motor für das kulturelle Angebot von BAYER. So wurde in der Vergangenheit immer wieder Kultur zu Propaganda-Zwecken mißbraucht. Einerseits.

Andererseits möchte der Konzern seine Mitarbeiter durch geeignete Freizeit-Gestaltungsmöglichkeiten an sich binden, ihm quasi eine Art Zuhause-Gefühl vermitteln.

Nun hat sich das Freizeitverhalten der BAYER-KollegInnen im Laufe der Zeit gewandelt. Insbesondere das Freizeitverhalten junger Mitarbeiter macht BAYER Kopfzerbrechen. Die Kulturabteilung des Konzerns startete deshalb eine Umfrage mit der Hauptfrage „Was machen Sie in Ihrer Freizeit?“

7.000 Kollegen im Alter bis zu 24 Jahren, Durchschnittsalter: 21 Jahre, standen Rede und Antwort. Am liebsten hören sie Musik, gefolgt von sportlichen Aktivitäten an zweiter Stelle und drittens dem Treffen von Freund bzw. Freundin. Die Ergebnisse der Umfrage werden zur Planung des „Freizeit- und Kulturangebotes des Unternehmens für die 90er Jahre“ verwendet.

Gesellschaft

Verflechtungen

In Brunsbüttel wurden im Januar 21 frischgebackene Industriemeister der Fachrichtung „Chemie“ gefeiert. Die hierfür entsprechende Ausbildung bot die Volkshochschule (VHS) an. Die Meisterbriefe überreichte der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer (IHK)/Flensburg, Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede. Bekanntlich ist Kleine-Weischede zugleich Leiter des

BAYER-Werkes in Brunsbüttel. Die Feierstunde wurde so denn auch im firmeneigenen Gäste-Restaurant abgehalten.

Prof. Kleine-Weischede wies darauf hin, wie notwendig Industriemeister für einen gewerblich-technischen Industriebetrieb sind. Der örtliche Betriebsratsvorsitzende, Hans-Joachim Möller, stellte die Bedeutung der berufsbegleitenden Weiterbildung als wesentliches Element der Sicherung der Arbeitsplätze heraus.

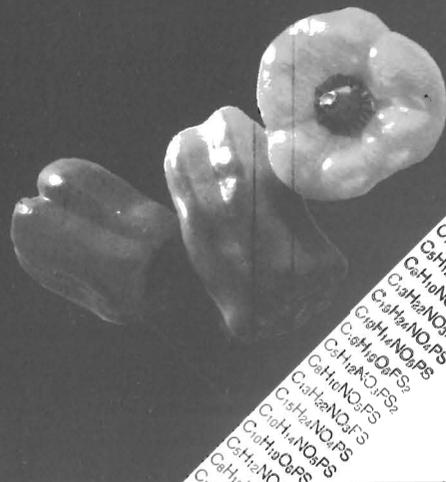
Ein Meisterkurs bei der Volkshochschule als für BAYER notwendige berufsbegleitende Weiterbildung! Die Seminarkosten in Höhe von 4.500.-- DM erstattet das Arbeitsamt auf Antrag zu 75 %.

Eines der Grundübel unserer Zeit – Gift in der Nahrungskette.

Gudrun Greunke
Jörg Heimbrecht

DER TOD, DER VON DEN FELDERN KAM

Die spanische Giftkatastrophe



PAHL-RUGENSTEIN

176

Ganz gezielt zur spanischen Giftkatastrophe – aber auch im größeren Zusammenhang von Bedeutung:

Gudrun Greunke/Jörg Heimbrecht

DER TOD, DER VON DEN FELDERN KAM

Die spanische Giftkatastrophe
KB 498, 170 Seiten, DM 12,80

Gudrun Greunke und Jörg Heimbrecht zeigen, daß die geheimnisvolle „spanische Krankheit“ uns alle bedroht. Und sie belegen überzeugend, daß nicht Speiseöl, sondern Pflanzenschutzmittel die Giftkatastrophe in Spanien verursacht haben.

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Die zweite Hauptintention der Umfrage gibt Aufschluß darüber, wieviel kritisches Bewußtsein sich unter den jungen Mitarbeitern regt. BAYER formuliert eher vorsichtig: „Bei der Mehrzahl scheint aber wenig politisches, soziales und kulturelles Engagement vorhanden zu sein – vor allem dann, wenn es gilt, selbst aktiv zu werden.“

Die Umfrage ist Bestandteil von „Kultur 90“, eines Projektes des „Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen“. Daran beteiligt sich neben dem BAYER-Werk auch die Stadt Leverkusen. Verquickung von Konzern-Interessen und staatlichem Kultur-Auftrag. △

IHK Vize-Präsident

Der Leiter des BAYER-Werkes Brunsbüttel, Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede, wurde Vize-Präsident der Industrie- und Handelskammer in Flensburg. △

BAYER-Management im Sport

Während andere Sportvereine von der Pleite bedroht sind, ist für die Vereine des BAYER-Konzerns das Teuerste gerade gut genug. Und dies gilt insbesondere für den Leverkusener Fußballclub „BAYER 04“. Immerhin soll „das BAYER-Kreuz mit Spitzenfußball durch die Welt“ getragen werden, wie es der ehemalige Trainer Dettmar Cramer einmal versprach.

In den letzten vier Jahren wurden 15 Mio. DM in die Spieler des Clubs investiert. 16 Jahre alte Talente wurden mit Lehrstellen ins Werk gelockt und mit 6.000,-- DM Monatsgage entlohnt – Gehälter, wie sie Abteilungsleiter bei BAYER bekommen.

Für den Fußball baute BAYER eine eigene Werbeabteilung auf und ermunterte einen ganzen Direktorenstab zur Mitarbeit im Club. Vertreter der ortsansässigen Presse wurden wöchentlich zum Essen geladen, durften einmal im Jahr mit ins Trainingslager auf eine Sonneninsel – kostenlos, versteht sich.

Nach den bekannten Trainern Cramer und Ribbeck ist jetzt mit Johan Cruyff aus Holland ein neuer Trainer der (finanziellen) Spitzenklasse im Gespräch.

Insgesamt gibt BAYER nach eigenen Angaben in der AG (die fünf BRD-Werke plus das Werk Antwerpen) ca. 35 Mio. DM für „Sport und Kultur“ aus. △

Sport als Werbeträger

Im vergangenen Jahr errangen die Sportlerinnen und Sportler aus BAYER-Vereinen 22 Einzel- und 24 Mannschaftstitel bei deutschen Meisterschaften, 3 Europameistertitel im Rollstuhl-Fechten und 2 Vizemeistertitel bei Europameisterschaften für Senioren ab 45 Jahren. Die BAYER-Handballer stiegen in die Erste Bundesliga auf.

Anläßlich einer Feierstunde zur Ehrung der Erfolgreichen verdeutlichte der Dormagener Werkschef, Dr. Bertram Anders, die Intention der Sportförderung: „Durch Ihre Leistungen haben Sie mit dazu beigetragen, das positive Image des Namens BAYER in der ganzen Welt zu festigen.“ Und weiter: „Bemühen Sie sich bitte auch in Zukunft darum, ...Erste zu werden.“ △



Hallenfußball in Moçambique

BAYER hat als einzige bundesdeutsche Firma eine Niederlassung im sozialistischen Moçambique. Hier wie dort dient der Sport als Werbe- und Sympathieträger. Die BAYER-Mannschaft hat in dem afrikanischen Staat bereits dreimal die nationale Vizemeisterschaft im Hallenfußball errungen. △

„Projektwoche“ in Brunsbüttel

Der Konzern investiert in die Zukunft. Er möchte sich langfristig qualifizierten Nachwuchs sichern und aus den Bewerbern die Besten auswählen. Um dies zu erreichen, werden keine Kosten und Mühen gescheut.

In Brunsbüttel z.B. veranstaltete BAYER eine „Projektwoche“. Im November 1987 hatte der Konzern die Abschlußklassen von fünf Schulen umliegender Ortschaften sowie Lehrer, Leiter von Grund-, Haupt- und Realschulen aus der Umgebung eingeladen, sich ein – positives, versteht sich

– Bild der Ausbildungssituation bei BAYER zu machen. Mit vielen Zahlen versuchte Wolfgang Böckly, Leiter der Personalabteilung bei BAYER/Brunsbüttel, den Schülern und Pädagogen die kritische Distanz zum Werk zu nehmen. Auch geladene Gäste durften zur Beweihräucherung von BAYER beitragen: Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Arbeitsamtes und des Unternehmerverbandes. △

Wissenschaft / Forschung

Professur für Dr. Thein

Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst ernannte den Privat-Dozenten, Dr. Dr. habil. Peter Thein, zum außerplanmäßigen Professor. Dr. Thein ist Leiter des Institutes für Biologie im Geschäftsbereich Veterinär in Wuppertal-Elberfeld. Er leitet ebenfalls weltweit die biologische Forschung und Entwicklung für BAYER. △

Meyer Honorar-Professor in Münster

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Anke Brunn, hat den Vize-Präsidenten der Forschungs- und Entwicklungs-Abteilung der amerikanischen BAYER-Tochter MILES, Dr. Horst Meyer, zum Honorar-Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität/Münster ernannt. △

Sportlich-akademische Beziehungen

Dem SV BAYER WUPPERTAL gehört eine „Akademische Interessengemeinschaft für Leibesübungen (AIGL)“ an. Die AIGL hält den „sportlichen und wissenschaftlichen Kontakt mit Universitäten und BAYER-Tochtergesellschaften im In- und Ausland“.

Für BAYER ein weiteres Standbein bei den vielfältigen Beziehungen zu Wissenschaft und Forschung! △

Honorarprofessur für Dr. Dieterich

Der BAYER-Forscher Dr. Dieter Dieterich wurde durch den nordrhein-westfälischen Minister für Wissenschaft und Forschung zum Honorarprofessor an der Fachhochschule Aachen ernannt. △

**Getreue Wissenschaftler von
BAYER ringen für das Wohl der Menschheit**



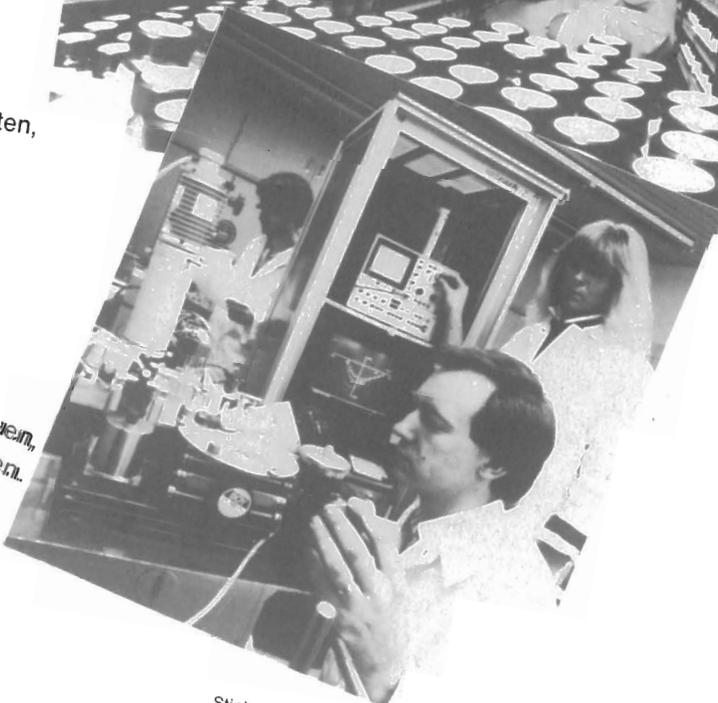
Nur ihrer Arbeit verpflichtet,



prüfen und beobachten sie,



kennen sie **keine festen** Arbeitszeiten,



stets an ihrer Seite, Frauen,
die beflissentlich kleinere Aufgaben verrichten.

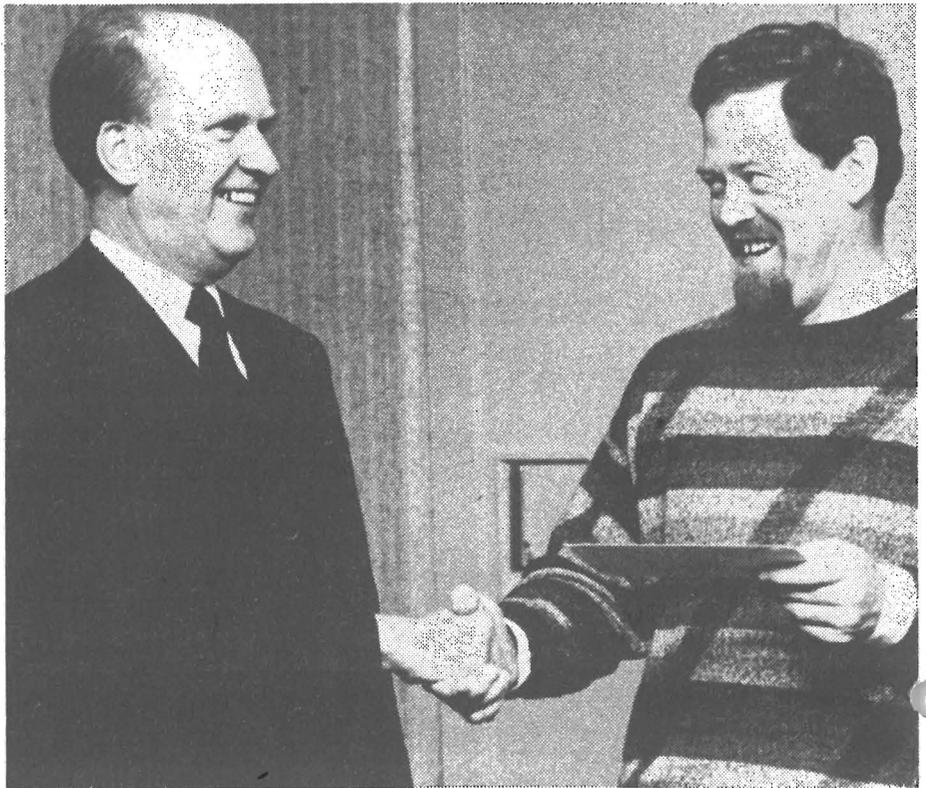
Fotos.: BAYER AG Pressefoto.

Kirche

Geldspende für Diakonie

Der Brunsbütteler Werksleiter, Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede, überreichte im Januar ds.Js. an den Leiter der Dithmarscher Suchtkrankenhilfe, Peter Behrens, eine Geldspende. Hiermit, so heißt es, sichere er dem Diakonischen Amt des Kirchenkreises Süderdithmarschen seine Hilfe für suchtkranke Bürger zu.

Dies nicht, ohne die ach so großherzige Tat durch die lokale Presse bejubeln zu lassen. Siehe Foto. △



Buchbesprechungen

Weniger Medikamente – bessere Therapie

Arzneimittel können besser und risikoärmer eingesetzt werden, wenn eine positive Auswahl aus der Medikamentenflut getroffen würde. Ein hohes Maß an Übereinstimmung über die Notwendigkeit und Realisierbarkeit einer begrenzten Medikamentenliste wurde auf einem Kongreß der „BUKO-Pharma-Kampagne“ im Oktober 1987 in Bielefeld erzielt. Experten und Teilnehmer aus 20 Ländern diskutierten dort über den rationalen Gebrauch von Medikamenten.

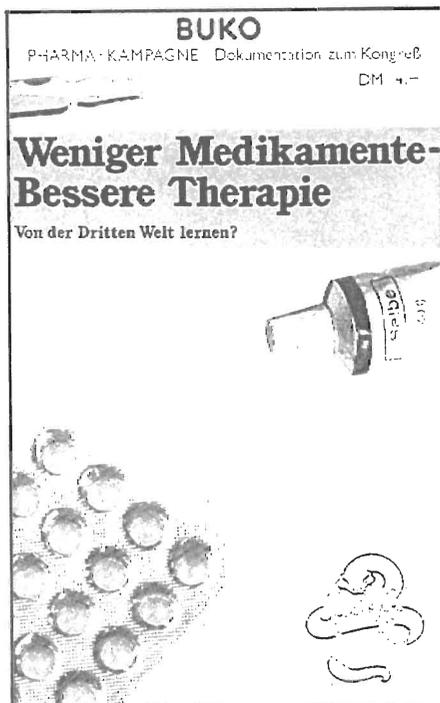
Die Ergebnisse des Kongresses „Weniger Medikamente – bessere Therapie“ liegen jetzt vor. Auf 81 Seiten finden sich 19 Redebeiträge, verschiedene Zusammenfassungen und ein Presse-Echo. Während bei uns in der Bundesrepublik die Medikamentenfrage immer mehr auf den „Kostendämpfungseffekt“ begrenzt wird, beantwortet die Kongreß-Broschüre die viel wichtigere Frage, welche Medikamente wir überhaupt brauchen, was wir über diese Medikamente wissen müssen und welche Hilfen wir dazu benötigen.

Die Kongreß-Referate beinhalten eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation, Erfahrungen mit Standard-Therapie-Listen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser, Verbraucherforderungen und juristische Aspekte sowie Erfahrungen mit Maßnahmen zur rationalen Medikamenten-Therapie in verschiedenen Ländern. Anforderungen an eine na-

tionale Medikamenten-Politik werden ebenso diskutiert wie die Perspektive einer rationalen Arzneimittel-Politik aus Sicht der Industrie.

Die Broschüre ist eine Fundgrube an Ideen und Erfahrungen für alle, die sich für einen vernünftigeren Umgang mit Arzneimitteln einsetzen, sei es als Verbraucher, Arzt oder Politiker.

Dokumentation zum Kongreß „Weniger Medikamente – bessere Therapie“, 81 Seiten, DIN A4, DM 14,-, zu beziehen über CMU-Versand (siehe Bestellcoupon). △



Die Spur führt zu NEMACUR

Im Mai 1981 breitete sich in Spanien eine rätselhafte, heimtückische Krankheit aus. Sie raffte 600 Menschen dahin, ließ Tausende z.T. unheilbar Kranke zurück.

Wenige Wochen nach Ausbruch der Krankheit bereits stand die Ursache fest: Gepanschtes Speiseöl wurde von der spanischen Regierung genannt. Unterstützt wurde diese These von der Weltgesundheitsorganisation.

Doch es gab auch Zweifler. Und es gab jede Menge Merkwürdigkeiten und Vorgänge, die dazu führten, daß jede Kritik an der offiziellen Ursachen-Theorie zum Schweigen gebracht wurde.

Die spanische Journalistin Gudrun Greumke und der Chemiker Dr. Jörg Heimbrecht habenn in einer umfassenden Recherche das Material zusammengetragen und 150 internationale Datenbanken ausgewertet. Ihr Ergebnis: Die Spur führt zu BAYER. Besonders verdächtig ist das BAYER-Pestizid NEMACUR, das im Tomaten- und Paprika-Anbau in Spanien in großem Umfang zum Einsatz kam.

Die beiden Journalisten greifen damit eine These auf, die von zahlreichen Wissenschaftlern, Ärzten, Betroffenen, Umweltschutz-Organisationen und auch der [redacted] in den vergangenen sieben Jahren immer wieder vorgetragen und begründet wurde.

Ihr Buch ist eine spannende Re-

BAYER

Kulisse aus Hochglanzpapier

BAYER ist einer der größten Konzerne der Welt. Mit der chemischen Produktion bei BAYER und den unzähligen BAYER-Produkten verbinden sich große Probleme für Mensch und Umwelt. Wie bei anderen multinationalen Konzernen auch. In der Regel wird nur das Wenigste von diesen Problemen bekannt.

„Stichwort: BAYER“ schafft hier Abhilfe. Dieser Informationsdienst der Coordination gegen BAYER-Gefahren erscheint mit sechs Ausgaben im Jahr, klärt auf und enthüllt, was hinter den Hochglanzberichten der Konzernpropaganda steckt.

„Stichwort: BAYER“ ist ein Informationsdienst für Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Parteien, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Tierschützer, kritische Ärzte und andere Interessierte.

Die kostengünstigste Möglichkeit, an „Stichwort: BAYER“ zu kommen, erfordert lediglich DM 30,- pro Jahr.

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Coupon ausfüllen und einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Jägerstraße 78, 4000 Düsseldorf 1.

Bitte Absender angeben.

- Ich/Wir möchte/n „Stichwort: BAYER“ abonnieren
- Journalistenabo
incl. Pressematerial DM 70,-
- Förderabo
Selbsteinstufung
mind. DM 70,- DM
- Gruppenabo
(5 Exemplare/
Ausgabe) DM 70,-
- Einzelabo DM 30,-

Datum

Unterschrift

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Datum

Unterschrift

Zum Weiterlesen.

Alle in „Stichwort: BAYER“ vorgestellten Bücher sowie viele interessante weitere Titel zu den Themen Multis, BAYER, Dritte Welt, Umweltschutz, Chemieproduktion etc. können beim Versand **Chemie. Mensch. Umwelt** (CMU-Versand) bezogen werden.

Buchliste:

Chemie am Arbeitsplatz/ Berufskrankheiten	DM 16,80
Alternativer Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern	DM 5,—
Rheinalarm	DM 14,80
Boom ohne Arbeitsplätze	DM 19,80
Giftgrün/Pestizid-Gefahren	DM 24,80
Weniger Medikamente – Bessere Therapie	DM 14,—
Gift, Macht, Geld/Zur Entgiftung der chem. Industrie	DM 19,80
... und heute die ganze Welt/ Geschichte der IG Farben	DM 39,80
Bundesdeutsche Konzerne in der 3. Welt	DM 14,80
OMGUS-Report IG Farben/ Protokoll der US-Militär-Justiz	DM 25,—
Chemie im Kinderzimmer	DM 26,—
Das Tierbuch/Tierversuche in Wort und Bild	DM 25,—
Pestizide und Umweltschutz	DM 148,—
Hohe Schornsteine am Ama- zonas/Umweltplünderung in Brasilien	DM 26,—
Der Tod, der von den Feldern kam	DM 12,80
IG Farben, Abt. Behringwerke/ Menschenversuche im KZ	DM 8,—
Alles wie geplant/ BAYER in Brunsbüttel I	DM 9,80
Anders als geplant/ BAYER in Brunsbüttel II	DM 9,80
Porto/Verpackung	DM 5,—
Summe	

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme.

Coupon ausfüllen, unterschreiben, Scheck beilegen oder Nachnahme bestellen und absenden an:

CMU-Versand
Germute v. Müller
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11

- Scheck über DM _____
(incl. DM 5,— Porto/Verpackung)
liegt bei.
- Bitte liefern Sie per Nachnahme.

Absender

Datum/Unterschrift



portage darüber, wie wissenschaftliche Argumente vom Tisch gewischt und wissenschaftlich unhaltbare Argumente aufrechterhalten werden. Im Interesse der großen multinationalen Konzerne, des weltgrößten Pestizidherstellers, des BAYER-Konzerns.

Greunke/Heimbrecht „Der Tod, der von den Feldern kam“, 172 Seiten, DM 12,80, zu beziehen über CMU-Versand (siehe Bestellcoupon in dieser Ausgabe). Δ

Zum Heftumfang

Nach den letzten beiden Ausgaben von „Stichwort BAYER“ (SWB) erreichten uns eine Reihe von Anfragen: „Wieso ist die Doppelausgabe fast genauso dick wie das Einzelheft, obwohl sie mehr kostet?“
Na, das war eine Frage. Da blieb uns glatt die Spure weg. Also, hier die Antwort: Die Verkaufspreise von SWB sind $6 \times 4,- \text{DM} = 24,- \text{DM}$ pro Jahr für 6×16 Seiten = 96 Seiten im Jahr (achtung: das aber kostet mind. 30,-DM incl. Porto/Verpackung). Vergangenes Jahr hatten wir zwei Doppelausgaben, sowie zwei Einzelhefte. Wir meinen, unsere Leser sind jetzt bedient worden, haben sie doch 116 Seiten für 20,-DM bekommen. Dieses Jahr starten wir erneut mit einer Doppelausgabe mit 48 Seiten. Aber niemand soll böse sein, wenn das nächste Heft „nur“ 16 Seiten hat.

Wir über uns Impressum

Herausgeber
Coordination gegen
BAYER-Gefahren
Aktiv für mehr Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER – weltweit.
Hofstraße 27a
D-5650 Solingen 11
(0)212 – 33 49 54

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit des Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Verlag
Eigenverlag

Redaktion
„Stichwort: BAYER“
Informationen der Coordination gegen
BAYER-Gefahren
Jägerstraße 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 – 22 92 601

V.i.S.d.P.
Axel Köhler-Schnura

Layout
Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Silke Kröger

Druck
Moos Druck
Moosweg 165
5090 Leverkusen

Satz
HEVO-Fotosatz
Robert-Stolz-Straße 50
4600 Dortmund 13

Anzeigen
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 v. Januar 1987

Nachdruck
Der Nachdruck von Artikeln aus „Stichwort: BAYER“ ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Konto
Postgiroamt Essen
37 83 83 – 439